



Westfalen • Welt • Weit

Nachrichten aus Mission, Ökumene und
kirchlicher Weltverantwortung

Alles wird gut!?

Zwischen Zukunftsangst und Zuversicht!



04

EDITORIAL

- Zwischen Zukunftsangst und Zuversicht – die Welt im Stresstest



- Klimawandel und Corona:
Wenn Krisen zusammenkommen
Armut macht verletzlich
- Wir leben im Anthropozän
- Gott loben im Anthropozän?

11

FOLGEN VON KRISEN – BERICHTE AUS PARTNERKIRCHEN

- „Bevor ich meine Kinder verhungern lasse, sterbe ich lieber am Virus“
Die Folgen von Corona und Klimawandel in den Philippinen sind bitter



- Kulturschock durch Klimawandel
Afrikanische Kirchen und der neue Lebensstil

17

CORONA-BERICHTE VON FREIWILLIGEN

- Wo das Herz zuhause ist –
Kein Weg ist zu weit
Argentinien
- Freiwillig hin - unfreiwillig zurück
Die Corona-Pandemie durchkreuzt den Freiwilligendienst auf Sansibar

21

CORONA UND DIE FOLGEN - BERICHTE AUS PARTNERLÄNDERN

- Auf wunden Füßen tausend Kilometer bis nach Hause
Die Corona-Krise in Indien - eine Migrantengeschichte
- Leben mit dem Virus
Der Alltag von Frauen in der Namibischen Kirche zwischen Familie und Beruf
- Noch mehr Unsicherheit und Angst
Dramatische Entwicklung im Heiligen Land: Corona und Annexionspläne
- Europa ist besser als sein Ruf
Wie Corona die Schwachstellen aber auch Entwicklungsfortschritte der EU deutlich macht

29

KLIMAWANDEL & CORONA-KRISE - DIE FOLGEN

- Menschen rutschen in bittere Armut
Schulderlass für arme Länder zur Bekämpfung der Corona-Pandemie
- Die Schwächsten zahlen die Corona-Zeche
*Unzählige Textilarbeiter*innen stehen vor dem Nichts*
- Wenn Eine*r eine Reise tut ...
Wie Tourismus nachhaltig gestalten?



- Fairer Handel in Corona-Zeiten
- Das System Billigfleisch stoppen
*Nach dem Corona-Ausbruch bei Tönnies sind Politik und Verbraucher*innen gefordert*
- Kann aus dem Rohstoff-Fluch ein Segen werden?
DR Kongo: Eine Geschichte der Ausbeutung und Menschenrechtsverletzungen

41

HANDLUNGSFELDER

- Harvesting Hope
Mit Urban Farming Ernährung sichern und Frauen stärken - Ein Beispiel aus Südafrika
- Fahrradspeichen als Grillspieße und Flip-Flops aus Autoreifen
Klimapartnerschaft Bad Berleburg – Morogoro sucht nach Antworten auf den Klimawandel
- Aufforsten statt nur abbrennen
Neue Bäume wachsen im Nordwesten Tansanias



- Frauen stärken, aber richtig
Größte Gefahren sind und bleiben staatliche Willkür, Korruption und Vergewaltigung
- Mit Corona wächst der Hunger
Brot für die Welt braucht Unterstützung

51

VERÄNDERUNGEN

- Youth Climate Action Day
Junge Menschen rund um den Globus setzen Zeichen für mehr Klimaschutz
- Mit dem Lieferkettengesetz Recht und Gerechtigkeit schaffen
- Fair und nachhaltig verreisen
- Krumme Gurken?
*Solidarische Landwirtschaft verbindet Verbraucher*innen und Landwirte*
- Oikocredit: Armut bekämpfen und Menschen stärken
Honig und Nüsse bringen Aufschwung auf dem Land
- Auf Wegen zur Nachhaltigkeit in Dortmund
Lokale Initiativen für eine umwelt- und menschengerechte Zukunft
- Digital um und für die Eine-Welt
Bildungsangebote für Konfis und Jugendliche

- „Eintüten statt wegwerfen“
Reste-Einpacktüte wieder da
- Ökumenische Predigtanregungen zur Nachhaltigkeit

63

VERÄNDERUNGEN

- Kindern Zukunft schenken
62. Aktion von Brot für die Welt
- Bündnis in Rheine kämpft für ein Lieferkettengesetz
- Werden auch Sie Botschafter*in für eine gerechtere Welt

65

REGIONALES / AUS DEM AMT FÜR MÖWE

- „Ökumene ist kein spannungsfreies Feld“
Gespräch mit dem westfälischen Ökumene-Ausschuss-Vorsitzenden Stefan Berk
- Kampagne für Saubere Kleidung
Neue Koordinatorin Isabell Ullrich arbeitet nun im Amt für MÖWe
- Aus Essen über Botswana nach Westfalen
Neue Bildungsreferentin für das Jugendprojekt „Mission: Fair Fashion“
- Das wird ´ne knappe Kiste mit dem Klima“
Simon Schu zieht als Sondervikar im Amt für MÖWe Bilanz

71

AUSBLICK

- Ökumenischer Kirchentag unter Corona-Bedingungen
- „Fokus Schöpfung“
Neues Jahrbuch Mission 2020
- Ökumenisches Gebet in Zeiten der Corona-Krise



Annette Muhr-Nelson
Leiterin des Amtes für MÖWe

Zwischen Zukunftsangst und Zuversicht – die Welt im Stresstest

Ein Heft mit dem Schwerpunkt Klimagerechtigkeit sollte es werden. Wir hatten uns das gedanklich schon so schön vorgestellt: Klimagerechtigkeit als Jahresthema. Jeden Monat einen anderen Schwerpunkt auf der Homepage. Verschiedene Impulse, um damit klimabewusst durchs Jahr zu gehen. Und unser Jahresheft „Westfalen Welt weit“ sollte dann im Herbst mit umfassenden Artikeln, die Hintergrundinformationen liefern, Einblicke in verschiedene Weltregionen geben. Wir hatten alles durchgeplant und wollten im März starten. Dann kam zog das Corona-Virus durch die Welt und alles wurde anders. Corona-bedingt haben wir Veranstaltungen und Reisen abgesagt, Pläne über den Haufen geworfen, Treffen ins Internet verlegt, sind ins Homeoffice gegangen und haben sogar Kolleg*innen in Kurzarbeit geschickt.

Meine Erinnerungen an die ersten Corona-Wochen sind vor allem vom Stichwort „Entschleunigung“ geprägt. Ganz anders bei meiner Tochter. Mit vier Kindern in einer Stadtwohnung standen sie und ihr Mann bei Spielplatzverbot und Kontaktbeschränkungen mehr als einmal am Rande eines Nervenzusammenbruchs. Frauen und Familien tragen die größte Last in Corona-Zeiten. Das ist weltweit so.

Ein halbes Jahr später erinnere ich mich noch gut an die allgemeine Verunsicherung zu Beginn, aber auch an das Erstaunen über viele Zeichen der Solidarität, an kreative Nachbarschaftshilfe, an das gemeinsame Singen am Abend und die Kerzen im Fenster. Die Zeichen der Verbundenheit haben wir geteilt mit Freundinnen und Freunden in allen Teilen der Welt. Ein weltumspannendes Achtsamkeitsnetz entstand. Der Gedanke von der einen Kirche Christi, nein, von der einen Welt, in der alle Menschen, egal welchen Glaubens, zusammenhalten, wurde tragfähig.

Wir haben erlebt, dass viel weniger immer noch genug ist. Wir haben für eine kurze Zeit auf Autofahren, Reisen und Konsum verzichtet. Und wir haben gespürt: die Erde atmet auf. Das sind Erinnerungen, die ich nicht missen möchte. Aber ich bin mir dessen bewusst, dass diese Erfahrungen der pure Luxus sind. Wer im Überfluss lebt, hat gut reden. Covid-19 macht zwar vor Grenzen und sozialen Schranken nicht halt. Aber die Krankheit betrifft die Armen eben doch in ganz anderer Weise als die Reichen.

Nicht nur, dass die Standards im Gesundheitssystem weltweit sehr unterschiedlich sind, auch die sozialen Hilfesysteme und die staatlichen Möglichkeiten zur Kompensation unterscheiden sich eklatant. Etliche Artikel in diesem Heft beschäftigen sich damit und geben sehr konkrete Einblicke in den Alltag von Menschen, die vor der Wahl stehen zu verhungern oder sich mit dem Virus zu infizieren. Unsere Partn-

erkirchen und -organisationen geben ihr Bestes, um die ärgste Not zu lindern. Dazu sind sie auf unsere Unterstützung angewiesen. – Wie wäre es, wenn wir alle das, was wir durch ausgefallene Reisen oder nicht erfolgten Konsum sparen oder zurückerstattet bekommen, an sie spenden würden? Die **Vereinte Evangelische Mission/VEM** und **Brot für die Welt** freuen sich. Sie sind dringend auf diese Zeichen der Solidarität angewiesen!

Was mich weiter umtreiben wird, ist die Frage nach dem Zusammenhang von Corona- und Klimakrise. Corona ist sicherlich ein Weckruf. Die Pandemie fokussiert unseren Blick auf die vorhandenen Probleme, z.B. in der Fleischindustrie. Aber sie lenkt auch den Blick auf die Krisengebiete und die ungerechten Zustände in dieser Welt. Ein Lieferkettengesetz, das deutsche Unternehmen auf die menschenrechtliche Sorgfaltspflicht festlegt, ist (hoffentlich) in greifbare Nähe gerückt. Es klingt fast zynisch, aber dank Corona können wir im Moment den Finger in manche Wunde legen ...

Dass Covid-19 nicht das erste gefährliche Virus war, mit dem die Menschheit sich konfrontiert sieht, und dass es auch nicht das letzte sein wird, wurde schon ganz zu Anfang der Krise von Wissenschaftler*innen betont. Der Zusammenhang zwischen dem Raubbau des Menschen an der Natur, dem nicht mehr aufzuhaltenden Verlust an Biodiversität und der Entstehung von Zoonosen ist nicht mehr zu leugnen. Die Frage ist, ob Politik und Gesellschaften weltweit auf die mahnenden Stimmen der Naturwissenschaft und inzwischen auch der Philosoph*innen, der großen Religionsgemeinschaften, der Zukunftsforscher*innen u.v.m. zu hören bereit sind und sich endlich etwas ändert, oder ob die Narzissten und Faktenleugner weiter so große Anhängerschaft haben, dass sie gemeinsam begonnene sinnvolle Prozesse, z.B. auf UN-Ebene, weiterhin blockieren und boykottieren können.

Meine Angst ist, dass das Zeitalter der selbstverliebten Machos noch nicht vorbei ist. Meine Zuversicht aber ist, dass es zu Ende geht, dass sich ein neues Denken, ein neuer Lebensstil den Weg bahnt. Eine Geburt ist ein schmerzhafter Prozess. Aber am Ende kommt neues Leben zur Welt.

Jede Krise birgt auch eine Chance. Im ursprünglichen Wortsinn meint Krise „Zuspitzung“. Diese Zuspitzung kann im Krankheitsverlauf die Wende herbeiführen. – Das ist meine Hoffnung, dass wir in der Corona-Krise

auch für unseren Umgang mit dem Klimawandel lernen. Denn ich glaube fest daran: Gott hat uns nicht einen Geist der Furcht gegeben, sondern den Geist der Kraft, der Liebe und der Besonnenheit.

Wir hoffen, Ihnen mit diesem Heft viel Stoff zum Nachdenken und manch angeregte Diskussion zu liefern. Bleiben Sie uns verbunden!

Im Namen des Redaktionsteams

Ihre





Demonstranten fordern hier
konsequente Maßnahmen für
Umwelt- und Klimaschutz.

Klimawandel und Corona: Wenn Krisen zusammenkommen

Armut macht verletzlich

Die Folgen des Klimawandels und auch die Corona-Pandemie machen es gerade sehr deutlich: Es sind vor allem die Ärmsten davon betroffen. Beide Krisen und teilweise auch ihr Zusammenspiel bringen viele Menschen in Existenznöte.

Bereits die Auswirkungen der Corona-Pandemie in Deutschland zeigen, dass Menschen mit geringem Einkommen oder ohne feste Arbeit besonders leiden. Sie leben in beengten Wohnverhältnissen, haben schlecht bezahlte Jobs, haben weniger Bildungsmöglichkeiten und können sich oft weniger um ihre Gesundheit kümmern. Auch der Corona-Ausbruch bei Tönnies, dem größten deutschen Fleischkonzern, zeigte dies beispielhaft. Er traf vor allem die Werkver-

tragsarbeiter*innen und ihre Familien, die aus der Gesellschaft ausgeschlossen sind und unter schlechten Arbeits- und Wohnbedingungen leiden.

Auch weltweit ist dies zu beobachten. Fehlende Nahrung, Mangel an sauberem Wasser, schlechte Wohnverhältnisse, kein Zugang zu Gesundheitsversorgung, keine Rücklagen für den Notfall bestimmen das Leben vieler Menschen – etwa bei Menschen in den Townships Südafrikas oder in den Armensiedlungen von Buenos Aires. Auch Wanderarbeiter*innen in Indien, Näher*innen in Bangladesch oder Bauern in Tansania leiden am meisten. Denn es fehlt ihnen schlichtweg an Möglichkeiten, sich angemessen vorzubereiten und vor den Folgen der Pandemie zu schützen.

Wir sitzen zwar alle in einem Boot, was die Krisen betrifft. Aber für die Corona- wie auch für die Klimakrise gilt: Einige wenige reisen erste Klasse, die anderen zweite oder dritte Klasse. Und dies macht einen riesigen Unterschied aus. Der Untergang der Titanic hat dies gezeigt. Um sich für Krisen zu rüsten und sie zu bewältigen, braucht es ein Umdenken und entschlossenes Handeln.

Widerstandsfähigkeit erhöhen

Um den Krisen zu begegnen, müssen für viele Menschen bessere Lebensverhältnisse geschaffen werden, damit sie Krisen besser widerstehen können. Und das bedeutet in erster Linie, Hunger, Armut und Ungerechtigkeiten wie Ausbeutung entschieden entgegenzutreten und deren Ursachen zu bekämpfen. Es kommt also beispielsweise darauf an, Frauen zu stärken, allen Kindern Bildung zu ermöglichen, Ernährungssouveränität umzusetzen, regionale Wirtschaftskreisläufe zu stärken, aber auch ausbeuterischen Strukturen entgegenzuwirken wie Landraub, unfairem Welthandel, Privatisierung von Wasser oder Gesundheit.

Globale Gerechtigkeit und Solidarität

Die Verantwortlichen der Klimakrise sind klar auszumachen. Es sind besonders die Industrieländer. Sie müssen Verantwortung übernehmen. Arme Länder, die besonders unter dem Klimawandel leiden, aber am wenigsten dazu beigetragen haben, brauchen ihre Hilfe, um sich an die Folgen des Klimawandels anpassen sowie Schäden durch Wirbelstürme und Überflutungen wieder ausgleichen zu können. Hier mangelt es nach wie vor an Verantwortungsübernahme – auch von Deutschland. Das betrifft sowohl die finanzielle Unterstützung von Entwicklungsländern als auch den konsequenten Klimaschutz in Deutschland. Die Inbetriebnahme des Kohlekraftwerkes Datteln 4 steht symbolisch dafür.

Im Falle der Corona-Krise haben Wissenschaftlern*innen zufolge auch Umweltzerstörung und mangelnder Artenschutz zur Ausweitung des Virus beigetragen. Hier lässt sich kein Schuldiger klar benennen und niemand kann konkret zur Verantwortung gezogen werden. Anders ist es aber, wenn zehntausende Näher*innen in Asien ihre Arbeit aufgrund von Corona verlieren und vor dem Nichts stehen, weil es keine Kurzarbeit, Arbeitslosengeld o.a. gibt und Modeunternehmen in Deutschland und

Europa bestellte Ware nicht bezahlen. Oder wenn ausbeuterische Kinderarbeit durch Corona zunimmt und Unternehmen dies in ihren weltweiten Lieferketten dulden. Diese Verantwortungslosigkeit von Unternehmen, darf nicht hingenommen werden. Hier sind Solidarität und Gerechtigkeit gefordert und notwendig. Daraus sollte politisches Handeln folgen – wie z.B. in einem Lieferkettengesetz, das Unternehmen gesetzlich verpflichtet, Menschenrechts- und Umweltstandards einzuhalten.

Vorsorgend leben und wirtschaften

Damit Krisen nicht ausbrechen bzw. nicht so massive Folgen haben, ist die Anwendung des Vorsorgeprinzips entscheidend. Die Corona-Pandemie hat es uns in Deutschland deutlich gezeigt. Es werden ausreichend Krankenhäuser und –betten, Material für den Krisenfall und gerecht bezahltes Pflegepersonal benötigt. Ein Gesundheitssystem, das allein Marktregeln unterliegt, ist nicht vorsorgend.

Es ist die Aufgabe der Bundesregierung auf politischer Ebene dafür Sorge zu tragen. Dazu gehört es, dass Deutschland etwa seinen Beitrag dazu leistet, die UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs) zu erreichen.

Zur Vorsorge gehört es auch, auf allen Ebenen nachhaltig zu leben und zu wirtschaften. Engagierte Menschen in Kirchengemeinden und Kommunen zeigen beispielsweise in sozialen Initiativen, Weltläden, Umweltprojekten, dass ein Leben mit Rücksicht auf Natur, Umwelt und Ressourcen und mehr soziale Gerechtigkeit möglich ist.

Katja Breyer, Fachstelle Entwicklungspolitik
im Amt für MÖWe



Wir leben im Anthropozän

Das Wort „Anthropozän“ begegnete mir zum ersten Mal im Trägerkreis des ökumenischen Prozesses „Umkehr zum Leben“. Er stellte für mich etwas vollkommen Neues dar. Anthropozän ist ein geologischer Begriff und bezeichnet das Erdzeitalter nach dem Holozän. Seit der Mitte des 20. Jahrhunderts lassen sich die Eingriffe des Menschen in das Erdsystem geologisch nachweisen, beispielsweise Radionuklide aus Atombombentests in Eisbohrkernen und in Sedimentablagerungen in Seen. Der Mensch ist gesteinsbildend geworden: Die Menge des Mülls unserer menschlichen Zivilisation, die vom Land ins Meer gespült wird, übersteigt den Sedimenttransport der Flüsse bei Weitem. Unsere technischen Erzeugnisse werden als Technofossilien erhalten bleiben. Menschliche Aktivitäten haben dazu geführt, dass sich neue Mineralien und Gesteinsarten bildeten wie z.B. Asphalt und Beton.

Das „Anthropozän“ ist eine neue Lehre von der Erde. Erstmals in der Erdgeschichte ist eine Spezies dabei, ihre erdsystemischen Lebensgrundlagen zu untergraben. Damit wird zugleich die alte Unterscheidung zwischen Kultur und Natur hinfällig. Der Philosoph Clive Hamilton geht so weit, sich von der „loving Mother Earth“ zu verabschieden: Es könne nicht länger unser Ziel sein, die Natur zu retten, wir müssten uns selbst retten - vor uns selbst

und vor der Natur (in: Defiant Earth. The Fate of Humans in the Anthropocene. Cambridge 2017).

Die Herausforderungen im Anthropozän überfordern das Fassungsvermögen des homo sapiens. Es stellt die Menschheit in eine apokalyptische Situation. Die Rede vom Anthropozän warnt vor der Möglichkeit von Katastrophen und sucht nach Überlebenspfaden. Dabei ist es hilfreich, die Ergebnisse der wissenschaftlichen Erdsystemforschung ernst zu nehmen.

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass es den meisten Gesellschaften dieser Welt möglich ist, verantwortungsvoll auf Krisen zu reagieren. Was bis dahin niemand für möglich gehalten hatte, ist geschehen: Produktionsstätten fuhren ihren Betrieb herunter, Flugzeuge blieben am Boden, Politiker*innen suchten Rat bei Wissenschaftler*innen, gekauft wurde nur noch das zum Leben Notwendige. Dieses kurze Innehalten ließ für einen Moment erahnen, wie es sein könnte, wenn die Menschheit sich etwas zurücknimmt, wenn weniger produziert, konsumiert und gereist wird.

Die Ungerechtigkeiten zwischen Arm und Reich und die gesellschaftlichen Polarisierungen wurden noch deutlicher. Aber es wurden auch positive Kräfte freigesetzt. Es entstanden Hilfsangebote und Solidarisierungsaktionen im Quartier, es gab kreative

digitale Kommunikation, weltweite Aktionen, Meinungsbildung und Austausch. Und es gibt auch ein Durchatmen dank sauberer Luft, ein Staunen angesichts blühender Gärten und ein neues Hinhören auf die Stimmen der Tierwelt.

Jede Krise birgt eine Chance. Hier kommt den Religionen große Bedeutung zu. Sie wirken sinnstiftend über die Begrenztheit des eigenen Seins hinaus. Sie haben Narrative, die der ökonomischen Maßlosigkeit der Moderne und dem technologischen Machbarkeitswahn etwas Neues entgegensetzen können. Sie stellen die Frage nach einer Versöhnung mit der Erde und definieren Gerechtigkeit neu als planetarische Gerechtigkeit. Sie nähren die Hoffnung, dass der Einzelne und ganze Gesellschaften ihr Verhalten ändern und etwas zum Besseren wenden können.

Annette Muhr-Nelson, Leiterin des Amtes für MÖWe und zuständig für Theologische Grundsatzfragen



Der Ökumenische Prozess „Umkehr zum Leben – den Wandel gestalten“ versucht, diesen Diskurs zu führen und eine neue „Spiritualität planetarischer Gerechtigkeit“ zu entwickeln.

So wird z. B. eine Langzeit-Fortbildung für „Veränderer“ angeboten. Alle Informationen:
www.umkehr-zum-leben.de



Gott loben im Anthropozän?

Die Erde ist in einem Zustand, in dem sie nie zuvor war. Auf die menschlichen Eingriffe in das Ökosystem reagiert sie nach den Gesetzen der Natur. Es ist absehbar, wann die Ressourcen verbraucht sind. Schon jetzt lassen Artensterben, Meeres- und Luftverschmutzung und die Veränderung des globalen Klimas ahnen, was das bedeutet. Das Ineinandergreifen der Lebenswelten und Lebensräume, die ökologische Sinnhaftigkeit, die Abhängigkeit von den Prozessen anderer Lebewesen – das alles war in einer Balance. Der Mensch wurde geschaffen als Teil dieses großen Gesamtgefüges.

Wir leben von unendlich vielen ineinandergreifenden ökologischen Prozessen. Jeder Eingriff in die Natur hat Konsequenzen. Unser Lebensstil hinterlässt irreversible Schäden im Ökosystem der Erde. Verantwortlich hierfür ist die falsche Denkweise, der Mensch sei von Gott zum Mittelpunkt der Schöpfung bestimmt worden. Dieser Anthropozentrismus hat eine Lebens- und Wirtschaftsweise hervorgebracht, deren Wesen

von beständigem Renditestreben sowie Maß- und Rücksichtslosigkeit gegenüber den Mitgeschöpfen und der Natur geprägt ist. Notleidende sind Tiere und Pflanzen, Erde, Wasser und Luft und die Armen in allen Teilen der Welt.

Das Anthropozän ist eine Herausforderung für unseren Glauben. Wir leben jenseits von Eden, d.h. inmitten einer natürlichen Umwelt, die auch immer Gefahren birgt. Krankheiten, Naturkatastrophen, die Abhängigkeit von klimatischen Bedingungen bleiben auch für den modernen Menschen Realität. Die menschengemachte Zerstörung der Ökosysteme wirft die existentiellen Fragen nach Leben und Tod, Schuld und Sühne, Verantwortung und Erlösung mit neuer Dringlichkeit auf. Darum fragen wir im Kontext der globalen ökologischen Krise neu: Was bedeutet das Bekenntnis zu Gott, dem Schöpfer des Himmels und der Erde? Was erhoffen wir, wenn wir um „einen neuen Himmel und eine neue Erde“ bitten? Inwiefern sind wir als Mitgeschöpfe nicht nur mit betroffen von der

Verschlechterung der Lebensbedingungen für die meisten Arten, sondern auch beauftragt mitzuwirken an Gottes kontinuierlichem Schöpfungshandeln, das Neues hervorbringt?

Gott hat sich in Jesus Christus in die Tiefen des irdischen Lebens begeben. Dass wir auf einer verwüsteten Erde unser Seelenheil finden könnten, ist daher nicht ausgeschlossen, denn kein Leid(en) ist Gott fremd. Aber es ist ein Irrglaube, dass wir Gott finden könnten, ohne uns vom Leid anderer berühren zu lassen. Das Kreuz Christi weist uns den Weg zum Leiden, es stellt uns an die Seite der Schwachen und regt an zum mitfühlenden Nachdenken über unseren eigenen Umgang mit dem Leben um uns herum. Unser Heil ist eingebettet in die Heiligung der Schöpfung. Im leidenden Nächsten, in der geschundenen Kreatur und in den Wunden der Erde begegnet uns Christus, der Mensch gewordene, mitleidende Gott. Zusammen mit der gesamten seufzenden Kreatur (Röm. 8, 20) bitten wir um Erlösung und fragen: Wie kann die österliche Hoffnung von der Überwindung des Todes zu einer transformativen, die Gesellschaft verändernden Kraft werden?



Christus ruft zur Umkehr und in seine Nachfolge. Sprachrohr dieses Rufs zu sein, verstehen alle Kirchen als ihren gemeinsamen Auftrag. Es ist „Gottes Wille, dass die ganze Schöpfung durch die verwandelnde Macht des Heiligen Geistes versöhnt in der Liebe Christi in Einheit und Frieden zusammenlebt“ (ÖRK, Busan 2013). Diesem Ruf wollen wir folgen. Darum bitten wir um den Mut zur Umkehr, um Demut und Geduld, um Einsicht und um die schöpferische Kraft des Heiligen Geistes. Wir wollen neue Wege zu einer Kultur der Nachhaltigkeit suchen. Wir können aus den Schätzen des Glaubens schöpfen und auf dem Engagement vieler aufbauen. Wir hoffen auf Inspiration und neue Erkenntnisse durch den Austausch mit Menschen aus verschiedenen Generationen, Kulturen und Erdteilen.

Wir vertrauen darauf, dass Gottes Bund mit den Menschen Bestand hat. In diesem Vertrauen, getragen von der Hoffnung der Auferstehung und beflügelt von der Kraft des Heiligen Geistes werden wir den lebensfeindlichen Geschichten der Zeit unsere Heilsgeschichten entgegenhalten, der Erzählung von den Segnungen des grenzenlosen Reichtums die biblischen Erzählungen von der Genügsamkeit in den Weg stellen, dem Narrativ vom Heil des Wirtschaftswachstums mit der Geschichte von der vergnügten Geborgenheit in der Liebe Christi entgegentreten.

So wird der ängstliche Blick in die Zukunft scharf gestellt auf die Möglichkeiten und Notwendigkeiten menschlichen Handelns. In der Perspektive der Hoffnung hat unser entschiedenes Handeln zeichenhafte Bedeutung. So loben wir Gott und leben unser Leben in Ehrfurcht vor allem Lebendigen.

Folgen von Krisen – Berichte aus Partnerkirchen



Ganze Stadtteile wurden abgesperrt, die Zugänge bewacht. Diese und weitere Corona-Beschränkungen galten zu Anfang der Pandemie in den Philippinen wie hier in Quezon City/Manila.

„Bevor ich meine Kinder verhungern lasse, sterbe ich lieber am Virus“

Die Folgen von Corona und Klimawandel in den Philippinen sind bitter

Corona, starke Hitze, schwere Regenfälle, heftige Tropenstürme und bittere Armut. Die Folgen sind verheerend - viele Menschen in den Philippinen leiden sehr stark unter dem Covid-19-Virus und dem Klimawandel. Letzterer könnte sich noch verheerender auswirken als die Pandemie. Die Lage für die überwiegend arme Bevölkerung ist lebensbedrohlich.

Der Ausbruch der Corona-Pandemie hat in den Philippinen bereits Anfang März 2020 zu einem landesweiten Lockdown geführt. Früher als in Deutschland, obwohl die Zahl der offiziell registrierten Infektionen anfangs über Wochen gering blieb, ist sie zuletzt stark angestiegen.¹

Selbst in den Großstädten war es während dieses Lockdowns, der inzwischen in weniger betroffenen Regionen etwas gelockert wurde, nicht mehr erlaubt, von einem Stadtbezirk in den anderen zu fahren. Menschen ab 60 Jahren durften ihre Häuser oder Wohnstätten nicht mehr verlassen. Nur eine Person

pro Familie erhielt einen Ausweis und durfte ein- oder zweimal pro Woche für die Familie einkaufen gehen. Doch ohne Arbeit fehlt das dafür nötige Einkommen, und die Mehrheit der Bevölkerung kann nicht auf Ersparnis zurückgreifen.

Wer hingegen Farmland besitzt oder einige Nutztiere hält, kann sich - anders als die Menschen in den dicht besiedelten städtischen Slums - einigermaßen versorgen. Die meisten Corona-Fälle wurden und werden in der Hauptstadt Manila registriert. Inzwischen haben Menschen, die aufgrund fehlender Arbeit aus der Millionenmetropole in ihre Heimatorte zurückgekehrt sind, den Virus zuhause eingeschleppt.

Die Pandemie hat die ohnehin schon sozial und ökonomisch angespannte Situation für die Mehrheit der Bevölkerung, die in Armut lebt, erheblich verschärft. Für einen Großteil der Menschen gibt es in den Philippinen keine ausreichende Altersversorgung. Sie leben davon, dass sie in den Städten kleine Verkaufsstände haben oder Dienstleistungen anbieten. Diese Arbeits-

möglichkeiten sind durch die strengen Ausgangsbestimmungen weggefallen.

Die Folgen sind nach Aussage des Bischofs von Kalookan, Pablo Virgilio, dramatisch: „Die Frage, wie die Menschen während des aktuellen Lockdowns Essen für ihre Familien auftreiben können, bereitet vielen weit mehr Sorgen als der Virus selbst. Manche Menschen sagen sich in ihrer Verzweiflung: Bevor ich meine Kinder verhungern lasse, sterbe ich lieber am Virus“², berichtete er Mitte April. Deshalb helfen Gemeindemitglieder in seinem Bistum dabei, arme Menschen mit Essen zu versorgen. In den Gemeinden und auf einzelnen Missionsstationen haben sie Räume als Quarantänestationen eingerichtet.

Das Gesundheitssystem in den Philippinen war nur unzureichend auf die Pandemie vorbereitet, vor allem im öffentlichen Gesundheitssektor: „Es fehlt an Intensivstationen und Beatmungsgeräten – und auch an Schutzkleidung für das Personal“, beklagte der Bischof. Und das obwohl der von Präsident Rodrigo Duterte seit seinem Amtsantritt brutal geführte Krieg gegen den Drogenhandel, dem oft Kleindealer, Drogenabhängige und auch völlig unbeteiligte Personen zum Opfer fallen, zu einer starken Konfrontation zwischen einzelnen Kirchen und dem Staat geführt hat. Besonders betroffen davon sind neben einzelnen Bischöfen aus der katholischen Kirche die United Church of Christ in the Philippines (UCCP) und die Iglesia Filipina Independiente (IFI) sowie der Nationale Kirchenrat (NCCP).

Die Folgen der Corona-Pandemie werden zusätzlich verstärkt durch die Folgen des Klimawandels, die schon länger in den Philippinen zu spüren sind. Trocken- (El Niño) und Regenperioden (La Niña) treten immer häufiger auf und halten auch länger an, so Michael Reckordt.³ Seit Anfang Februar war eine wochenlange Trockenheit und Hitze zu beobachten. Bis zum Jahr 2050 wird für die Insel Mindanao im Süden der Philippinen ein Temperaturanstieg von bis zu drei Grad erwartet.

Vor allem Bauern und Bäuerinnen sind von der zunehmenden Hitze betroffen, aber auch die Lebensgrundlagen der indigenen Bevölkerung in den Bergregionen. Ernteausfälle sind die Folge. Das bedeutet in einem Land wie den Philippinen, dass viele Millionen Menschen vom Hunger bedroht sind. „Jeder Grad mehr Temperaturanstieg bedeutet eine Abnahme der Agrarproduktivität von zehn bis 15 Prozent“, so Reckordt.⁴ Auch die gesundheitlichen Folgen sind schon jetzt zu beobachten: Ältere Menschen leiden: besonders diejenigen, die krank oder pflegebedürftig sind. Wer in festen Häusern wohnt und sich eine Klimaanlage leisten kann, ist der Hitze weniger ausgeliefert als die Menschen in einfachen, behelfsmäßigen Hütten in den Slums oder in den oft sehr kleinen Häusern aus Holz und Bambus auf dem Land – sie können sich, wenn überhaupt, nur einen Ventilator leisten.

Immer wieder kommt es zu Stromausfällen, vor allem in den ländlichen Regionen. Das hat zur Folge, dass dann die einfachen Behausungen so heiß werden kön-

Getrennte Ein- und Ausgänge in Läden sowie Maskenpflicht beim Einkaufen: Das sieht der Corona-Schutz in Geschäften vor wie hier vor einem Supermarkt in Quezon City/Manila.



nen, dass die Menschen der Gefahr eines Hitzetodes ausgesetzt sind und Atemprobleme haben, wenn sie nicht nach draußen gehen können. Das ist aber infolge der Pandemie nur begrenzt möglich.

Die Hitzeperioden werden häufig durch schwere Regenfälle unterbrochen, die wiederum zu Überschwemmungen führen können. Manche Flüsse schwellen so stark an, dass sie nicht mehr passierbar sind.

Die Philippinen gehören weltweit zu den zehn Ländern, die am stärksten unter dem Klimawandel leiden und durch dessen Folgen bedroht sind. Taifune und heftige Stürme sind in diesem tropischen Land nicht ungewöhnlich. Aber infolge des Klimawandels treten sie zunehmend häufiger auf und haben in den letzten Jahrzehnten an Intensität zugenommen. Jedes Jahr richten Taifune schwere Zerstörungen auf dem Festland der Philippinen an.

Die beiden bislang schlimmsten Taifune in den vergangenen Jahren ereigneten sich 2012 und 2013. Infolge des Tropensturmes Pablo 2012 verloren 1.901 Menschen ihr Leben. 2013 wütete der Taifun Yolanda und führte vor allem auf den Inseln Samar und Leyte zu schwerwiegenden Zerstörungen mit mehr als 7.000 Toten. Mehr als 1,1 Millionen Häuser und Wohnstätten wurden zerstört. Am Weihnachtsfest 2019 folgte auf derselben Route wie Yolanda der Taifun Ursula. Nach Angaben von Astrud Lea Beringer wurden damals ersten Berichten zufolge 77.832 Menschen obdachlos und mehr als 430.000 Häuser zerstört, ein wirtschaftlicher Gesamtschaden von rund 60 Millionen Euro.⁵

Diese wenigen Beispiele zeigen die drastischen Folgen einer verfehlten globalen Klimapolitik, deren Hauptversacher den Klimawandel entweder verharmlosen oder sich auf konkrete Vereinbarungen zur Verringerung des CO₂-Ausstoßes nicht festlegen wollen. Das hat zur Folge, dass es immer schwieriger wird, die Schäden solcher Umweltkatastrophen auch nur halbwegs in den Griff zu bekommen. Einerseits, weil neue Taifune gerade wieder errichtete Häuser oder Fischer-



boote erneut zerstören, andererseits, weil private Unternehmen in den zerstörten Gebieten etwa mit neuartigen Tourismusprojekten den Wiederaufbau durch die betroffene Bevölkerung behindern oder eine Umverteilung privaten Landbesitzes zugunsten von Kleinbauern und Kleinbäuerinnen zu vermeiden suchen.

Mehr als sechs Jahre nach dem Taifun Yolanda zeigt sich, dass das Thema „Klimagerechtigkeit“ in den Philippinen den Schutz und die Garantie von Land- und Siedlungsrechten bedeuten würde, weil „Gesetze zugunsten ärmerer Bevölkerungsgruppen fehlen, ein schwaches Justizsystem und Korruption vorherrschen und zusätzlich der einflussreiche Privatsektor in die Katastrophennachsorge drängt“⁶.

Umso größer muss die Verantwortung in den Industriestaaten sein, sich endlich auf konkrete Klimaschutzziele zu verpflichten. Das Corona-Virus hat gezeigt, dass gehandelt werden kann und muss, um eine Pandemie unter Kontrolle zu behalten.

Christian Hohmann, Regionalpfarrer des Amtes für MÖWe für die Kirchenkreise Herford, Lübbecke, Minden, Vlotho

¹ Stand vom 11. August 2020: Bis zu diesem Zeitpunkt wurden (laut Wikipedia) 136.638 Infektionen in den Philippinen registriert: 68.159 Personen sind genesen, 2.294 Menschen sind infolge des Virus verstorben.

² Vatikan News vom 16.4.2020.

³ Michael Reckordt, Bedrohlich. Auswirkungen der Klimakatastrophe und die Reaktion der Duterte-Regierung, in: Handbuch Philippinen, hg. von Rainer Werning/Jörg Schwiager, Berlin 2019, S. 219.

⁴ M. Reckordt, S. 220.

⁵ Vgl. Astrud Lea Beringer, Philippinen: Klimagerechtigkeit braucht Menschenrechte. Sechs Jahre Wiederaufbau nach Taifun Yolanda und seine Folgen in: Blickwechsel Dezember 2019, Stiftung Asienhaus, S. 2.

⁶ A. L. Beringer, S. 6.

Kulturschock durch Klimawandel

Afrikanische Kirchen und der neue Lebensstil

Klimawandel lässt auch den afrikanischen Kontinent nicht unberührt. Die Kirchen dort können dazu nicht schweigen. Ich möchte in dem Beitrag zeigen, wie Afrikaner*innen den Klimawandel in ihrem täglichen Leben erfahren. Dabei beschränke ich mich auf Zentralafrika und die VEM-Mitgliedskirchen in der Region, also Kamerun, DR Kongo, Ruanda, Tansania. Was bedeutet der Klimawandel für die Menschen dort?

Der Klimawandel in Zentralafrika

Die zentralafrikanischen Länder haben lange Zeit von einem Klima profitiert, das ganzjährige heftige Regenfälle garantierte und eine vielfältige Flora und Fauna hervorbrachte. Die Bevölkerung, zumeist Bauern oder Hirten, brauchten keine landwirtschaftlichen Maschinen oder Kunstdünger. Hier wuchs alles, nicht nur, wie Gott es von Anfang an geplant hatte (1. Mose 1,11-12), sondern auch wie es Noah nach der großen Flut versprochen hatte (1. Mose 8,22): Die Abfolge von Regen- und Trockenzeit war regelmäßig und die Menschen konnten entsprechend Landwirtschaft betreiben. In der Regenzeit wurde gesät, in der Trockenzeit wurde geerntet.

In vielen Regionen sind die alten landwirtschaftlichen Methoden noch in Gebrauch. Die Temperaturveränderungen sind nun auch in Afrika spürbar, dabei lokal oder regional sehr unterschiedlich. Bis in die 1990er Jahre waren die Regionen Mudende in Ruanda und Kitsombiro/Lubero in der DR Kongo für ihre niedrigen Temperaturen bekannt. Es war dort sehr kalt. Die Häuser wurden durch Feuerstellen beheizt. In Kitsombiro mussten seitdem die Menschen ihre Schlafgewohnheiten ändern. Während sie sich früher mit Wolldecken zudeckten, genügt heute ein Laken.

Nach den 1990er Jahren wurden die Wälder in Lubero und die Bäume in Mudende abgeholzt, um Farmland oder Weideland zu gewinnen oder um Städte zu bauen. Gleichzeitig wurden dort viele Eukalyptusbäume gepflanzt, ohne zu wissen, dass sie problematisch für Boden und Wasser sind.

Klimawandel und der Glaube an geheimnisvolle Kräfte

In Ländern wie der DR Kongo, Kamerun oder Ruanda hat der Klimawandel einen Kulturschock ausgelöst und führt manchmal zu unglaublichen Fantasien.

Im zentralen und südlichen Afrika gibt es zwei hohe Berge, den Kilimandjaro in Tansania (5.895 m) und den Ruwenzori in der DR Kongo (5.109 m). Beide Berge waren von Gletschern bedeckt. Heute schmilzt dieses Eis rasant. Doch wie verstehen die Menschen dort das Verschwinden dieser Eisschicht? Für Einige ist dies nichts Natürliches, sie sehen vielmehr mysteriöse Kräfte am Werk.

Im Jahr 2013 reiste ich mit meinen Kindern von Kampala (Uganda) nach Beni (DR Kongo). Wir hatten ein Taxi gemietet, es war sehr heiß. In Bulongo (DR Kongo) riet mir der Fahrer sehr vorsichtig zu sein, denn an dieser Stelle könnte – wenn die Sonne heiß brennt – ein plötzlich auftretender, mysteriöser Fluss die Straße unter Wasser setzen und Autos versinken lassen. Ich fragte den Fahrer, wo der Berg Ruwenzori sei. Er sagte, dieser sei oberhalb der Straße. Mir war dann klar, dass der „mysteriöse“ Fluss aus dem Schmelzwasser des Gletschereises bestand. Als wir dem Fahrer dies erklärten, war er erstaunt und verstand dann, dass es dort keine geheimnisvollen Kräfte gibt. Solche Fehlinterpretationen gibt es häufig in dieser Region, wenn es klimabedingte Naturkatastrophen gibt, wie z.B. das Austrocknen von Flüssen (besonders in Tansania), Überschwemmungen durch schwere Regengüsse (in Ruanda), Erdbeben oder Bodenerosion (DR Kongo, Ruanda).

Neue Methoden in der Landwirtschaft

Der Klimawandel erfordert neue Methoden der Landwirtschaft. Weil der Wechsel der Trocken- und Regenzeiten aus dem Tritt geraten ist, müssen immer mehr Bauern künstlich bewässern oder benützen Gewächshäuser. Doch können dies nur diejenigen, die





Flüsse trocknen aus, weil es immer wärmer wird wie hier in Afrika.

gut ausgebildet sind und die nötigen Mittel haben. Die meisten Bauern leiden jedoch unter massiven Ernte-einbrüchen, sei es wegen heftiger Regenfälle oder zu kurzer Regenzeiten.

Der Ernteverlust zwingt die Bauern dazu, Saatgut für die nächste Saison zu kaufen und sich so zu verschulden. Dabei können sie nicht einmal ihre Familien ernähren und sich das Schulgeld und Kleidung für ihre Kinder leisten. Das Schlimmste ist, dass die Kinder schlecht ernährt sind und ihre Gesundheit gefährdet ist. So geraten Familien tiefer und tiefer in einen teuflischen Kreislauf der Verarmung.

Klimawandel und der neue Lebensstil

In der afrikanischen Familie steht das Feuer immer im Mittelpunkt, nicht nur zum Kochen, sondern auch um sich zu wärmen und die Gemeinschaft zu nähren. Es ist Tradition, dass man rund um das Feuer zusammen isst, am Feuer Geschichten erzählt, dort Geschichte geschrieben wird, dort das Palaver in Versöhnungsprozessen stattfindet. Es gibt aber nicht mehr genug Feuerholz, deshalb müssen Kultur und Gemeinschaft neu buchstabiert werden. Dies geschieht auch. Es gibt neue Wege, Gemeinschaft und Harmonie zu erhalten, die Geschichte nicht abreißen zu lassen. Diese Verän-

derungen erzeugen aber einen Kulturschock und brauchen Zeit. Gegenwärtig entwickeln Kirchen Alternativen zum Feuerholz. Verbesserte Kochöfen aber auch Erneuerbare Energien (Solarsysteme, Biogasanlagen) werden in der DR Kongo, Ruanda und Tansania als die besten Möglichkeiten gesehen.

Es ist wichtig zu verstehen, dass die einfachen Menschen in Afrika, wenn sie an Umweltschutz denken, zuerst die Sicherheit ihres Dorfes im Blick haben: ihre Ernte, den Fluss, aus dem sie das Wasser holen, ihre Tiere und all das, was ganz direkt für ihr Leben wichtig ist. Ihre Herausforderung besteht darin, dass der Klimawandel ihren regional begrenzten Bereich überschreitet.

So scheinen die lokalen Bemühungen nicht auszureichen, um die weitere Erwärmung aufzuhalten. Die Menschen werden zusätzlich entmutigt, wenn sie sehen, dass große Konzerne aus Nordamerika, europäischen und asiatischen Ländern ihren politischen und finanziellen Einfluss nutzen, um den noch übrigen Regenwald auszubeuten und zu zerstören. So kommt es dazu, dass die Menschen überlegen, ob es den Klimawandel verhindert, wenn sie jedes Jahr einen Baum oder auch hundert Bäume pflanzen, während große Waldgebiete, die sie geschützt haben, durch ausländische Konzerne zerstört werden.

Was kommt zuerst:

Umweltschutz oder die Sicherheit der Familie?

In Afrika ist es eine große Herausforderung, die Schöpfung zu bewahren. In einigen Ländern gibt es dafür Gesetze. In Tansania ist es beispielsweise verboten, dass Menschen, die keine großen Flächen mit Bäumen besitzen, Holzkohle produzieren. Besitzer von Baumflächen müssen eine staatliche Genehmigung beantragen. Die Wüstenbildung soll so eingedämmt werden.

Doch während ich im September 2018 nachts vom Simiyu Distrikt nach Mwanza unterwegs war, sah ich Menschen, die im Dunkeln Holzkohle verkauften. Mein Fahrer erklärte mir, dass diese Händler illegal Holzkohle herstellen. Wenn sie erwischt werden, riskieren sie eine Gefängnisstrafe. Die Herausforderung heißt: wie kannst Du die Umwelt schützen, wenn Du Deine Familie nicht ernähren kannst? Diese Situation der Armut und das Fehlen wirtschaftlicher Alternativen hindert die Menschen, die Umwelt zu schützen – oder sie pflanzen schädliche Bäume wie Eukalyptus.

Die Kirche geht voran, um die Schöpfung zu bewahren

Als das Evangelium in Afrika Fuß fasste, war Umweltschutz kein Bestandteil des biblischen Unterrichts und des christlichen Selbstverständnisses. Dies ist heute völlig anders. Die Menschen haben die Ökologie in ihr theologisches Denken integriert. Liturgie und Liedgut sind erneuert, sie integrieren Umweltschutz, um den Schöpfer zu ehren und um die Gläubigen einzuladen, ihre Verantwortung wahrzunehmen. So gibt es das Projekt „Wachsen mit meinem Baum“. Hier pflanzen Kinder einen Baum und kümmern sich um ihn, während sie aufwachsen. Jugendliche beteiligen sich an dem „Jugendklimaaktionstag“. Auch hier werden Bäume gepflanzt und gepflegt. Vielleicht tragen diese kleinen Schritte dazu bei, grünes Land wieder herzustellen und unserer Mutter Erde Hoffnung zu geben. Langsam, aber sicher.

Pfarrer Dr. Kambale J.-B. Kahongya Bwiruka ist Projektsekretär für die Afrika-Region der Vereinten Evangelischen Mission mit Sitz in Dar Es Salaam/Tansania
Übersetzung aus dem Englischen: Dietrich Weinbrenner



Viele junge Menschen in Afrika beteiligen sich beim Climate Action Day.

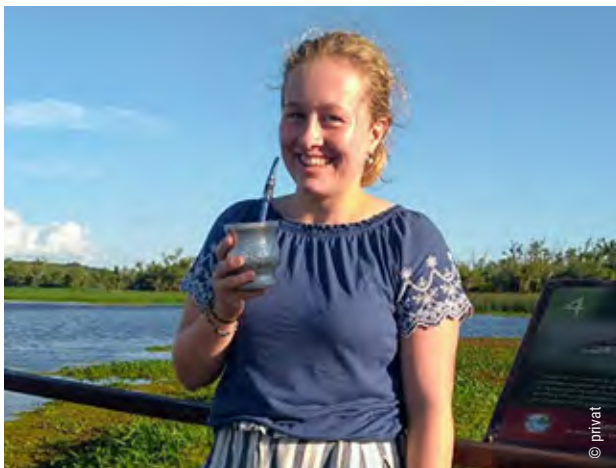


Corona-Berichte von Freiwilligen

Freiwillig hin – unfreiwillig zurück: Wegen der Corona-Pandemie mussten junge Leute aus Westfalen ihren Auslandsaufenthalt abbrechen. Aus Tansania, Südamerika, Süditalien wurden sie nach etwa einem halben Jahr zurückgeholt. Zum Abschiednehmen war zwar keine Zeit. Die jungen Freiwilligen aber sind um viele Erfahrungen reicher geworden und haben für sie zunächst unbekannte Menschen für immer in ihr Herz geschlossen.

Wo das Herz zuhause ist - Kein Weg ist zu weit

Vormittags arbeiteten Inka und ich im Freiwilligendienst in der bilingualen Schule Takuapí für die Kinder einer Gemeinde der Mbya Guaraní. Sie treffen sich in einer Kindergartengruppe und besuchen die erste bis siebte Klasse. Dort boten wir Workshops in Informatik und Mathematik an, spielten mit ihnen und unterstützten den Sportunterricht. Nachmittags machten wir mit dem Pastor Hausbesuche und halfen in der Artesanía, einem kleinen Laden, in dem die indigenen Bewohner ihre Holzschnitzereien und anderes Kunsthandwerk verkaufen. Außerdem unterstützten wir unsere Mentorin beim Kochkurs, arbeiteten einmal die Woche nach-



Michelle Mattern

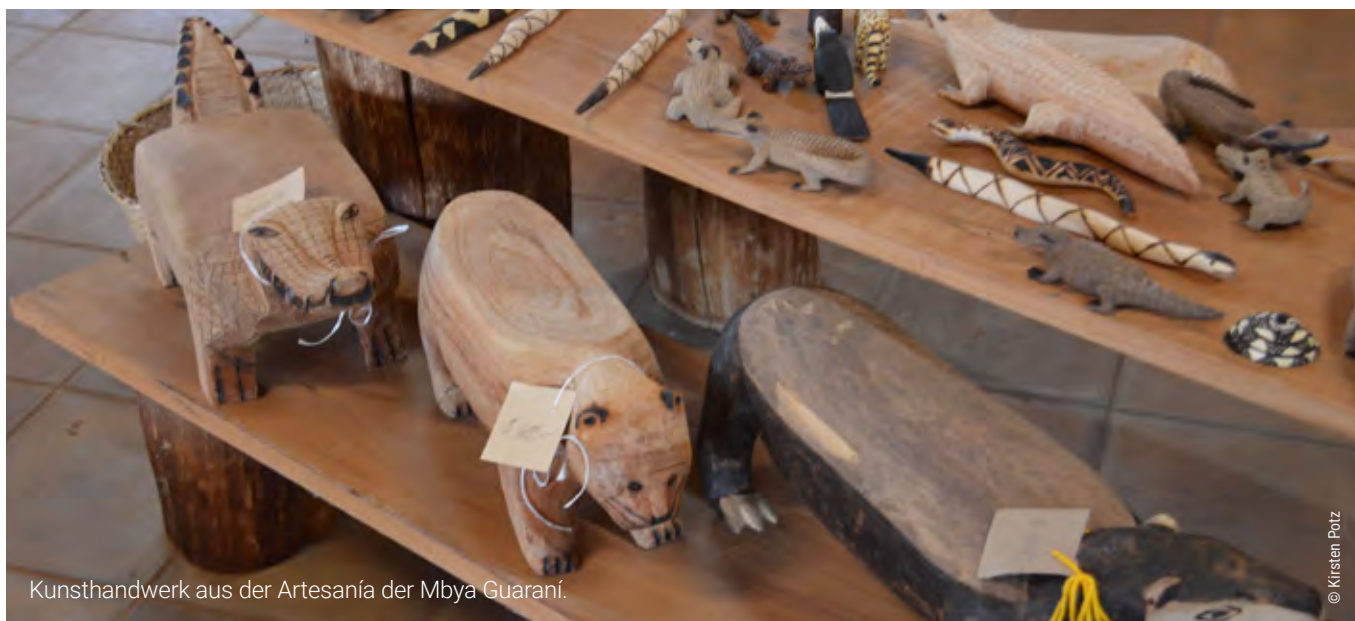
mittags in einer Sonderschule und verbrachten viel Zeit mit einer Pfadfindergruppe.

So ging das erste Halbjahr meines Freiwilligendienstes in Ruiz de Montoya, einem kleinen Ort in der Provinz Misiones, hoch oben im Nordosten Argentiniens, sehr schnell um. Und dann wurden schon die langen Weihnachtsferien eingeläutet. Wir erledigten noch einiges und strichen z.B. die Räume der Artesanía. Danach ging es für je zwei Wochen nach Paraguay in eine andere Freiwilligenstelle.

Nach dem Zwischenseminar in der Provinz Buenos Aires fuhr ich dann glücklich und zufrieden in den Urlaub. Aber bereits in der zweiten Woche konnte ich es kaum abwarten wieder nach Misiones zu kommen, weil ich die Leute und die Arbeit so vermisste. Außerdem hatte ich mir beim Zwischenseminar viele Dinge vorgenommen, die ich unbedingt umsetzen wollte. Als ich nach der ebenfalls sehr spannenden und aufregenden Urlaubszeit wieder zurückkam, merkte ich: Ruiz de Montoya und meine Mitbewohnerin Inka waren bereits mein Zuhause geworden.

Leider folgte nach nur eineinhalb Arbeitswochen ein tiefer Schlag. Die Provinz Misiones schloss von





Kunsthandwerk aus der Artesanía der Mbya Guaraní.

© Kristen Potz

einem Tag auf den nächsten alle Kindergärten und Schulen. Am folgenden Tag hieß es, alle Großveranstaltungen und Versammlungen - auch Gottesdienste - seien verboten. Plötzlich hatten wir keine Arbeit mehr. Wie waren allein, denn das Internat, auf dessen Gelände wir wohnten, hatte alle Schüler*innen nach Hause geschickt. Übers Wochenende hofften wir auf das Beste. Umsonst.

Am Montagmorgen gingen Gerüchte um, dass wir unseren Freiwilligendienst beenden müssten und von unseren Organisationen nach Deutschland zurückgeholt werden würden. Wir wollten es nicht glauben, warteten auf die E-Mail mit der Hiobsbotschaft und hielten den Atem an, als wir es schwarz auf lesen konnten. Ich glaube, ich habe den ganzen Tag immer wieder geweint.

Unsere Mentorin Ruth versuchte uns mit einem gemeinsamen Mittagessen bei ihr aufzumuntern. Abends lagen die Nerven trotzdem so blank, dass Inka und ich uns gestritten haben. Unseren Streit legten wir aber schnell bei. Ich bin sehr glücklich, dass ich Inka hatte! Wir waren ein gutes Team, das an seinen Herausforderungen immer mehr gewachsen und zusammengewachsen ist. Auch das noch folgende Corona-Chaos haben wir zusammen gemeistert. Ging es der Einen schlecht, war die Andere da – und umgekehrt.

Nachdem wir eine Nacht über die Nachrichten geschlafen hatten, wollten wir unsere argentinischen Freunde informieren und die voraussichtlich letzten Treffen planen, um uns noch einmal zu sehen und persönlich auf Wiedersehen zu sagen. Leider klappte es nicht mit allen, da schon bald absolutes Ausgangs- und Kontakt-

verbot herrschte. Am schlimmsten war die Tatsache, dass wir uns nicht wirklich von den Kindern und Arbeitskollegen verabschieden konnten. Vielen konnten wir nur noch WhatsApp-Nachrichten schicken.

Noch in derselben Woche packten wir unsere Koffer. Es hieß, es könne jeden Moment zum Flughafen gehen. Wir versuchten aus jedem Tag das Beste zu machen: sich ein letztes Mal in die „bratende“ Sonne legen, ein Kilo Eis in den Lieblingssorten aus der Eisdiele bestellen, gemeinsam Mate trinken...

Ehrlich gesagt war diese Zeit sehr nervenaufreibend. Morgens stehst du auf und hast keine Vorstellung, was der Tag bringen wird. Alle fragen, ob es schon etwas Neues gibt, aber nein! Du bist immer noch genau da, wo du auch schon gestern warst. Und vorgestern. Und am letzten Wochenende, denn es herrscht schließlich Ausgangssperre und es gibt keine Transportmittel. Und eigentlich willst du ja auch gar nicht hier weg. Andererseits weißt du genau, dass die Heimreise das Vernünftigste ist und die nervenden Fragen nur Sorge um dich ausdrücken.

Die ganze Wartezeit über standen wir auch mit den anderen Freiwilligen und unseren Organisationen in Kontakt. Das war sehr hilfreich, da wir auch immer mit jemanden in der gleichen Lage reden konnten. Inka und ich bekamen mit, wie immer mehr andere Freiwillige den Flieger nach Deutschland nehmen konnten – während wir beide noch immer in Ruiz de Montoya festsaßen. 1.500 Kilometer von Buenos Aires entfernt.

Selbstverständlich freuten wir uns für die anderen, aber zugleich wuchsen unsere Ungeduld und Verzweiflung. Es fuhren keine öffentlichen Verkehrsmittel.

tel, da die argentinische Regierung das ganze Land in Quarantäne gesteckt hatte. Niemand durfte sich ohne Passierschein, ausgestellt von der Polizei, draußen frei bewegen - und es sah nicht so aus, als würde sich an dieser Situation bald etwas ändern.

Letztendlich warteten Inka und ich rund drei Wochen, bis wir plötzlich erfuhren, dass es am nächsten Morgen mit einem Bus der französischen Regierung für uns nach Buenos Aires und von dort aus weiter nach Frankfurt ging. Der Bus sammelte in der Provinz Misiones Europäer ein, um sie zum Flughafen zu bringen. Für die Mitreise brauchten wir eine Gesundheitsbescheinigung von einer Ärztin. An unserem letzten Abend saßen wir auf der Polizeiwache, um Passierscheine zu beantragen.

Die Fahrt nach Buenos Aires zog sich aufgrund von vielen langwierigen Polizeikontrollen an den Provinzgrenzen in die Länge. Nach etwa 19 Stunden kamen wir endlich am Flughafen an. Hier verbrachten wir den Tag, bestiegen abends um 20.00 Uhr den Flieger und schliefen kurz danach erschöpft ein. Aufgewacht bin ich erst wieder, als wir in Deutschland zur Landung ansetzten. Wenn ich heute zurückblicke, bin ich sehr froh, dass das Ganze so abgelaufen ist. Passend zu den acht Monaten davor war auch unsere Abreise wahrlich ein Abenteuer!

Die ersten Tage und Wochen in Deutschland ging es mir ziemlich schlecht. Ich war müde von der ganzen

Aufregung, denn Ungewissheit während der Wartezeit war ziemlich anstrengend gewesen. Zudem vermisste ich Misiones und all die Leute vor Ort schmerzlich. Und das tue ich noch immer.

Wäre es anders, wäre meiner Meinung nach auch etwas falsch gelaufen. Der Schmerz ist mit der Zeit erträglicher geworden und ich weiß, es bringt nichts, in Trauer zu versinken. Es geht weiter und ich muss den nächsten Schritt wagen in Richtung Studium. Zudem bin ich ja auch froh, erneut bei meiner Familie und meinen Freunden zu sein. Man kann zwar immer noch nicht wirklich wieder in sein altes Leben zurückkommen, da Corona es bisher verhindert, aber wie wir Freiwilligen so schön scherzhaft sagen: Das Warten sind wir ja nun schon gewohnt.

Für mich ist klar, dass ich eines Tages meine Einsatzstelle und meine Freunde und Bekannten in Ruiz de Montoya besuchen werde, allein schon deshalb, um mich dann bei der erneuten Rückreise nach Deutschland vernünftig verabschieden zu können. Bis dahin versuche ich, mich an meine Zeit in Argentinien zu erinnern, die ich vor dem Ausnahmezustand erlebt habe. Die war nämlich schön! Alles, was ich erlebt, und die Menschen, die ich in diesen letzten acht Monaten getroffen habe, werden für immer einen Platz in meinem Herzen haben. Ich werde sie niemals vergessen.

Michelle Mattern

Freiwillig hin - unfreiwillig zurück

Die Corona-Pandemie durchkreuzt den Freiwilligendienst auf Sansibar

„Leben ist Zeichnen ohne Radiergummi!“ schreibt Jenny Kolbus neben ihr Profilbild auf Skype. Will heißen: Kein Tag kann gelöscht, keine Erfahrung rückgängig gemacht werden. Selbst vermeintliche Rückschläge bergen wertvolle Erkenntnisse und bestätigen die Einsicht: Das Leben kann nur vorwärts gelebt werden.

Das hat die junge Frau aus Herford auch in ihrem wegen der Corona-Pandemie abgebrochenen Freiwilligendienst auf Sansibar erfahren. Dabei hatte sie sich so sehr auf dieses eine Jahr im Ausland gefreut und intensiv auf die Zeit in Tansania vorbereitet. Einmal das eigene Fremdsein in einem unbekannten Land erleben

und eintauchen in eine fremde Kultur und Sprache: Diese Neugier hat Jenny Kolbus ihre Arbeit als Jugendreferentin in Dortmund unterbrechen lassen, um bei der Vereinten Evangelischen Mission (VEM) einen entwicklungspolitischen Freiwilligendienst zu absolvieren. Das vitale Interesse an anderen Menschen und der Studienabschluss im Fach Soziale Arbeit ebnet der Diakonin den Weg nach Sansibar. Auf dieser Insel vor dem tansanischen Festland mit über 99 Prozent muslimischer Bevölkerung fördert die Lutherische Kirche mit „Upendo“ und „Zanzic“ zwei interreligiöse Projekte. Wäh-



rend „Upendo means Love“ christliche und muslimische Frauen zu Schneiderinnen ausbildet, lädt das zu „Zanzic“ abgekürzte „Zanzibar Interfaith Centre“ zum Studium der Religionen ein und zum friedlichen Dialog über Gemeinsamkeiten und Unterschiede in Christentum und Islam. „Ich habe so viel in diesem Doppelprojekt gelernt und mich super wohl gefühlt!“ blickt Jenny Kolbus auf ihre sieben Monate in Tansania zurück. Frauen-Empowerment in „Upendo“ heißt für sie: In der Nähsschule werden Technik und Design erlernt, im Workshop das Gelernte an Taschen eingeübt und durch den Kleiderverkauf im Shop die wirtschaftliche Selbständigkeit gestärkt. Dazu die Begegnungen und Seminare im „Zanzic“: Eintauchen in die Geschichte und Kultur der Religionen, gemeinsam christliche und muslimische Feste feiern, als Studierende mit- und voneinander lernen, Kiswahili, Deutsch und Englisch reden, Glaube und Gebet im Alltag erfahren. Fragt man nach den bleibenden Eindrücken ihres Freiwilligendienstes, dann erzählt Jenny Kolbus von der wachsenden Emanzipation der Frauen und dem Aufbrechen traditioneller Rollen: Mama Afrika ist längst nicht nur die lastenschleppende Familienfrau, sondern zunehmend Ärztin und Lehrerin, Schneiderin und Managerin, die sich Ausbildung und Beruf, Selbständigkeit und ökonomische Unabhängigkeit nicht mehr nehmen lässt. Im Februar 2020 kommen erste Gerüchte über das neuartige Corona-Virus bei den Freiwilligen an. Mit Kopfschütteln nehmen sie die Hamsterkäufe von Mehl und Klopapier in ihrer kalten Heimat zur Kenntnis und fühlen sich im Corona-freien Tansania deutlich sicherer als in den deutschen Krisen-Hotspots. Während Jenny Kolbus mit ihren Kolleginnen via WhatsApp noch den



Die Upendo-Managerin Farijila Abdala und VEM-Freiwillige Jenny Kolbus freuen sich, dass ihre farbenfrohen Kleider, Taschen und Tücher gut ankommen beim Fest der Internationalen Schule auf Sansibar.

weiteren Verbleib in Tansania berät, ziehen das Auswärtige Amt und die Weltwärts-Zentrale die Reißleine und ordnen die umgehende Rückkehr aller Freiwilligen nach Deutschland an.

Weder die engagierten Frauen und Männer im internationalen Freiwilligendienst noch die VEM oder andere Entsendeorganisationen haben wirklich eine Wahl, sondern können nur den Anordnungen aus Berlin folgen. So muss auch Jenny Kolbus Mitte März Hals über Kopf ihre Koffer in Stone Town packen, die Abreise vorbereiten und darf ihre Freundinnen wegen der neuen Abstandsregeln zum Abschied nicht mehr umarmen. „Nichts tat in den letzten Jahren so weh wie das!“ ist das traurige Fazit dieses unschönen Abbruchs.

Mit der Fähre geht es von Sansibar nach Daressalam und am nächsten Tag mit dem Flieger nach Hause. Aber wo ist „Zuhause“ für eine 26-Jährige, die sechs Jahre selbständig in Studium und Beruf gelebt hat? Keine Wohnung, kein Job, keine Zeit, die Rückkehr in Ruhe zu planen! Stattdessen überhastete Ausreise, zwei Wochen Kontaktverbot und 14 Tage auf der Couch der Schwester: Zeit der Leere und Trauer! Bis sich der Nebel allmählich lichtet und neue Konturen deutlich werden: der Einzug ins Internationale Volunteers House in Dortmund und die Aussicht auf eine befristete Stelle in der kirchlichen Jugendarbeit.

Wie gesagt: Leben ist Zeichnen ohne Radiergummi! Gerade deswegen hat Jenny Kolbus ihre Entscheidung zum Freiwilligendienst keine Minute bereut und ist trotz des vorzeitigen Abbruchs dankbar für die vielen tollen Erfahrungen in dieser außergewöhnlichen Zeit.

Martin Ahlhaus, Regionalpfarrer des Amtes für MÖWe für die Kirchenkreise Iserlohn, Lüdenscheld-Plettenberg, Siegen und Wittgestein



Das Gemeinschaftsprojekt „Upendo means Love“ verbindet Nähsschule und Boutique, Menschen und Religionen. Das Ergebnis: Stilvolle Kleidung, interkulturelle Freundschaften und wirtschaftliche Unabhängigkeit.

Corona und die Folgen

- Berichte aus Partnerländern



Auf wunden Füßen tausend Kilometer bis nach Hause

Die Corona-Krise in Indien - eine Migrantengeschichte

Eine landesweite Ausgangssperre als Präventivmaßnahme gegen die Corona-Pandemie: die indische Regierung legte am 24. März schon früh nach Ausbruch des neuartigen Virus das öffentliche Leben lahm. Rund 1,35 Milliarden Einwohner*innen des Landes konnten sich also kaum noch frei bewegen. Dabei lag die Zahl der positiven Corona-Fälle gerade einmal bei 500 – inzwischen ist die offizielle Zahl auf mehr als 2,25 Millionen Infizierte gestiegen (Stand August 2020).

Weil Fabriken und andere Arbeitsstellen geschlossen wurden - besonders in der Bauindustrie - waren unzählige Menschen plötzlich in den Städten arbeitslos. Millionen von Arbeitern, die meisten von ihnen Tagelöhner, mussten mit plötzlichen Einkommensverlusten und Nahrungsmittelknappheit fertig werden. Außerdem wurden sie von ihren Vermietern aufgefordert, sofort ihre Quartiere zu räumen.

Ohne Arbeit, Unterkunft und Geld versuchten Millionen von Wanderarbeitern mit ihren Familien, einschließlich kleinen Kindern, hunderte bis tausende von Kilometern zu Fuß zurück in ihre Heimatdörfer zu gehen. Doch dann wurden viele dieser Menschen von der Polizei mit Schlagstöcken geschlagen, weil sie gegen die Ausgangssperre verstoßen hatten. Unzählige Menschen wurden zwangsmäßig in die Städte zurückgeschickt, die sie verlassen hatten, weil die reichen Bauunternehmer sie nicht gehen lassen wollten. Viele starben an Erschöpfung in der Hitze, an Dehydrierung und Hunger oder bei Verkehrsunfällen.

Rahul kannte die Risiken, wenn er sich auf den Heimweg machen würde. Dennoch beschloss er nach

knapp vier Wochen Ausgangssperre am 20. April, sich den strengen indischen Abriegelungsgesetzen zu widersetzen und den mehr als 1.000 Kilometer langen Fußmarsch von Dehradun zu seinem Dorf im östlichen Bundesstaat Bihar anzutreten. Dort wohnen seine Eltern, seine Frau und sein fünfjähriger Sohn.

Als er sein Zimmer verließ, waren bereits in der ganzen Stadt Polizeikontrollpunkte errichtet worden. Unbefugte Reisen zwischen den Bundesstaaten Indiens waren streng verboten. Dennoch gelang es Rahul, zusammen mit einigen anderen Arbeitern, im Schutze der Dunkelheit und durch Umwege, der Polizei auszuweichen. Und er machte sich auf Eisenbahnschienen folgend auf den langen Heimweg.

Nach 13 Stunden hatten sie die erste von drei Staatsgrenzen überquert. Sie waren gerade 75 Kilometer gegangen. Er hatte gehofft, den größten Teil der Strecke per Anhalter zurücklegen zu können, aber da die Polizei die Lastwagen häufig kontrollierte, verlangten die Lastwagenfahrer viel Geld für die Mitnahme. Rahul hatte 300 Rupien (umgerechnet ca. vier Euro) bei sich, also hatte er keine andere Wahl als auf schmerzenden Beinen und Füßen zu gehen - und nur mit Wasser und ein paar Brotkrümeln zu überleben.

Als die Tagestemperatur aber 40° Grad überstieg, machte er alle zwei Stunden eine kurze Pause. Sein Ziel war es, täglich etwa 80 Kilometer zurückzulegen, geschafft hat er 60. Die Versuchung war groß, sich auszuruhen, aber er wusste, dass jedes Mal, wenn er sich hinsetzte, es schwieriger werden würde weiter zu gehen. Die Nächte schlief er - mit Gefährten - auf Feldern oder sogar am Straßenrand.

Rahul hatte in acht Tagen 500 Kilometer zurückge-



Rahul (rechts) gemeinsam mit einem anderen Wanderarbeiter beim Beton mischen. Wegen der Corona-Pandemie musste dann auch seine Baufirma schließen und Rahul verlor seinen Job.

legt. Seine Beine waren geschwollen und die Blasen an den Füßen geplatzt. Am sechsten Tag gingen auch seine Flip-Flops kaputt. Aber er hörte nicht auf zu laufen, wenn auch barfuß – er konnte nicht aufhören! Der junge Wanderarbeiter befand sich erst auf halbem Weg nach Hause.

Von den ursprünglich acht Migranten, die mit ihm aus Dehradun aufgebrochen waren, hatten zwei von ihnen, zusammen mit ihren Familien, den Weg nach Hause gefunden. Zwei andere nahmen einen anderen Weg. Einer starb tragisch an einem Schlangenbiss als sie durch ein Zuckerrohrfeld gingen. Einer war völlig dehydriert und wurde schwer krank. Glücklicherweise wurde er in eine Dorfklinik gebracht und überlebte. Nur zwei blieben bei Rahul, als sie ihren langen und beschwerlichen Heimweg fortsetzten.

Am zehnten Tag sah er einen Strom von Migranten, die einem schmalen Pfad entlang des ziemlich breiten Flusses folgten. Bald kamen sie an eine Stelle, an der sie den Fluss überqueren mussten. Rahul und die anderen zögerten, denn schwimmen konnten sie nicht. Aber als sie merkten, dass die anderen Männer samt ihren Frauen, Kindern und sogar älteren Menschen den Fluss überquerten, dachte er: „Wenn sie es können, warum können wir es nicht?“ Zum Glück war der Fluss an dieser Stelle nur gut ein Meter tief und floss langsam. Am zwölften Tag bekam er hohes Fieber, aber zum Glück befanden sie sich in der Nähe eines Dorfes. Als ein Dorfältester Rahuls miserablen Zustand sah, nahm er ihn auf, während die anderen Mitläufer weiterzogen. Rahul wollte nur so schnell wie möglich nach Hause, doch er erholte sich nur langsam. Und er bekam endlich seine erste volle Mahlzeit seit vierzehn Tagen. In Uttar Pradesh, dem bevölkerungsreichsten Bun-

desstaat Indiens, wurden bis Mitte Mai mehr als 800.000 zwischenstaatliche Migranten unter Quarantäne gestellt. Unter mehr als 50.000 getesteten Menschen gab es lediglich 1.500 positive Tests. Rahul war keiner von diesen.

Am nächsten Tag brachte ihn der Dorfälteste auf die nahe gelegene Hauptstraße und ein Lastwagenfahrer bot ihm eine Mitfahrgelegenheit an. Er hatte Mitleid mit Rahul als er seine blasigen, geschwollenen Füße und schwachen Zustand bemerkte. Rahul schlief hinten auf dem Zuckerrohr, das zur nächsten Zuckermühle transportiert wurde. Der Fahrer setzte ihn nach einer Weile an einer Anlaufstelle ab, wo sie Lebensmittel und Wasser an Migranten verteilten. Dort bekam Rahul seine nächste Mahlzeit.

Mehr als 200 Migranten aßen gerade, als die Polizei plötzlich eintraf. Sie sagten, die Menschen folgten nicht dem sozialen Abstand und sollten drei Meter voneinander entfernt sitzen. Die Polizei versuchte die Menschenmenge aufzulösen und forderte die Organisatoren auf, keine Nahrungsmittel mehr auszugeben.

Rahul war nun ganz auf sich allein gestellt und musste sich allein durchschlagen. Er sah eine Gruppe von Arbeitern auf einen Traktor springen, der in seine Richtung fuhr. Er schaffte es auch, darauf zu klettern und erreichte ein 30 Kilometer entferntes Dorf, wo er die Nacht an einem Tee-Stand am Straßenrand verbrachte. Früh am nächsten Morgen machte er sich zu Fuß auf den Weg und kam spätabends über die Reisfelder in seinem Heimatstaat Bihar an. So schaffte er es, weitere zwei Tage zu laufen bis er in einem Dorf von einer Meute streunender Hunde gebissen wurde. Ein paar Dorfbewohner halfen ihm auf die Beine und brachten ihn ins Dorf, wo sie seine Wunden pflegten. Es war ein

Nachbardorf, nur acht Kilometer von seinem eigenen Dorf entfernt. Am nächsten Tag humpelte er den Rest des Heimweges. Es war der 20. Tag seiner Saga. Als er am Ende seiner Kraft endlich vor seiner Haustür stand, stürzte sich sein kleiner Sohn auf ihn. Seine Frau und Eltern rannten zur Tür und als sie sich fest umarmten, vergaß er augenblicklich seine Erschöpfung, Schwäche und Schmerzen. Was für eine Freude, was für eine Erleichterung war es, sein Kind, seine Familie, sein Haus und sein Dorf wiederzusehen! Er war endlich zu Hause!

Doch zwei Tage später ereignete sich eine Tragödie. Rahul hatte hohes Fieber. Ihm wurde sehr schwindelig und er begann, Blut zu husten. Er wurde sofort von einem Nachbarn mit seinem Traktor in das nächste, 25 Kilometer entfernte Krankenhaus gefahren. Aber ... Rahul starb auf dem Weg ins Krankenhaus. Er wurde nur 30 Jahre alt.

Romesh Modayil, Regionalpfarrer des Amtes für MÖWe für den Kirchenkreis Soest-Arnsberg

Leben mit dem Virus

Der Alltag von Frauen in der Namibischen Kirche zwischen Familie und Beruf

„Wir mussten uns entscheiden“, beschreibt Pfarrerin Maureen Dausas die Zerrissenheit vieler Frauen in Namibia während der Corona-Zeit. „Als am 27. März die Ausgangssperren begannen, konnten wir nicht länger zwischen Familie und Arbeit pendeln. Viele Frauen haben sich zurückgezogen. In ihren Familien und auf den Farmen waren sie abgeschnitten von Kommunikation und normalem Alltagsleben, konnten dort aber besser für die Kinder und die tägliche Ernährung sorgen“.

Auch ihre Pfarrkollegin Elizabeth von Francois hat ihren Arbeitsplatz verlassen und sich auf die Familien-Farm zurückgezogen. Sie spricht von schwierigen Entscheidungen, betont aber auch die Qualität einer Zeit, in der Familien einander stärker wahrnehmen als sonst.

Andere entschieden sich ausdrücklich gegen die Familie: „Corona zwingt uns zu großer Wachsamkeit. Einige Frauen haben ihr Familienleben geopfert, um weiter Geld verdienen zu können, ohne die Gefahr Familienmitgliedern anzustecken“, berichtet Maureen Dausas.

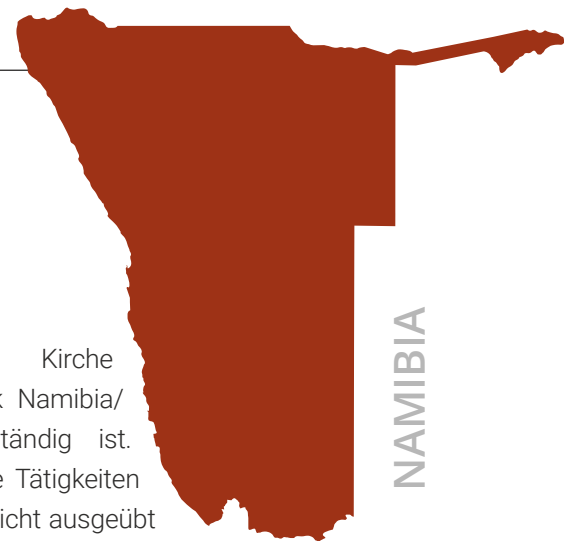
Manchmal erübrigt sich diese Entscheidung. Wegen Ausgangssperren können viele Berufe nicht ausgeübt werden. Büros sind geschlossen, es gibt keine Transporte. Einige Angestellte mussten oder müssen sich gemeinsam mit ihren Arbeitgebern in Quarantäne begeben – um direkte Kontakte zu vermeiden. Viele wurden auch entlassen. Vor allem Frauen, die wenig verdienen, werden nach Corona arbeitslos sein. Zudem werden viele Qualifizierungs- und Fortbildungsmaßnahmen abgebrochen, ergänzt Elizabeth von Francois, die für Bildungs- und Frauenarbeit in der Evangelisch

Lutherischen Kirche der Republik Namibia/ELCRN zuständig ist. Auch soziale Tätigkeiten können oft nicht ausgeübt werden: „Frauen machen in

unseren Dörfern die Hausbesuche. Sie versorgen Menschen, die ohne Verwandte leben; sie übernehmen diakonische Aufgaben in der Gemeinschaft. All das fällt weg, wenn sie gezwungen sind zuhause zu bleiben und Abstand zu wahren.“ Maureen Dausas spitzt ihre Erfahrungen so zu: „Corona verkrüppelt die Frauen und trennt sie von ihren normalen Aufgaben, von ihrem Beruf, von ihrer Familie, von den sozialen, religiösen und diakonischen Verpflichtungen.“

Noch kann niemand sagen, wie sich die Situation auf die Häusliche Gewalt auswirken wird, der in Namibia viele Frauen ausgesetzt sind. Die Befürchtungen sind groß. Es ist eng in den Häusern und die emotionale Anspannung nimmt zu. Die Unsicherheit angesichts des Virus steigt und die beruflichen Perspektiven sind ungewiss. Es gibt Entlassungen statt Arbeit. So kommt ein Stressfaktor zum anderen.

Elizabeth von Francois erkennt dennoch einen positiven Aspekt: Der Alkoholkonsum, der den Alltag vieler Familien prägt, wird derzeit stärker als Problem wahrgenommen und der Kauf durch die geänderten Bedingungen erschwert. Das ist eine Chance! „Frauen beten dafür, dass die Regierung den Alkoholkonsum stärker einschränkt!“ Vor besonderen Herausforderungen ste-



hen die Settlements. Dort leben – mal legal, mal ohne staatliche Genehmigung – tausende Menschen in einfachen Unterkünften. „Unsere Häuser stehen dicht an dicht. Wir benutzen gemeinsam eine Toilette. Und wir teilen uns die Wasserstelle.“ Ein Corona-Ausbruch in beengten Wohnverhältnissen hätte fatale Folgen.

Bildung und Erziehung

Nachdem die Schulen schließen mussten, stellt auch Namibia auf E-Learning um. Eine große Herausforderung! Im Partnerschaftsgottesdienst der Kirchenkreise Tecklenburg, Wesel und Otjiwarongo berichten Kinder, dass viele von ihnen ohne Strom und ohne Smartphones leben. Wie soll da Online-Unterricht stattfinden?

Probleme haben ebenso die Hostels, die in normalen Zeiten einen wichtigen Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit leisten. Hier leben Jungen und Mädchen, die aus weit entlegenen Gebieten kommen und vom Hostel aus zur Schule gehen können. Dort sind die Hygienestandards aber nicht einzuhalten, die Erzieherinnen wurden freigestellt, die Kinder mussten zurück zu ihren Familien. Ob sie dort genug zu essen bekommen, ist fraglich.

Naomi Kisting, Partnerschafts Koordinatorin der ELCRN, sieht gerade in den Hostels eine große Aufgabe für die Kirche und ihre gesellschaftliche Verantwortung. Aber noch können die Einrichtungen in kirchlicher Trägerschaft ihren wichtigen Dienst nicht wieder aufnehmen.

Finanzielle Not

Corona bringt mehrfache Not mit sich: Viele Einkommen sind weggefallen, Jobs wurden gekündigt, Dienstleistungen konnten nicht mehr erbracht werden. Gleichzeitig stiegen die Ausgaben: Der Alltag ist

teurer geworden, Kommunikation und Social Media kosten viel Geld. Es gibt kaum noch Projekte, in denen Menschen ihr Geld verdienen. Andere Initiativen konnten ihre Produktion umstellen: das lutherische Näh-Projekt SOFIMA in Windhoek produziert seit einigen Wochen Mund-Nasen-Schutz-Masken.

In der Kirche werden die meisten Gehälter nicht mehr gezahlt. Pfarrgehälter zum Beispiel werden in der Ortsgemeinde zusammengetragen, die dafür Kollekten sammeln. Aber woher sollen Spenden kommen, wenn Gottesdienste nicht stattfinden und Gemeindeglieder selbst kein Einkommen mehr haben?

Namibische Staatsbürger konnten 750 Landesdollar (umgerechnet etwa 37 Euro) als finanzielle Unterstützung pro Person beantragen, doch lediglich zehn Prozent haben davon bislang Gebrauch gemacht. Die Antragstellung ist kompliziert, das Verfahren erfolgt elektronisch und ist an Bedingungen geknüpft. Immerhin: Die ELCRN ist prominent in den entsprechenden Krisenstäben vertreten.

Kirchliches Leben

„Wir vermissen die Gottesdienste!“ Darin sind sich alle Frauen einig. Mehr noch als andernorts sind die Kirchen für namibische Frauen Orte des Austauschs und der Stärkung, der Vernetzung und der spirituellen Vergewisserung. Gottesdienste, Chorproben und andere kirchliche Aktivitäten sind ein wichtiger Ausgleich im oft anstrengenden Alltag. „Wir lieben es uns zu treffen!“ betont Elizabeth von Francois. Und sie weist dabei auch auf die trostlosen Umstände bei Beerdigungen und in der Seelsorge hin. „Wie sollen wir die Menschen Namibias erreichen?“ fragt sie. Eine Anfrage an kirchliches Selbstverständnis, die über Namibia hinausgeht. Seit Juni dürfen nun wieder Gottesdienste stattfinden. Phase III der Corona-Lockerungen sieht vor, dass 50 Menschen zusammenkommen dürfen. Eine deutliche Verbesserung, aber gleichzeitig eine Herausforderung an die Schutzkonzepte. Und eine fragile dazu: Ein Corona-Ausbruch in Walvis Bay hat dazu geführt, dass Mitte Juni die Lockerungen wieder zurück genommen wurden.

Beate Heßler, Pfarrerin des Amtes für Möwe, zuständig für „Ökumenische Frauenarbeit“ und „Gemeinsam Kirche sein mit Zugewanderten“



Frauen in Namibia nähen Schutzmasken.



Noch mehr Unsicherheit und Angst

Dramatische Entwicklung im Heiligen Land: Corona und Annexionspläne

Wenn es um Israel und die palästinensischen Gebiete geht, dann sind es aktuell zwei Themen: das Maßnahmenpaket zur Eindämmung des Corona-Virus und die Annexionspläne. Bereits am 6. März 2020 wurde in Palästina der Ausnahmezustand ausgerufen. Geschäfte, Restaurants, Schulen und Kirchen blieben geschlossen. Zudem riegelte Israel die Übergänge zwischen der Westbank und Israel ab.

Dies hatte weitreichende Konsequenzen für die palästinensische Bevölkerung: Vielen Menschen war der Weg zu ihrer Arbeitsstätte verwehrt. Zugleich kam der Tourismus komplett zum Erliegen, was ebenfalls für viele Familien den Verlust ihres Einkommens mit sich brachte, denn die Mehrheit der Einwohner Bethlehems zum Beispiel ist direkt oder indirekt vom Tourismus abhängig.

Die Corona-Fallzahlen lagen Mitte Juni bei ungefähr 18.000 Infizierten in Israel und etwa 500 in Palästina. Die Neuinfektionen wurden laut der John-Hopkins-Universität bei etwa 120 bzw. 3 angesetzt – eine moderate Zahl, verglichen mit anderen Ländern, aber noch längst kein Grund für eine Entwarnung. Zwischenzeitlich normalisierte sich die Lage in Israel und in den palästinensischen Gebieten. Aber was heißt schon „normal“?

Rabbi Louis Frankenthaler von der NGO Rabbis for Human Rights bemerkt in einer E-Mail bitter: „Normal now is walking around in a facemask all the time and living in fear that the wrong person will breathe on you at the wrong time.“ So verschärft die Corona-Pandemie das schon vorhandene Gefühl der Unsicherheit und Angst vor den „Anderen“, das das Leben vieler Menschen, nicht zuletzt in Jerusalem prägt.

Aus der Perspektive der Dialogarbeit des Rosling-Centers sieht Sarah Bernstein jetzt folgende Aufgabe: „Wenn uns das Coronavirus etwas gelehrt hat, dann ist es das, dass wir alle gleichermaßen menschlich und verletzlich sind. Lassen Sie uns aus dieser Lektion lernen, nicht nur dieses Virus gemeinsam als

Menschen zu bekämpfen, unabhängig von unserem Hintergrund, sondern auch die Gefahren von Stereotypen, Hass und Entmenslichung anzugehen, die gleichermaßen ansteckend und zerstörerisch sind.“

Auch die Evangelisch-Lutherische Kirche in Jordanien und dem Heiligen Land (ELCJHL), mit der die westfälische Landeskirche partnerschaftliche Beziehungen pflegt, ist von der Corona-Pandemie mehrfach betroffen. Seit Anfang März waren keine Gottesdienste und Gemeindetreffen mehr möglich. Erst seit Ende Mai können Gottesdienste wieder – unter Hygieneauflagen – stattfinden. Die Schulen der ELCJHL und insbesondere die Schule Talitha Kumi, die vom Berliner Missionswerk getragen wird und von der Evangelischen Kirche von Westfalen (EKvW) seit Jahren unterstützt wird, wurden zunächst wochenlang geschlossen. Nach den Sommerferien begann der Unterricht wieder in Etappen.

Wie in Deutschland ist der Unterricht soweit möglich in den digitalen Bereich verlegt worden (siehe Foto), was jedoch für manche Familien schwierig zu realisieren ist. Manchmal müssen die Schulen auch außergewöhnliche Wege gehen: Für die mündlichen Abiturprüfungen im deutschen Zweig von Talitha Kumi wurde sogar ein Lehrer aus Deutschland per Zoom zugeschaltet.

Finanziell hat Talitha Kumi mit erheblichen Einbußen zu rechnen, weil die Schulgebühren von den Familien der Schüler*innen derzeit nicht getragen werden und auch die Einnahmen des Gästehauses weggebrochen sind. Schulleiter Matthias Wolf ist aber froh, dass immerhin die Lehrerversorgung für das nächste Schuljahr gesichert ist.

Was für Talitha Kumi gilt, betrifft in erheblich stärkerem Maße auch die ELCJHL: Die finanzielle Situation ist wegen der fehlenden Einnahmen der Gästehäuser und der Schulen sehr kritisch. Bischof Ibrahim Azar rechnet mit kurzfristigen Einbußen von etwa 230.000 US-Dollar und von weiteren Einbußen von 400.000 US-Dollar im Laufe dieses und des nächs-

ten Jahres – bei gleichzeitiger Erhöhung der Lebenshaltungskosten. Schon jetzt muss die Kirche etliche Familien unterstützen, die wegen der Corona-Pandemie in finanzielle und soziale Notlagen geraten sind. Die Gehälter für die etwa 180 Angestellten können zurzeit wegen der schwierigen Lage nur zum Teil ausgezahlt werden.

Über allem schwebt die Ankündigung der israelischen Regierung, das Jordantal und weitere Gebiete der besetzten Westbank annektieren zu wollen. Die Evangelische Mittelost-Kommission der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) verfasste dazu eine Stellungnahme, die vom EKD-Ratsvorsitzenden unterstützt wird (www.ekd.de/EMOK-Texte-22521.htm). Darin werden die Annexionspläne der israelischen Regierung abgelehnt, weil durch sie kein gerechter Friede entstehen kann. Auch die westfälische Präses Annette Kurschus hat sich der Einschätzung der EMOK-Stellungnahme angeschlossen, wie sie in einem Brief an Bischof Azar mitteilte.

Pfarrer Christian Hohmann, Regionalpfarrer des Amtes für MÖWe und zuständig für den Nahen Osten sowie Pfarrer Ralf Lange-Sonntag, im Amt für MÖWe zuständig für den Dialog mit Muslimen und anderen Religionen



Homeschooling statt Schule: Zuhause lernen mussten auch Kinder von Talitha Kumi.

Weitere Informationen zur Situation in Israel und Palästina sowie zur ELCJHL und Talitha Kumi im Internet:

- www.jerusaalemsverein.de/wegen-corona-notstand-schulen-in-not/
- www.elcjh.org/de/news-2/news/
- talithakumi.ps/school/
- www.nesammim.de

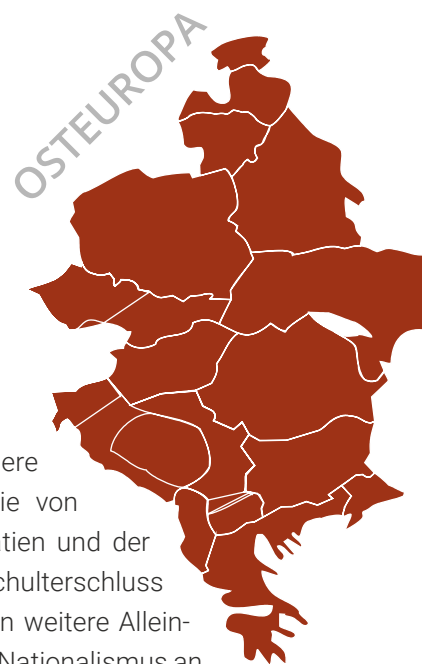
Europa ist besser als sein Ruf

Wie Corona die Schwachstellen aber auch Entwicklungsfortschritte der EU deutlich macht

Die Europäische Union (EU) ist in schwierigem Fahrwasser. Bei den Wahlen zum Europaparlament im Mai 2019 konnte ein politisches Desaster gerade noch verhindert werden. Schwierigkeiten bereiten aktuell der Austritt der Briten aus der EU, wachsende Spannungen mit der Türkei, Russland und neuerdings mit den USA sowie der Widerstand gegen den Prozess der politischen Vereinigung bei wichtigen Mitgliedern aus Mittel- und Osteuropa.

Viktor Orbans Regierung in Ungarn ließ deutlich erkennen, dass sie weder an mehr Vergemeinschaftung noch an dem vertraglich fixierten Demokratie-Modell Interesse hat, auf der anderen Seite aber gerne die ungarische Gesellschaft mit EU-Geldern

entwickeln möchte. Andere Regierungschefs wie die von Polen, Tschechien, Kroatien und der Slowakei suchten den Schulterschluss mit Ungarn und deuteten weitere Alleingänge in Richtung mehr Nationalismus an. Der bulgarische Soziologe Ivan Krastev versuchte eine Erklärung.¹ Der wachsende Nationalismus in Mittel- und Osteuropa sei Reaktion auf 30 Jahre erzwungener Nachahmung eines westlichen, kapitalistischen Demokratie-Modells, das den Neumitgliedern nicht gut tut, weil es die unterschiedlichen kulturellen, sozialen und ökonomischen Traditionen dort negiert. Und dann erwischte die Corona-Pandemie im März 2020 Europa.



Mehr als 27 Länder reagierten auf die Bedrohung durch das Virus mit nationalen Alleingängen, Grenzschließungen und unterschiedlich harten „Lockdowns“. Nur Schweden verzichtete darauf. Im Augenblick der Krise schrumpfte die politische Union zum Zwerg. Nationale Regierungen bestimmten das öffentliche und politische Geschehen.

Nicht alle Staaten waren gleich betroffen: Norditaliens Industrieregionen in Brescia, Perugia und Bergamo litten unter Corona so stark, dass die Krankenhäuser überfordert waren und die Armee in nächtlichen Militärkonvois die Särge mit den Corona-Toten abtransportieren musste. Auch Frankreich und Spanien hatten überraschend große Probleme im medizinischen Sektor. Und bei den Briten wurde deutlich, dass jahrelange Sparmaßnahmen im Gesundheitsbereich in einer Pandemie offenbaren, dass gerade die sozial Schwachen am stärksten leiden. Es fehlten Intensivpflegeplätze, Schutzkleidung, Atemschutzmasken und medizinische Geräte. Und die weniger globalisierten Gesellschaften Osteuropas hatten erstaunlicherweise die niedrigsten Infektionszahlen.

Nur radikale Isolation, Ausgangssperren und Kontaktvermeidung konnten die Ausbreitung des Virus unterbinden. Deutlich wurde auch wie schnell die national organisierten Gesundheitssysteme überfordert sein können. Doch dann wirkte der europaweite Lockdown. Die Lage normalisierte sich. Nach Wochen der Isolation wurde der Weg zurück in die Normalität beschritten.

Neue Probleme tauchten auf – lokale Corona- Hotspots: Rumänische Erntearbeiter auf deutschen Spargelfeldern, polnische Werkvertragsarbeiter in den Fleischfabriken in Westfalen erkrankten. Das Corona-Virus funktionierte da wie ein Vergrößerungsglas, das uns die hässlichen Seiten unserer Gesellschaft vor Augen führt. Spargel, Tomaten und Schweineschnitzel sind billig, aber der niedrige Preis ist nur realisierbar, durch schlecht bezahlte Arbeiterinnen und Arbeiter auf den Feldern und in den Schlachthöfen. Mangelnde Regeln für die Wirtschaft ermöglichten die Skandale bei Tönnies und Westfleisch.

Armut wird zum Gesundheitsrisiko: Dort, wo Menschen beengt zusammen wohnen, Hygienemaßnahmen und Abstandsregeln nicht eingehalten werden können, verbreitet sich das Virus schneller. So auch in den Roma-Siedlungen in Ungarn, Rumänien und Bulgarien und in den Flüchtlingslagern in Griechenland. Hier muss die EU schärfere Richtlinien und Verordnungen verabschieden, wenn die nationalen Regierungen das nicht tun.

Und es wird auch deutlich: in einer Gemeinschaft von 27 Staaten gibt es Starke und Schwache. Ungeregelte Konkurrenz verschärft die Krise. Alle sind voneinander abhängig. Nur durch Zusammenarbeit und Solidarität lässt sich die Krise bewältigen. Deutschland öffnete seine Kliniken für Patienten aus Norditalien und Frankreich. Und jenseits der reinen, medizinischen Hilfe wurde erkennbar, die europäischen Nachbarstaaten können sich unterstützen – bilateral und auch auf EU-Ebene.

Die EU steht vor richtungsweisenden Entscheidungen.



„Lassen sie uns das Richtige tun, mit einem großen Herzen, nicht mit 27 kleinen“, formulierte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in einer Rede vor dem Europäischen Parlament.² Zwischen dem 4. März bis zum 18. Juni 2020 gab es 215 medizinische und nicht-medizinische, bilaterale Hilfsmaßnahmen unter den europäischen Staaten. Das reichste EU-Land Deutschland mobilisierte in diesem Zeitraum 61 Unterstützungen für Italien, Österreich, Irland, Frankreich, Niederlande, Spanien, Rumänien, Kroatien, Polen und Luxemburg.³

Am 18. Mai präsentierten Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Präsident Emmanuel Macron dann den Entwurf für einen europäischen Corona-Wiederaufbaufonds als Initiative der beiden großen Mitgliedstaaten Deutschland und Frankreich. Merkel sprach am 29. Mai davon, dass wir ein Europa brauchen, dessen gemeinsames Ziel Solidarität untereinander sei.

Das EU-Gipfeltreffen aller Regierungschefs im Juli 2020 war dann die Nagelprobe. Nach über vier Tagen zäher Verhandlungen und dem lautstarken Widerstand der „sparsamen Vier“ aus Österreich, Dänemark, Schweden und den Niederlanden wurde Mitte Juli in Brüssel ein passabler Kompromiss verabschiedet. Ein Sonderfonds von 750 Milliarden Euro aufgeteilt in 390 Milliarden Euro Zuschüsse und 360 Milliarden Euro als Kredite soll den von Corona am stärksten betroffenen Wirtschaften wieder auf die Beine helfen. Das wird in erster Linie Italien, Griechenland und Spanien neue Möglichkeiten der Entwicklung geben.

Erstmals nimmt die EU in großem Stil Schulden auf. Erstmals erhält die EU eigene Steuern. 2021 soll eine Steuer auf nicht-recyclebares Plastik eingeführt wer-

den, eine Digitalsteuer sowie eine CO₂-Grenzsteuer sollen folgen. Damit setzt die EU auch klima- und umweltpolitisch neue Maßstäbe.

Die Vergabe von EU-Mitteln wird an die Einhaltung von Rechtsstaatlichkeit geknüpft. Auch das ist ein Novum in der Gemeinschaft.⁴ Heißt das also, dass Europa auf dem Weg ist weg von nationalstaatlichen Einzelinteressen hin zu mehr Solidarität und Vergemeinschaftung? Der politische Alltag nach Ende der Krise wird das zeigen müssen. Die halbjährige EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands bietet dafür weitere, gute Gelegenheiten.⁵ Auch die beiden großen christlichen Kirchen erinnern die deutsche Regierung an ihre Verantwortung und fordern, in Europa nach der Pandemie solidarisch füreinander einzustehen.⁶ Skepsis bleibt aber angebracht. Werden die EU-Mitgliedsländer, Deutschland, Ungarn und auch die „sparsamen Vier“ aus der Pandemie lernen? Die Vorteile einer politischen Gemeinschaft in Europa sind angesichts der Pandemie deutlich geworden. Politische Allgemeingüter wie Gesundheit sind nicht durch eine starke Wirtschaft, sondern nur durch gemeinsame, solidarische Politik zu sichern. Bis das Basis des politischen Handelns der EU wird, ist allerdings noch ein langer Weg zu gehen.

Thomas Krieger, Fachstelle Europa im Amt für MÖWe

¹ Krastev, Ivan: Europadämmerung. Ein Essay, Berlin, 2017.

² Rede vor dem EU-Parlament am 26.03.2020.

³ Interaktiver Datenatlas des European Council on Foreign Relations, siehe: <https://ecfr.eu/>

⁴ Deutschland kann nationaler Vorreiter werden indem es beispielsweise ein eigenes „Lieferkettengesetz“ als ethischen Rahmen für die soziale und ökologische Gestaltung von Liefer- und Wertschöpfungsketten in der Wirtschaft verabschiedet oder auf die Einführung einer EU-weiten Richtlinie pocht.

⁵ Erklärung der Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft (Juli-Dezember 2020), Bonn und Hannover, den 17. Juni 2020, siehe: www.ekd.de.



Klimawandel & Corona-Krise - die Folgen

Menschen rutschen in bittere Armut

Schulderlass für arme Länder zur Bekämpfung der Corona-Pandemie



© Göken Büttkara

Das Bündnis erlassjahr.de setzt sich seit vielen Jahren für Entschuldung armer Länder ein, damit dort Entwicklung und Gerechtigkeit ermöglicht werden. So fordert es, dass den Lebensbedingungen der Menschen in den verschuldeten Ländern mehr Bedeutung beigemessen wird als bestehenden Verpflichtungen zur Schuldentrückzahlung. Das Bündnis fordert deswegen auch in der Corona-Krise Schuldenerlasse für arme Länder.

In dem Bündnis arbeiten 600 Mitträgerorganisationen aus Kirche, Politik und Zivilgesellschaft zusammen.

Mit Jürgen Kaiser, dem politischen Referenten des Bündnisses, sprach Klaus Göke, Regionalpfarrer des Amtes für MÖWe.

Amt für MÖWe: Wir befinden uns mit der Corona-Pandemie in einer noch nie dagewesenen Situation. Diese hat nicht nur Folgen in den reichen Ländern, sondern auch negative Folgen für die armen und ärmeren Länder. Welche Einschätzung hat erlassjahr.de zum Thema Schulden und Schuldenerlass in dieser Krisenzeit?

Jürgen Kaiser: Wenn man auf die Fallzahlen schaut, sieht es auf den ersten Blick so aus, als wären die Länder im Globalen Süden von der Pandemie weniger betroffen. Sie sind aber ungleich stärker betroffen von der globalen Rezession, die durch die Corona-Pandemie ausgelöst worden ist. Der allgemeine Lockdown hat zum Rückgang der weltweiten Nachfrage geführt und damit zur Unterbrechung von Lieferketten. Er hat auch den weltweiten Tourismus zum Erliegen gebracht, von dem manche Länder, z.B. Thailand, Kenia, in ganz starkem Maße leben. Das bedeutet, dass bei einem bereits sehr niedrigen Pro-Kopf-Einkom-

men eine große Zahl von Menschen in bittere Armut rutscht. Die Wanderarbeiter in Indien waren und sind massiv betroffen. So etwas haben wir in der weltweiten Dimension bisher noch nicht erlebt. Der Effekt durch die Rezession und das erliegende Wirtschaftsleben in vielen Bereichen ist gravierend.

Internationale Institutionen und Staatenbündnisse wie der Internationale Währungsfonds (IWF) und die G-20-Staaten haben im April dieses Jahres Beschlüsse zu den bestehenden Schulden gefasst. Wie beurteilst Du diese?

Es waren die möglichen Beschlüsse im entscheidenden Moment. Es gab einen Schuldenerlass für die aller ärmsten Länder durch den IWF, aber nur für die Forderungen, die der IWF selber hat. Das bedeutet im Jahr 2020 für 28 Länder ein Schuldenerlass von ungefähr 200 Millionen US-Dollar. Das ist nicht viel im globalen Maßstab. Aber für die betroffenen Länder

heißt es, dass sofort einige Millionen US-Dollar zur Bekämpfung der Pandemie in jedem Land zur Verfügung stehen. Und es war ein wirklicher Erlass!

Die andere Maßnahme, die wichtiger und auch ein bisschen spektakulärer ist, ist das Moratorium, das die G20 und in deren Gefolge der gesamte Pariser Club beschlossen hat. Dieses Moratorium gilt für insgesamt 73 Länder - Länder, die aufgrund ihres niedrigen Pro-Kopf-Einkommens berechtigt sind, Kredite von der Weltbanktochter IDA zu bekommen und die am wenigsten entwickelt sind. Diese Länder haben das Angebot erhalten, in diesem Jahr keine Zahlungen mehr leisten zu müssen an alle Mitglieder der G20 und des Pariser Clubs. Das sind alle großen Industrieländer und die wichtigen Schwellenländer wie z.B. China. Das Moratorium läuft zunächst bis zum Jahresende. 2021 soll nur der reguläre Schuldendienst laufen. Ab dem Jahr 2022 sollen dann die Beträge aus 2020 nachgezahlt werden.

Das heißt, den Ländern werden jetzt nicht die Schulden gestrichen oder ein Teil der Schulden erlassen, sondern es wird der Schuldendienst unterbrochen und soll dann wieder aufgenommen werden?

Es handelt sich um eine Stundung. Dahinter steht der richtige Gedanke, dass wir jetzt finanzielle Mittel brauchen. Je früher man eine Pandemie bekämpft, umso weniger Schaden kann sie anrichten. Im Übrigen war das ein sehr spannender Prozess. Beim Treffen der G20-Finanzminister Mitte April war es ziemlich schwierig, die großen Schwellenländer mit an Bord zu holen, vor allem China als größten Gläubiger.

Alle, die sich daran beteiligen, wissen natürlich, dass nicht am 1. Januar 2021 schlagartig die Zahlungsfähigkeit der ärmsten Länder wiederhergestellt wird. Aus diesem Grund ist ausdrücklich die Option offen

gehalten, das Moratorium zu verlängern. Und es ist unvermeidlich, die Schuldentragfähigkeit in der zweiten Jahreshälfte 2020 nochmal zu überprüfen und zu sehen, ob aus dem Moratorium nicht doch ein echter Schuldenerlass werden muss.

Wir wollen jetzt zum einen daraufhin arbeiten, dass aus dem Moratorium auch ein echter Erlass wird. Zum anderen wollen wir auf die wichtigen Schuldner-Länder schauen, die jetzt außen vor geblieben sind. Denn die Begrenzung auf die ärmsten Länder hat zu ziemlich absurden Situationen geführt. In Mittelamerika z.B. haben Nicaragua und Honduras das Moratorium bekommen, aber nicht Costa Rica und El Salvador, die mindestens genauso kritisch verschuldet sind. Aber das ändert nichts daran, dass das Moratorium der richtige und vernünftige Schritt gewesen ist.

erlassjahr.de hat ja schon lange vor der jetzigen Krise vor neuen Schuldenkrisen gewarnt. Und ihr habt das verknüpft mit dem Thema Klimawandel und dazu auch eine Kampagne initiiert. Kannst Du diesen Zusammenhang darlegen?

Es ist so ähnlich wie bei Covid-19. Eine Reihe von betroffenen Ländern geraten aufgrund der Klimakrise in eine schwierige Situation. Beim Klimawandel kommt noch hinzu, dass es eine politisch-moralische Seite hat, weil diejenigen, die die Folgen ausbaden müssen, in der Regel nicht die sind, die den Klimawandel hauptverantwortlich ausgelöst haben. Gleichzeitig sind aber die Länder, die den Klimawandel hauptsächlich verursachen, häufig die Gläubiger der Länder, die unter seinen Folgen am meisten leiden müssen. Da hat es dann für viele nahe gelegen zu fragen, ob es nicht angemessen wäre, Schulden zu streichen.

Wir haben uns mit der Frage intensiv beschäftigt und sind zu dem Ergebnis gekommen, dass es sehr



Die westfälische Landeskirche ist über das Amt für MÖWe im Bündnis erlassjahr.de vertreten. Zudem sind auch einige Kirchenkreise und viele Gemeinden aus Westfalen Mitträger des Bündnisses.

Kontakt (für die Evangelische Kirche von Westfalen):
Klaus Göke, eMail: klaus.goeke@moewe-westfalen.de
Informationen zur Arbeit: www.erlassjahr.de,
Tel: 0211 4693-196, eMail: buero@erlassjahr.de

schwierig ist, die Frage des Klimawandels zwischen individuellem Schuldner und individuellem Gläubiger genau aufzurechnen. Es gibt in der internationalen Klimadebatte aber eine Ausnahme: neben den Themen „Vermeidung“ und „Anpassung“ wird auch das Thema „loss and damage“ diskutiert. Dabei geht es um „vorübergehende Schäden und dauerhafte Verluste“, die durch die Folgen des Klimawandels, z.B. Orkane, Fluten, entstehen können.

Um diese Schäden auszugleichen – dafür kann der Schuldenerlass ein Instrument sein. Wenn ein Land in einer bestimmten Situation, etwa bei Verwüstungen durch einen Wirbelsturm, konkret betroffen ist, dann kann es ein sehr wirksames Instrument sein, dafür zu sorgen, dass das Geld, was im Moment im Lande ist, auch im Land bleibt.

Wir haben vorgeschlagen, dass es dafür ein zweistufiges Verfahren geben soll. Nämlich zuerst ein Moratorium, welches direkt nach der Naturkatastrophe ausgesprochen wird. Dies schafft den Spielraum dafür, dass man dann - in einer zweiten Stufe - in einem kohärenten und rechtsstaatlichen Verfahren eine Neubewertung der Schuldentragfähigkeit des Landes vornimmt und ggf. auch eine entsprechende Umschuldung oder Schuldenreduzierung aushandelt. Das ist der Vorschlag, den wir von erlassjahr.de mit vielen anderen Initiativen und Organisationen vertreten, die zur Verschuldungsthematik bzw. zu Klimagerechtigkeit arbeiten.

Vielen Dank für das Gespräch!

Das Gespräch führte Klaus Göke, Regionalpfarrer des Amtes für MÖWe für die Kirchenkreise Gladbeck-Bottrop-Dorsten und Recklinghausen.



Gewerkschafter in Bangladesch verteilen Lebensmittel an Arbeiterinnen.

© NGWF/FEMNET

Die Schwächsten zahlen die Corona-Zeche

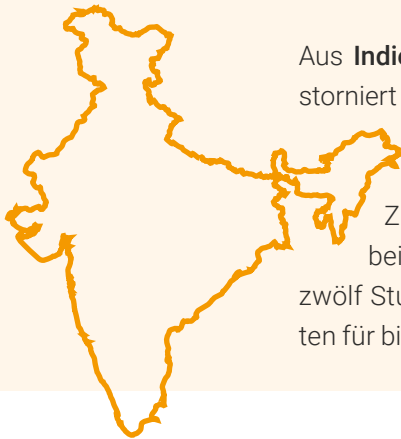
Unzählige Textilarbeiter*innen stehen vor dem Nichts

Adidas und weitere Konzerne wie Deichmann, Puma und H&M haben sich in der Corona-Krise als Opfer dargestellt und wollten keine Ladenmieten mehr zahlen. Dies ist ein klarer Missbrauch einer gesetzlichen Regelung, die Mieter vor dem Knockout schützen sollte, aber nicht für Unternehmen gedacht war, die regelmäßig Milliardengewinne machen. Erst ein öffentlicher Proteststurm gegen diesen Zynismus zwang Adidas zu einer Kehrtwende und zu einer Entschuldigung.

Die wahren Opfer der Corona-Pandemie in der globalen Textilindustrie sind die Arbeiter*innen, die solche Gewinne erwirtschaften. Die prekären Arbeitsbe-

dingungen in diesem Bereich sind seit Jahrzehnten bekannt. Neben oft mangelnder Arbeitssicherheit, exzessiven Überstunden und Unterdrückung gewerkschaftlicher Aktivitäten sind es vor allem die Löhne, die gezahlt werden. In der Regel sind es Hungerlöhne. Dazu kommt, dass es in den Produktionsländern oft keine ausreichenden sozialen Sicherungssysteme gibt, die Arbeiter*innen in Krisensituationen zumindest ein erträgliches Überleben sichern. Dies zeigt sich in der Corona-Krise überdeutlich. Die Kampagne für Saubere Kleidung hat konkrete Beispiele zur aktuellen Situation recherchiert:¹

In **Bangladesch**: Tausende Unternehmen, darunter mehr als 120 große Markenunternehmen kündigten bestehende Verträge mit Zulieferern in verschiedenen Produktionsphasen – manchmal wurden fertige Produkte, die im Hafen lagen, zurückgewiesen. Der Gesamtwert dieser Aufträge liegt bei rund 3,7 Milliarden US-Dollar. Eine überwältigende Mehrheit der Unternehmen verlangt zudem massive Rabatte für bereits produzierte Produkte oder verzögert die Zahlungen um sechs Monate bis zu einem Jahr oder noch schlimmer, auf unbestimmte Zeit. Zu den Markenunternehmen, die das höchste Auftragsvolumen storniert oder verschoben haben, zählen u.a. Primark, H&M und C&A. Deutschland nimmt gemeinsam mit Schweden mit betroffenen Aufträgen in Höhe von 100 Millionen US-Dollar einen traurigen zweiten Platz ein.



Aus **Indien** berichtet ein Großteil der Exporteure, dass Aufträge ganz oder teilweise storniert worden seien. Oft übernahmen Käufer keine Verantwortung bzw. Bezahlung für bereits gekaufte Materialien oder fragten nach Rabatten für bereits versandte Waren. Dies führt direkt dazu, dass Löhne nicht gezahlt werden. Zugleich plant die Regierung Arbeitsrechte massiv zu beschneiden, indem Arbeitsgesetze ausgesetzt werden. Diese würden die Arbeitszeiten von acht auf zwölf Stunden verlängern sowie Mindestlöhne und die Gründung von Gewerkschaften für bis zu drei Jahre aussetzen. Landesweit protestieren Gewerkschaften dagegen.

Allgemein gilt: Von den weltweiten sozialen und wirtschaftlichen Schockwellen der Covid-19-Pandemie sind die Arbeiter*innen in der globalen Textilindustrie gleich mehrfach betroffen:

Mit dem ersten Lockdown in China kam es in vielen Fabriken zu Engpässen bei den Rohstofflieferungen und viele Arbeiter*innen wurden nach Hause geschickt, oft ohne Lohn.

Als die Pandemie Europa erreichte, begannen einige Modemarken und Einzelhändler ihre Bestellungen zu stornieren, häufig ohne für bereits produzierte Waren zu bezahlen. Laut McKinsey haben sogar über die Hälfte aller Unternehmen die Lieferbedingungen erneut verhandelt, z.B. Preisnachlässe verlangt. Fabriken ohne finanzielle Reserven mussten aufgrund der Auftragsrückgänge und der geringeren Einnahmen schließen. Weitere Arbeiter*innen verloren ihre Jobs oder wurden vorübergehend ohne Einkommen nach Hause geschickt.

Als die Covid-19-Pandemie sich schließlich auch in den Produktionsländern auszubreiten begann, wurden, um die Pandemie einzudämmen, vorübergehend Fabriken geschlossen. Erneut wurden

Arbeiter*innen oft ohne Bezahlung und sichere Transportmöglichkeiten nach Hause geschickt.

In Fabriken, die weiterhin produzieren oder nun die Produktion wieder aufnehmen, reichen die Vorsorge- und Gesundheitsmaßnahmen meist nicht aus. Arbeiter*innen riskieren ihre Gesundheit und schlimmstenfalls ihr Leben.

Je schlechter die Arbeitsbedingungen sind, umso schlechter ist auch meist die Wohnsituation. Wanderarbeiter*innen leben z.B. oft auf engstem Raum in Gemeinschaftsunterkünften ohne ausreichende sanitäre Einrichtungen. Frauen sind zusätzlich Mehrfachbelastungen und Risiken ausgesetzt, da Haushalts-, Betreuungs- und Pflegearbeiten in vielen Haushalten auf Frauen abgewälzt werden.

Besonders bedroht sind auch jene, die jetzt für ihre Rechte eintreten oder Kolleg*innen unterstützen. Leider werden die Pandemie und die mit ihr verbundenen Maßnahmen als Vorwand missbraucht, um Menschen zu diskriminieren und um gewerkschaftliche Rechte und Freiheiten einzuschränken, indem z.B. gewerkschaftlich organisierte Arbeiter*innen als Erste entlassen werden.

Die Kampagne für Saubere Kleidung appelliert an die Modefirmen, jetzt Verantwortung für die Textilarbeiter*innen zu übernehmen und die Beschäftigten in ihren Lieferketten vor Arbeitsplatzverlust, Krankheit und Tod zu schützen.

Hier kann der Appell online unterstützt werden:
www.saubere-kleidung.de

Pfarrer Dietrich Weinbrenner, Beauftragter für nachhaltige Textilien in der Evangelischen Kirche von Westfalen und der Vereinten Evangelischen Mission

Ein Corona-Nothilfefonds von FEMNET unterstützt Textilarbeiter*innen unmittelbar.
Informationen unter: www.femnet.de
Konto des Corona-Nothilfefonds
FEMNET
Stichwort „Corona-Nothilfefonds“
GLS Gemeinschaftsbank eG
IBAN: DE 93 4306 0967 0300 800 800
BIC: GENODEM1GLS

¹ Angaben s. Webseite der CCC: www.saubere-kleidung.de



Auch in Zukunft einfach mal so verreisen?

Wenn Eine*r eine Reise tut ... Wie Tourismus nachhaltig gestalten?

Was wird uns besonders in Erinnerung bleiben, wenn wir in Zukunft auf das Jahr 2020 blicken? Auf das Jahr, in dem ein Virus unser Leben in kürzester Zeit auf dem Kopf stellte? Unser Freizeitverhalten und unsere Mobilität wurden quasi über Nacht eingefroren – geschlossene Grenzen, menschenleere Flughäfen. Dabei gehört Reisen zu unserem Leben – egal, ob jung oder alt, Individualreisende oder Pauschaltourist*innen. Ein Wochenende in einer europäischen Hauptstadt ist für viele eine selbstverständlich gewordene Abwechslung und Sommer, Sonne, Sandstrand eine sehnsüchtig erwartete Erholung vom Alltag.

Aufgrund von Corona sind Reisen in Länder des Südens weiterhin stark eingeschränkt. Was bedeutet das für die Länder, deren Wirtschaft vom Tourismus abhängt? Und: Kann es ein „einfach weiter so“ geben? Sollten wir das Innehalten nicht auch nutzen, um über unsere Erwartungen an die schönste Zeit des Jahres nachzudenken? Um nicht nur unsere eigenen Wünsche zu erfüllen, sondern unseren Blick auf die Auswirkungen unserer Art des Reisens zu schärfen – auf die Natur und vor allem auf die Menschen in den Ferienorten? Ist Tourismus tatsächlich eine verlässliche Einkommensquelle für die Menschen in den Ländern ist, in denen wir unseren Urlaub verbringen?

Jeder zehnte Job weltweit hängt am Tourismus, also rund 292 Millionen Arbeitsplätze. In jedem dritten Entwicklungsland ist er die Hauptdevisenquelle. Immer mehr Staaten setzen auf Tourismus als Wirtschaftsstrategie. Das Wachstum des Tourismussektors scheint unbegrenzt. Im Jahr 2030 erwartet man 1,8 Milliarden internationale Reisebewegungen pro Jahr (eine Verdoppelung gegenüber des Jahres 2010).

Erfahrungen aus Indien¹

Die Welt erlebt derzeit durch die Covid-19-Pandemie noch nie dagewesene Verwerfungen. In Indien könnten nach Schätzungen im Tourismus über 58,6 Milliarden Euro Umsatz verloren gehen.

Hotels sind geschlossen, die Strände leer und nur wenige Restaurants bleiben geöffnet.

„Seit Beginn des Lockdowns wurden die Reservierungen für März, April und Mai storniert und im Laufe der nächsten Monate werden die meisten Veranstalter im Tourismus ohne Umsatz arbeiten. Gleichzeitig sind weiterhin Gehälter, Strom, Wasser, Wartungskosten und weitere Fixkosten zu zahlen. Hotels müssen umfassend instandgesetzt werden, um wieder genutzt werden zu können. Eine erfolgreiche Erholung der Tourismuswirtschaft wird es nur mit staatlicher Unterstützung der Bundesstaaten, der Unionsregierung und der Wirtschaftsverbände geben“, meint ein Manager einer Hotelanlage in Varkala, eines bekannten Tourismusortes in Kerala/Südindien.

In fast allen touristischen Zielgebieten sieht es ebenso aus. „Wir haben keine Gäste und keine anderen Einkommensmöglichkeiten. Wir sind völlig abhängig vom Tourismus und haben kein Kapital, um in Alternativen zu investieren“, sagt Deepak Gupta, ein Vertreter des Verbandes der Straßenverkäufer*innen aus Bodhgaya, einem berühmten buddhistischen Pilgerzentrum.

Der gemeindebasierte, kleinteilige, eher dezentral organisierte Tourismus zeigt sich widerstandsfähiger gegenüber dieser Krise. „Für uns ist der Tourismus ein Zusatzeinkommen zu unseren Einnahmen aus der Landwirtschaft. Unser Tourismus ist nicht kapitalintensiv und bewahrt unsere ländliche Identität. Wir nutzen vorhandene Infrastruktur wie ‚Home-Stays‘ (Unterbringung in Gastfamilien)“, sagt Malika Virdhi aus Munsiri, einem Himalaya-Dorf im Bundesstaat Uttarakhand. Aufgrund der Covid-19-Pandemie kamen

in den vergangenen drei Monaten gar keine Gäste zu ihnen. Doch eine Sicherheitsreserve (5 % der Gesamteinnahmen aus dem Tourismus) hilft ihrer Gemeinschaft in dieser Zeit. „Wir wollen kein Rettungspaket von der Regierung. Wir wollen, dass unsere wichtige Rolle im Tourismus anerkannt wird“, sagt Rekha, ebenfalls Home-Stay-Betreiberin aus Munsiri.

„Im März, April und Mai haben wir unser Einkommen aus dem Tourismus verloren, doch wir sind nicht unter Druck. Hier ist jetzt Monsun-Zeit und wir sind mit landwirtschaftlichen Aktivitäten beschäftigt. Wir haben das Pflanzen von Reis-Setzlingen um einen Monat verschoben, um nicht wieder eine Ernte zu verlieren, für den Fall, dass es wieder Überschwemmungen gibt“, sagen Jayesh und Sindhu, ein Ehepaar aus Wayanad in Kerala. Zwei Jahre in Folge litt ihr Distrikt unter schweren Überschwemmungen durch den Monsun. 2018 und 2019 half der Home-Stay-Tourismus einigen Bäuerinnen und Bauern, Verluste aus der Landwirtschaft aufzufangen. Nun haben sie ihren Pflanzkalender angepasst, um die Risiken zu mindern.

Die Beispiele aus Indien zeigen, dass sich Krisen leichter bewältigen lassen, wenn Menschen nicht nur von einer Einkommensquelle wie dem Tourismus abhängig sind, sondern ihre Arbeit auch ohne internationale Gäste ausreichend Nachfrage erfährt und sie dafür ein Existenzsicherndes Einkommen erhalten. Durch ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Selbstversorgung, z.B. durch kleinbäuerliche Landwirtschaft, und einer freien und fairen Einbindung in regionale und auch internationale Märkte werden einseitige riskante Abhängigkeiten vermieden. In Nicht-Krisenzeiten solche kleinen, vielseitigen Ansätze zu stärken, auch bei der eigenen Reiseplanung, ist ein Beitrag für mehr Nachhaltigkeit. Tourismus kann nach Corona nachhaltiger werden und bietet neuen sozialunternehmerischen Ansätzen Raum. Es ist eine Aufforderung über die Art des Reisens nachzudenken und diese zu „fair-ändern“.

Vera Dwors, Fachstelle Südafrika im Amt für MÖWe und Antje Monshausen, Fachstelle Tourism-Watch bei Brot für die Welt

¹ „Tourismus als sichere Lebensgrundlage? Erfahrungen aus der Corona-Krise“ von Joyatri Ray, Sumesh Mangalassery, K.T. Suresh; Juni 2020; gekürzt <https://www.tourism-watch.de/de/schwerpunkt/tourismus-als-sichere-lebensgrundlage>, 28.07.2020



Aktion zum Lieferkettengesetz am Weltladentag 2020 in Lippstadt.

Fairer Handel in Corona-Zeiten

Corona hat nicht nur uns vor große Herausforderungen gestellt. Existentiell gefährdet sind die Produzent*innen und Handelspartner fairer Produkte in Afrika, Asien und Lateinamerika. Die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Maßnahmen trafen die Menschen mit voller Wucht und dramatischen Folgen.

So behindern Ausgangssperren, Grenzschließungen, eingeschränkter Reiseverkehr den Transport von Waren. Textilien z.B. konnten nicht ausgeliefert und Arbeitsmaterial nicht beschafft werden. Auch die Probleme im internationalen Transportwesen (Schifffahrt, Flugverkehr) verringerten den Absatz von Fair-Handels-Produkten massiv. Die Handelspartner berichten davon, dass Werkstätten geschlossen werden mussten oder fertige Ware nicht ausgeliefert werden konnte. In Kapstadt/Südafrika musste z.B. die Werkstatt ISUNA schließen, in der normalerweise 13 Mitarbeitende farbenprächtige Tassen, Teller, Schüsseln und Vasen produzieren.

Deutlich weniger Verkäufe fair gehandelter Produkte in Europa, auch wegen geschlossener Läden, verstärkten das Problem. So fehlt den Produzent*innen schnell ihr lebensnotwendiges Einkommen und stürzten sie in Existenznöte. Denn gerade Kleinbäuer*innen haben meist keinerlei Rücklagen, um so eine Krise auch nur annähernd zu überstehen.

Um der Krise zu begegnen hat der Weltladendachverband mit rund 30 Lieferanten die Aktion #fairsorgung gestartet – und so mit kreativen Ideen den Absatz von Fairtrade-Produkten befördert.

Ein weiterer Schritt war, dass mit der Aktion #fairwertsteuer Weltläden die verringerte Mehrwertsteuer nutzen, um finanziell ihre Handelspartner zu unterstützen. Die Weltläden zahlen die eingesparte Mehrwertsteuer in einen Fonds ein. Mit dem Geld werden besonders betroffene Handelspartner unterstützt.

Auch in Westfalen wurden Gruppen aktiv und kreativ. Die Steuerungsgruppe Fairtrade Town Lippstadt rief dazu auf, gerade in Zeiten der Corona-Beschränkungen beim Einkauf möglichst viele faire Produkte auszuwählen. Der Weltladen stellte dafür ein besonderes Angebot bereit: Per Telefon oder Mail konnten Produkte aus dem reichhaltigen Sortiment des Weltladens bestellt werden. Alle Bestellungen wurden umweltfreundlich und kostenfrei an die gewünschte Adresse in Lippstadt geliefert.

Da die Krise auch noch einmal den Blick für die wirtschaftliche und damit auch soziale Ungleichheit schärfte, nutzte der Weltladen Lippstadt die Gelegenheit, die Forderung nach einem Lieferkettengesetz zu bekräftigen. Eine mit den Plakaten der „Initiative Lieferkettengesetz“ geschmückte „Ente“ (Automodell) lud am Tag des Weltladens die Passanten ein, ein eigenes Statement für ein Lieferkettengesetz abzugeben und die Petition zu unterzeichnen.

PfarrerIn i.R. Margot Bell, Ehrenamtskoodinatorin Brot für die Welt im Amt für MÖWe



Die oft schlechten Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie werden schon länger kritisch beäugt. Doch erst mit der Corona-Pandemie kommt es zu neuen gesetzlichen Änderungen in der Branche.

Das System Billigfleisch stoppen

Nach dem Corona-Ausbruch bei Tönnies sind Politik und Verbraucher*innen gefordert

Nach dem massiven Corona-Ausbruch bei Tönnies ist klar: das „System Billigfleisch“ muss beendet werden. Die Fleischproduktion und Arbeitsverhältnisse in den Fabriken liegen seit Jahren im Argen. Fest steht: Der moralische und ethische Preis für das Billigfleisch ist am Ende zu hoch für uns alle.

Dieses „System Billigfleisch“ bringt viele Probleme mit sich wie etwa Höfe-Sterben und eine weiter zunehmende Konzentration in der Landwirtschaft, mangelndes oder nicht vorhandenes Tierwohl, Verschmutzung des Grundwassers, ausbeuterische Arbeitsbedingungen in Schlachthöfen, Infektions-Hotspots, die eine ganze Region lahmlegen können wie im Frühsommer den Kreis Gütersloh und teilweise auch benachbarte Kreise. Hinzu kommen entwicklungspolitische Probleme.

Weltweit werden jährlich Millionen Schweine geschlachtet - ein Fünftel davon in der Europäischen Union (EU). Deutschland ist der größte Schweinefleischproduzent in der EU (5,2 Mio. Tonnen im Jahr 2019). Dies liegt auch daran, dass in den vergangenen Jahren die Produktion enorm gesteigert wurde. Die Ställe wurden größer, die Konzentration der Schlachthöfe nahm zu. Allein Tönnies als bundesweit größter Fleischkonzern hat in Deutschland einen Marktanteil

von rund 30 Prozent. Dabei mussten immer mehr landwirtschaftliche Betriebe und kleine Schlachtereien schließen.

Obwohl in Deutschland wie auch in der EU die Produktion steigt, sinkt die Nachfrage. Es wird weniger Fleisch gegessen. Das heißt: wir produzieren als wir essen. Der Selbstversorgungsgrad mit Schweinefleisch liegt derzeit bei 120 Prozent. Dadurch schwellen die Überschüsse an. Die Lösung für das Problem wird im Export gesehen. Deutschland ist nach Spanien der größte Schweinefleisch-Exporteur der EU. Um Absatzmärkte zu gewinnen und den Export zu sichern, wird die EU-Handelspolitik so ausgerichtet, dass andere Länder ihre Märkte für europäisches Schweinefleisch öffnen müssen.

Dabei rückten auch Entwicklungsländer in den Fokus der deutschen und europäischen Fleischexporte. Der Absatz nach Subsahara-Afrika wurde gesteigert, vor allem nach Südafrika, Angola, Kongo und Côte d'Ivoire. Diese Exporte wurden durch Handelsabkommen zwischen der EU und einzelnen Staatenverbünden Afrikas abgesichert, die sogenannten EPAs.

Im März 2020 hat die EU – weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit – mit Vietnam ein Handelsabkommen abgeschlossen. Das sichert einen großen Absatzmarkt in den nächsten Jahren auf Kosten der

Millionen Schweinemäster*innen in Vietnam. Ein anderes, immer wichtiger werdendes Absatzland sind die Philippinen - auch dorthin steigen die Exporte. Religiöse Tabus bewahren Länder mit einem hohen Anteil an muslimischen Gläubigen wie z.B. Indonesien und Indien. Diese sollen aber ihre Geflügel- oder Rindfleischmärkte für EU-Einfuhren öffnen.

Insbesondere wenn eher niedrigpreisige Schlachtnieberzeugnisse wie Schweineschnauzen, Bäuche, Speck auf den Märkten in Entwicklungsländern landen, können dortige Schweinezüchter kaum mit den Billigpreisen konkurrieren.

Dieses System funktioniert nur, wenn die hohen Kosten der Fleischproduktion in der EU gedrückt werden. Die Lohnkosten lassen sich reduzieren, indem das starke Armutsgefälle in Europa ausgenutzt wird, Arbeitskräfte nach Deutschland gelockt werden und dann bis zum Umfallen arbeiten müssen - unter Missachtung von Arbeitszeitregelungen. Oft sind die Arbeitskräfte in hygienisch mangelhaften, völlig überbezahlten Unterkünften untergebracht. Wer sich krank meldet, wird gefeuert. Es gibt genug Leute, die nachrücken können. Zeit und Geld, deutsch zu lernen und am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, bleibt bei solchen Arbeitsverhältnissen nicht.

Ohne die ausbeuterische Arbeit in Schlachthöfen wie Tönnies wäre es nicht möglich, dass Deutschland und die EU die weltgrößten Exporteure besonders von Schweine- und Geflügelfleisch wären. Wenn die Arbeiter*innen in den Schlachthöfen jedoch angemessene

Löhne erhielten - so wie in Frankreich oder Dänemark - würde dies Billigexporte in arme Länder verhindern. Alternativ könnten hochwertige Fleischprodukte in Schwellen- und Industrieländer exportiert werden.

Ein weitere Säule des „System Billigfleischs“ und Kostendrucker sind billige Futtermittel, in Form von Soja-Importen. Der wichtigste Eiweißlieferant für die Schweinefütterung ist zurzeit Soja-Schrot, gefolgt von Raps. Soja wird hauptsächlich importiert. Für die Importe nach Deutschland werden außerhalb der EU zwei Millionen Hektar an Flächen benötigt. Dort wächst meist gentechnisch verändertes Soja. Jede zweite importierte Soja-Bohne kommt aus Brasilien.

Daneben sind andere südamerikanische Länder wie Paraguay, Uruguay und Argentinien wichtige Soja-Produzenten. In diesen Ländern konkurrieren die Flächen für den Anbau von Soja direkt mit dem Anbau von Nahrungsmitteln für die Menschen, die dort leben. Zudem heizt der Soja-Anbau den Klimawandel an, lässt Regenwälder und Artenvielfalt verschwinden und vergiftet aufgrund des hohen Pestizid- und Düngemiteleinsatz Boden und Wasser - mit schweren gesundheitlichen Folgen für Mensch und Tier.

Auch hier spielen Handelsabkommen wie beim Export des Billigfleischs wieder eine wichtige Rolle. Das Handelsabkommen der EU mit dem südamerikanischen Staatenverbund Mercosur (Brasilien, Argentinien, Paraguay, Uruguay) zielt auch darauf, mehr billiges Soja in die EU einzuführen. Dies führt unweigerlich dazu, dass noch mehr Wald in Südamerika gerodet wird.

Soja-Bohnen wachsen auf riesigen Plantagen in Brasilien. Sie werden auch als Futtermittel geerntet.



Brasiliens Präsident Jair Bolsonaro ist bereits „tatkraftig“ dabei und nimmt weder Rücksicht auf das Klima noch auf die indigene Bevölkerung. Im vergangenen Jahr (2019) ging Wald in einem Gebiet von der Größe des Libanon oder etwa der achtfachen Größe von Rio de Janeiro verloren, ein Drittel mehr als 2018. Argentinien hat zwischen 1990 und 2015 ein Fünftel seiner Wälder verloren und Paraguay weist regelmäßig die höchsten Entwaldungsraten der Welt auf.

Der Schaden für das Weltklima und die Artenvielfalt ist nicht zu beziffern. Das Handelsabkommen soll demnächst auch von Deutschland ratifiziert werden. Doch es regt sich Widerstand, weil deutlich wird, dass der Schaden für alle einfach zu hoch ist.¹ Denn neben billiger Soja soll auch billiges Rindfleisch aus den Ländern eingeführt werden können. Dies treibt die Preise weiter nach unten – und verstärkt das „System Billigfleisch“. Dazu darf es nicht kommen!

Das „System Billigfleisch“ ist zu komplex, als dass es mit einer einzigen Maßnahme überwunden werden könnte.

Wenn die Politik aber an vielen Stellen umsteuert, wird dieses System so nicht mehr existieren können. Maßnahmen auf dem Weg zu einem anderen nachhaltigen System sind z.B. angemessene Löhne und Festanstellung für die Arbeiter*innen in den Schlachthöfen, Tierwohlstandards in den Ställen, Handelsabkommen, die sich auch an Klimaschutz und Menschenrechten orientieren sowie eine EU-Agrarpolitik, die eine nachhaltige Landwirtschaft unterstützt.

Und auch wir als Verbraucher*innen sind gefragt – indem wir, wenn wir Fleisch kaufen, Wert darauf legen, dass es nicht auf Kosten von Menschen, Tieren und Umwelt erzeugt wurde.

Kirsten Potz, Regionalpfarrerin im Amt für MÖWe, und **Katja Breyer**, Fachstelle Entwicklungspolitik im Amt für MÖWe

¹ Die Bundesregierung will die Umsetzung des Abkommens während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft nun vorantreiben. Frankreichs Präsident Macron kündigte an, er werde dem Vertrag nicht zustimmen, solange Brasilien nicht dem Pariser Klimaabkommen beitrifft.

Kann aus dem Rohstoff-Fluch ein Segen werden?

DR Kongo: Eine Geschichte der Ausbeutung und Menschenrechtsverletzungen

Die Demokratische Republik Kongo (DR Kongo) - ein Land im Herzen Afrikas - verfügt über einen unglaublichen Reichtum an der Oberfläche und tief unter der Erde. Das Land ist reich an Diamanten, Gold, Zinn, Lithium, Coltan, Kupfer, Kobalt und Uran. Diese einmalige Vielfalt und hohe Konzentration der Mineralien galt zu Kolonialzeiten als "geologischer Skandal".

Die meisten dieser Mineralien werden in der modernen Hochtechnologie für Computer, Smartphones und der Elektromobilität verwendet. Die heutige Wirtschaft der DR Kongo ist im hohen Maße von Rohstoff-Exporten abhängig, vor allem von Kobalt und Kupfer, die unverarbeitet exportiert werden.

Das Leben in einem solch reichen Land sollte für die große Mehrheit der Bevölkerung - wenn nicht für die gesamte Bevölkerung - segensreich sein. Doch das Gegenteil ist der Fall: trotz des Reichtums an Res-

sourcen gehört die DR Kongo mit einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von 495 US-Dollar zu einem der 25 ärmsten Länder der Welt. Nach Angaben der Weltbank leben drei Viertel der Bevölkerung mit weniger als 1,9 Dollar pro Tag.

Der Kongo wird seit seiner „Entdeckung“ durch Diego Cao im Jahr 1482 ausgebeutet. Männer und Frauen wurden als Sklaven*innen nach Süd- und Mittelamerika verkauft, Gewürze und Bodenschätze nach Europa geliefert.

In der Berliner Konferenz (1884-1885) wurde das Gebiet der heutigen DR Kongo, das fast siebenmal so groß ist wie Deutschland, zur privaten Priorität des belgischen Königs Leopold II. Die aufkommende Automobilindustrie brauchte Kautschuk. Mit brutalsten Methoden wurden die Bewohner*innen des Landes dazu gezwungen, das kostbare Gummi tief aus den Wäldern des Kongo herbeizuschaffen.



In einer Mine von Kailo arbeiten auch Kinder.

© Julien Hamies

Die Menschenrechtsverletzungen und Tötungen wurden seinerzeit von Journalisten und Missionaren in aller Welt angeprangert. Nach mehreren Jahrzehnten der Leugnung durch die Belgier ist die derzeitige belgische Regierung offensichtlich bereit, das damals geschehene Unrecht anzuerkennen. Im Juni 2020 schrieb König Philippe anlässlich des 60. Jahrestages der Unabhängigkeit der DR Kongo an die kongolesische Regierung, um sein Bedauern auszusprechen und um Vergebung für die Gräueltaten zu bitten.

Heute bringen die Rohstoffe der kongolesischen Elite Wohlstand und Segen, während die große Mehrheit der Bevölkerung immer noch leidet. Eine riesige Mafia hat sich um die natürlichen Ressourcen des Landes organisiert. Es hat sich eine beunruhigende Komplizenschaft lokaler und ausländischer Kräfte gebildet. Zudem herrschen Korruption und Intransparenz, die die nachhaltige Entwicklung des Landes und eine Wirtschaftsweise, die der Bevölkerung zugutekommt, verhindern, ja zerstören. Die Schätze des Landes sind kein Segen für die Bevölkerung, sondern ein Fluch.

In den östlichen Provinzen und im Zentrum der DR Kongo, die besonders reich an Rohstoffen sind, gibt es Tausende von Flüchtlingen und Millionen von Binnenvertriebenen. Täglich werden in den rohstoffreichen Regionen Dutzende von Menschen massakriert. Ein Land mit so großen Reichtümern ist eigentlich ein Traum: Man könnte dort das Leben genießen. Doch

andere haben profitiert und profitieren noch: Belgien wurde auf den Bodenschätzen des Kongo aufgebaut. Einige seiner Städte haben dadurch internationalen Ruhm erlangt. Wie hätte Antwerpen zur Welthauptstadt des Diamantenhandels werden können, wo es doch auf belgischem Boden keine Diamanten gibt? Wie konnte Ruanda zum weltgrößten Produzenten von Coltan werden, wo doch die DR Kongo mehr als 80 Prozent der afrikanischen Coltan-Reserven besitzt? Wie kann Uganda eine der größten Goldraffinerien Afrikas betreiben, wo es doch kaum eigenes Gold hat? Es wird aus den benachbarten kongolesischen Provinzen Ituri und Nord-Kivu durch Hunderte von bewaffneten Gruppen über die Grenze geschmuggelt.

Krieg- Konflikte - Kinderarbeit:

Internationale Unternehmen tragen Verantwortung

Dass viele internationale Unternehmen, vor allem Bergbaukonzerne, von der Instabilität der DR Kongo profitieren und dazu beitragen, sie aufrechtzuerhalten, ist nicht neu. Bereits nach der Unabhängigkeit 1960 hatte die Société Générale, eine belgische Geschäftsbank, die Abspaltung Katangas provoziert und unterstützt, um an ihre Rohstoffe zu gelangen.

Die UNO benannte im Jahr 2002 die Plünderung der natürlichen Ressourcen als Ursache des Krieges. Denn sie finanziere den Waffenhandel, schüre damit den Konflikt und motiviere die Präsenz ausländischer

Kinder arbeiten in Minen: eine Alltagsszene in der DR Kongo. Doch 2021 beginnt das "Internationale Jahr zur Abschaffung der Kinderarbeit".



Armeen im östlichen Teil des Landes, besonders seit den 1990er Jahren, als es eine wachsende Nachfrage nach Mineralien wie Coltan gab.

Ein „Mapping-Bericht“ der UNO 2010 konstatiert: Der Kampf um die Kontrolle der Rohstoffvorkommen und deren Ausbeutung sei die Ursache für schwerste Menschenrechtsverletzungen und ein Faktor für die Verlängerung und Finanzierung bewaffneter Konflikte. Dieser Bericht ist auch zehn Jahre nach seiner Veröffentlichung wirkungslos geblieben. In einer Rede beim Evangelischen Kirchentag 2019 in Dortmund forderte der Friedensnobelpreisträger Dr. Denis Mukwege die „Berücksichtigung von Empfehlungen“ und bezog sich dabei auf diesen „Mapping-Bericht“.

Zudem ist ausbeuterische Kinderarbeit weit verbreitet. Ein Fünftel des abgebauten Kobalts stammt aus handwerklichem Bergbau und wird dabei auch von Kindern abgebaut. Kinderarbeit gibt es aber nicht nur im Kobaltabbau. Sie erstreckt sich auf alle natürlichen Rohstoffe und zwar in einem solchen Ausmaß, dass sie banalisiert wird. Jeder weiß es, jeder spricht darüber, aber es wird sehr wenig getan, um dem ein Ende zu setzen.

Die Verwicklung multinationaler Unternehmen im Zusammenhang mit ausbeuterischer Kinderarbeit ist auch Gegenstand der Klage, die derzeit in Washington gegen die Unternehmen Apple, Microsoft, Tesla und Dell im Namen von 14 kongolesischen Familien von internationalen Anwälten geführt wird. Die Kinder dieser Familien sind in den Kobaltminen ausgebeutet, schwer verletzt worden oder sind dort ums Leben gekommen. Glencore, ein Bergbaukonzern, wird von der Schweizer Justiz wegen Korruption in seinen Unternehmen in der DR Kongo strafrechtlich verfolgt.

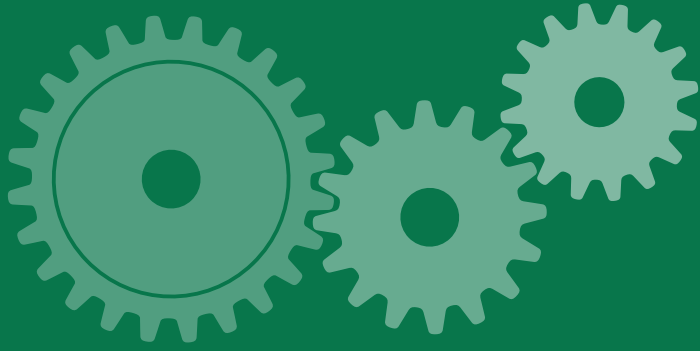
Diese Gerichtsverfahren außerhalb der DR Kongo lassen sich zum einen durch die mangelhafte Strafverfolgung und die Korruption im kongolesischen Justizsystem erklären. Andererseits ermöglicht die Existenz von Gesetzen zu Unternehmensverantwortung in den USA und der Schweiz, dass Unternehmen für ihre Handlungen im Ausland zur Rechenschaft gezogen werden können.

Für ein Lieferkettengesetz – gegen ausbeuterische Kinderarbeit!

So wie die Zivilgesellschaft, Journalisten*innen und Kirchen König Leopold II. gezwungen hatten, den Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Kongo ein Ende zu setzen, bestehen jetzt die Möglichkeit, etwas zu verändern. Ein Lieferkettengesetz in Deutschland kann den Schutz von Menschenrechten, das Ende ausbeuterischer Kinderarbeit und Umweltschutz beim Abbau von Rohstoffen in der DR Kongo befördern. Dies wäre ein wichtiger Beitrag für mehr Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung. Deswegen unterstützen das Amt für MÖWe und die Evangelische Kirche von Westfalen die „Initiative Lieferkettengesetz“.

2021 wird das „Internationale Jahr für die Abschaffung der Kinderarbeit“ ausgerufen. Deutschland hat während seiner EU-Ratspräsidentschaft den Kampf gegen ausbeuterische Kinderarbeit ganz oben auf die Agenda gesetzt. Auch hierfür braucht es gesellschaftspolitische Unterstützung.

Dr. Jean-Gottfried Mutombo, Regionalpfarrer des Amtes für MÖWe in den Kirchenkreisen Unna, Hamm, Münster, Steinfurt-Coesfeld-Borken und Tecklenburg



Handlungsfelder



LABASIKATI ist ein Frauen-Projekt gegen Erwerbslosigkeit.

Harvesting Hope

Mit Urban Farming Ernährung sichern und Frauen stärken - Ein Beispiel aus Südafrika

COVID-19 hat die Versorgung mit Lebensmitteln ins Wanken gebracht. Dabei stehen die Regionen der Erde verstärkt unter Druck, in denen auch zu halbwegs „normalen“ Zeiten der Zugang zu Nahrungsmitteln nicht immer gewährleistet ist. Viele Menschen im Globalen Süden sind betroffen. Vor allem Frauen und Mädchen sind gefordert, wenn es um ihre eigene und die Versorgung ihrer Familien geht. Es gibt ein Menschenrecht auf Nahrung. Gebraucht werden gemeinsame Strategien, um Ernährungssicherheit garantieren zu können.

„Unsere Angst vor dem Verhungern ist größer, als die Sorge um eine Ansteckung mit COVID-19“. Diese bewegenden Worte meiner Kollegin Magaret Phiri aus Südafrika erreichten mich kurz vor Ostern. Am Kap der Guten Hoffnung begann am 21. März eine der weltweit striktesten Ausgangssperren. Diese hält in nur wenig abgeschwächter Form immer noch an. Eine der Folgen: Die Arbeitslosenquote schnellte in

die Höhe, Millionen Menschen verloren von einem auf den anderen Tag ihre Jobs, ihre Einkommensquellen. Fast der gesamte informelle Sektor, wie beispielsweise der Straßenhandel, von dem ein Großteil der Südafrikaner*innen abhängt, brach quasi über Nacht zusammen.

Erschwerend kam hinzu, dass staatliche Unterstützungen nicht oder nur verzögert ausgezahlt wurden. Für Menschen ohne regelmäßiges Gehalt auf dem Konto, Ersparnisse oder gar einem Anspruch auf Kurzarbeitergeld fällt das finanzielle Fundament weg. Schon vor der Pandemie waren rund 300.000 Südafrikaner*innen auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen. Expert*innen befürchten, dass sich diese Zahl im Laufe des Lockdowns und der erwarteten Wirtschaftsflaute verzehnfacht.

Wie überall auf der Welt hält die Pandemie ein Brennglas auf die Missstände, die in den Vororten der Metropolen und den ländlichen Regionen auch fast dreißig Jahre nach dem Ende der Apartheid vor allem



Zum Schutz vor Corona nähen südafrikanische Frauen Masken. Ihren Spaß haben sie dabei offenbar nicht verloren.

Nachteile für die schwarzen Menschen in Südafrika und da vor allem für Frauen und Mädchen bringen. „Einige von uns tragen selten eine Maske, da wir sie nicht regelmäßig auswaschen können. Das von staatlichen Hilfsorganisationen angelieferte Wasser nutzen wir, um unseren Kindern etwas zu trinken zu geben und damit zu kochen – nicht, um uns damit die Hände zu reinigen.“ Selten hat die Welt ihre ungerechte Seite so deutlich gezeigt.

Außerdem machen sich schon seit einigen Jahren die Folgen des Klimawandels in der südafrikanischen Landwirtschaft bemerkbar – die Dürreperioden werden länger oder die sehnlichst erwarteten Niederschläge fallen ganz aus. Wenn es regnet, kann der ausgetrocknete Boden plötzliche große Wassermengen nicht aufnehmen. Vor allem die zahlreichen Kleinbauern und Kleinbäuerinnen geraten nach und nach an den Rand ihrer Existenz, auch im Westen des Landes in der Provinz Mpumalanga. Die größte Bürde tragen wie so oft die Frauen.

LABASIKATI -

Urban Gardening und Empowerment für Frauen

Anfang 2020 startete LABASIKATI – initiiert von Margaret Phiri. Der Kontakt zwischen ihr und Akteur*innen aus Deutschland entstand im Rahmen einer Projektreise des Mpumalanga Forums NRW - heute Südafrika Forum NRW. Im Laufe der Jahre fanden diverse Begegnungen sowohl in Südafrika und als auch in Nordrhein-Westfalen statt. In der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres konkretisierte sie die Idee, ein Gar-

tenprojekt mit und für Frauen zu starten und wird dabei von der Fachstelle Südafrika beim Amt für MÖWe unterstützt.

In Matsulu, ein Ort 40 Kilometer östlich von Nelspruit, der Hauptstadt der Provinz Mpumalanga nahe dem Kruger Nationalpark, entstand der erste LABASIKATI Garten. Die nächstgelegene Zugstation ist drei Kilometer vom Dorf entfernt. Der überwiegende Teil der Bewohner*innen leidet unter Armut und Hunger, die Infrastruktur ist in einem schlechten Zustand. Unregelmäßigkeiten in der Wasser- und Stromversorgung sind an der Tagesordnung, eine zuverlässige Müllentsorgung findet nicht statt.

Vor allem die älteren und alten Menschen in Matsulu sind betroffen, da ihnen die Möglichkeit fehlt für ihren Lebensunterhalt zu sorgen. Die staatliche Absicherung im Rentenalter reicht kaum zum Überleben. Auf Initiative der Frauen um Margaret Phiri wurden die Bürger*innen des Ortes befragt, was ihnen am meisten fehlt. Anschließend wurden gemeinsam mögliche Lösungen und Maßnahmen erarbeitet und diskutiert – Projektentwicklung auf Augenhöhe.

LABASIKATI versucht in Vergessenheit geratenes traditionelles Wissen über wassersparenden Anbau wieder lebendig zu machen. Es werden heimische Sorten angebaut und mit Fruchtfolgen experimentiert. Ökologische Landwirtschaft und Nachhaltigkeit sind der Gruppe, die mittlerweile in Südafrika als Nichtregierungsorganisation anerkannt ist, wichtig.

Vor allem ausreichend Wasserspeicher wird gebraucht. Die ersten großen grünen Fässer sind bereits ange-

schaft, mit dem Namen des Projektes in großen Lettern versehen und sicher installiert. Die Frauen sammeln in der Landschaft herumliegende Plastikflaschen und nutzen diese als Umrandung der Beete. Der besondere Clou: Die leeren Behälter speichern Regen, der in Trockenphasen zum Bewässern der Pflanzen dient. Erste Fotos von üppig grünen Gärten und erntereifen Gemüsepflanzen waren im Februar zu sehen. Mit den Kürbissen, dem Mangold und dem Salat versorgen die Frauen zunächst sich und ihre Familien. Der Rest des Ertrags wird zu gleichen Teilen verkauft und einer Suppenküche in Matsulu gespendet. So ernähren sie ihre Kinder, erwirtschaften ihr eigenes Einkommen und unterstützen obdachlose und alte Menschen. Während der Corona-Krise sicherten die LABASIKATI-Gärten Einigen das Überleben.

Ernährungssouveränität und Gendergerechtigkeit

Gendergerechtigkeit und die besondere Förderung von Frauen und Mädchen werden in der Entwick-

lungszusammenarbeit als Schlüssel zum Erreichen der gemeinsamen Ziele, der Agenda 2030, gesehen – Armutsbekämpfung, Mitbestimmung und wirtschaftliche Unabhängigkeit.



LABASIKATI wurde von südafrikanischen Frauen für Frauen ins Leben gerufen, um die Erwerbslosigkeit hinter sich zu lassen und einander zu stärken. Langfristig sollen an den jeweiligen Standorten der Garteninitiative Empowerment-Center für Frauen und Mädchen aufgebaut werden. Hier soll Begegnung und Austausch im gesicherten Raum stattfinden können. Workshops und Bildungsangebote, Werkstätten mit Nähmaschinen und Töpferöfen sind geplant und der zentrale Verkauf der hoffentlich bald wachsenden Produktpalette des Projekts.

Vera Dwors, Fachstelle Südafrika im Amt für MÖWe

Fahrradspeichen als Grillspieße und Flip-Flops aus Autoreifen

Klimapartnerschaft Bad Berleburg – Morogoro sucht nach Antworten auf den Klimawandel

Die Stadt Bonn hat eine, Bielefeld auch und Berlin sogar drei. Bei so vielen B's darf Bad Berleburg nicht fehlen! Die Rede ist von Kommunalen Klimapartnerschaften zwischen mittlerweile 61 Kommunen und

Landkreisen in Deutschland und ebenso vielen Städten und Distrikten in Ländern des Globalen Südens. Der Klimawandel stellt die Menschen weltweit vor große Herausforderungen: Jahreszeiten verschieben und Wetterextreme häufen sich, Missernten nehmen zu, Tier- und Pflanzenarten schwinden. Städte und Dörfer sind gefordert, nachhaltig mit den natürlichen Ressourcen umzugehen. Die von „Engagement Global“ geförderten kommunalen Klimapartnerschaften schärfen das Bewusstsein für den globalen Klimawandel und seinen Folgen und sie fördern Maßnahmen dem zu begegnen.

Die 2019 zwischen der Stadt Bad Berleburg und dem Landkreis Morogoro in Tansania besiegelte Partnerschaft fußt auf der 30-jährigen Beziehung der Kirchenkreise Wittgenstein und Ngerengere in der lutherischen Morogoro-Diözese. Sie kann auf gute Erfahrungen der Partnerschaftsarbeit aufbauen. In Wittgenstein arbeiten Kirche und Kommune Hand in Hand. Querverbindungen zwischen Klima- und Kir-

Durch Rodung, Sandabbau und Viehhaltung sind viele fruchtbare Böden in der Morogoro-Region für den Ackerbau unbrauchbar geworden.



chenpartnerschaft von beiden Seiten gewünscht, um sich gegenseitig zu stärken. Im Rathaus von Bad Berleburg managt die Klimaschutzbeauftragte Ines Wünnemann das auf zwei Jahre angelegte Projekt und steht mit ihrer tansanischen Kollegin Safia Kingwahi im regen Austausch via eMail und WhatsApp.

Nach dem Internationalen Auftaktworkshop im Mai 2019 folgte im Oktober der erste Besuch von drei Delegierten aus Bad Berleburg im Morogoro District. Dort erfolgte eine Bestandsaufnahme der drängendsten klima-bezogenen Herausforderungen. So erlebten Ines Wünnemann und ihre Kollegen die eklatante Knappheit an Trink- und Brauchwasser als vordringlichstes Problem. Längere Dürreperioden verknappen die Wasserreserven. Daher sind nicht nur zusätzliche Hauszisternen oder Regenrückhaltebecken dringend erforderlich, sondern auch Maßnahmen gegen die Verschmutzung der Fluss- und Bachläufe durch Mensch und Vieh.

Da die Böden durch Abholzung, Viehhaltung und Sandabbau geschädigt sind, können sie in der Regenzeit die Wassermassen nicht aufnehmen. Flüsse treten über die Ufer, Felder werden überschwemmt und lebensnotwendige Getreideernten vernichtet. Schritte zum Klima- und Umweltschutz sind sowohl die Aufforstung der abgeholzten Flächen und die Einführung energiesparender Öfen als auch Maßnahmen für eine flächendeckende Energieversorgung der Region.

Auch die Felder und Wälder in Wittgenstein leiden unter Trockenheit und zu wenig Regen. Diese verblüffende Übereinstimmung notierten die Landrätin des Morogoro-District, Kibena Nassoro Kingo, und ihre Mitarbeiterin Safia Kingwahi bei ihrem Besuch im März 2020 in Bad Berleburg. Auch hier, im größten zusammenhän-

genden Forstgebiet Deutschlands, sind die Folgen des Klimawandels spür- und sichtbar. Bei Sonnenschein, aber für Tansanier ungewohnt niedrigen Temperaturen, lernten die Delegierten die gravierenden Baumschäden kennen, die die trockenen Sommer in jüngster Zeit mit kräftiger Unterstützung der Borkenkäfer in den hiesigen Nadelwäldern angerichtet haben.

Zudem erfuhren sie, wie die Herbst- und Winterstürme Kyrill (2007), Friederike (2018) und Sabine (2020) Tausende stattliche Fichten wie Streichhölzer geknickt und riesige Lücken in den Forst gefressen haben. Folglich waren Wassermangel, Wasserwirtschaft und der notwendige Rückbau von Monokulturen wichtige Themen. Diskutiert wurde ebenso der Schutz der Artenvielfalt – bei einem Besuch der Wisent-Wildnis im Rothaargebirge, einem Revier mit mehr als 20 Tieren der fast ausgestorbenen größten Landsäugetiere Europas. Die gute Nachbarschaft und enge Zusammenarbeit von Kirche und Kommune wurden greifbar beim gemeinsamen Gedankenaustausch im Abenteuerdorf Wittgenstein, dem nach ökologischen wie erlebnispädagogischen Gesichtspunkten konzipierten Freizeitzentrum des Kirchenkreises.

Die Erkenntnisse der gegenseitigen Besuche, aber auch die notwendigen Maßnahmen für mehr Klima- und Umweltschutz werden bei einem nächsten Treffen gebündelt und in einem gemeinsamen Handlungskonzept festgehalten. Dieses Konzept werden die Kommunen Morogoro und Bad Berleburg schrittweise in konkrete Schritte des Klimaschutzes umsetzen und sich auf diese Weise als gleichrangige Partner ergänzen: miteinander und voneinander lernen, Wasser, Luft und Erde nachhaltig zu bewahren.

Alltag in Tansania: Mangels alternativer Energiequellen wird nach wie vor die in Säcken abgepackte Holzkohle zum Kochen auf den traditionellen Drei-Steine-Öfen verwendet.



© Ines Wünnemann

Damit geht zwar das zweijährige Projekt zu Ende, aber die Arbeit vor Ort erst richtig los, meint Ines Wünnemann, die von den bisherigen Erfahrungen der Klimapartnerschaft begeistert ist. Besonders beeindruckt habe sie die Gastfreundschaft und Herzlichkeit der Menschen in Tansania sowie deren Erfindungsreichtum beim Upcycling: Dabei werden Grillspieße aus Fahrradspeichen genutzt oder Flip-Flops aus alten Autoreifen geschnitten.

Auch der Besuch einer Schule, die bereits mehrfach überschwemmt wurde, hat ihr die Gefahren des Klimawandels vor Augen geführt. Darum kann sie sich vorstellen,

die Partnerschaft auszuweiten und mit der kreiskirchlichen Partnerschaft nach Ngerengere zu verzahnen.

Vor allem aber ist sie sicher, dass der Kontakt zu den Menschen in Morogoro weitergeht. „We miss you!“ zitiert sie eine Mail ihrer Kollegin und Freundin Safia. Und antwortet mit dergleichen Herzlichkeit „Wir vermissen euch auch und freuen uns schon auf das Wiedersehen.“

Martin Ahlhaus, Regionalpfarrer des Amtes für MÖWe für die Kirchenkreise Iserlohn, Lüdenscheid-Plettenberg, Siegen und Wittgenstein



Eine Baumschule in der Gemeinde Kaagia im Kirchenkreis Mashariki

Aufforsten statt nur abbrennen

Neue Bäume wachsen im Nordwesten Tansanias

Wenn man mit dem Flugzeug über den Viktoriasee im Norden Tansanias fliegt und sich der Stadt Bukoba am westlichen Ufer des größten Sees Afrikas nähert, dann sieht man viel Grün: Bäume und Sträucher nicht nur in Ufernähe, sondern auch weiter im Landesinneren. Die Regenzeiten im Frühjahr und im Herbst sind bisher also noch nicht ausgefallen. Alles gut also? Leider nicht. Es gibt bereits doch gravierende Folgen des Klimawandels in der Kagera-Region im Nordwesten Tansanias.

Zum einen kommt es in letzter Zeit häufiger vor, dass die Regenzeit mit heftigen Stürmen beginnt. Dann stürzen Hütten ein, viele Gemüse- und Obstpflanzen der Bauern werden herausgerissen und heftige Regenfälle schwemmen einen Teil der Saat wieder aus

dem Boden. Zum anderen sah die Landschaft in der Region vor hundert Jahren noch ganz anders aus: es gab ausgedehnte Wälder.

Es gibt verschiedene Ursachen, warum die Wälder in dieser Region verschwunden sind bzw. sich so verändert haben. Dazu zählt das Bevölkerungswachstum. Wo immer mehr Menschen leben, müssen immer mehr Menschen versorgt werden. Die Anzahl der „Shembas“, die bäuerlichen privaten Grundstücke, nahm weiter zu. Und es wurde und wird immer mehr Feuerholz gebraucht. Auch heute noch kochen die meisten Familien auf offenem Holzfeuer. Die Bäume wachsen allerdings nicht so schnell nach, wie Holz zum Kochen gebraucht wird.

Ein Umdenken gibt es inzwischen. Die Menschen haben erkannt, wie wichtig die Bäume sind. Denn sie sorgen etwa dafür, dass in den Regenzeiten nicht zu viel guter Mutterboden weggeschwemmt wird. Von staatlicher wie auch von kirchlicher Seite gibt es seit etwa 2005 Wiederaufforstungs-Programme. Die Nordwest-Diözese der Evangelisch-Lutherischen Kirche Tansanias (NWD) hat ein eigenes Programm bei ihrem Jubiläum „100 Jahre Christentum“ im Jahr 2010 feierlich gestartet.

Der Generalsekretär der NWD, Pfarrer Elmerreck Kigembe, unterstützt diese Pflanzaktionen: „Wir mobilisieren Konfirmanden, um in jeder Gemeinde Bäume auf kirchlichen Grundstücken zu pflanzen. Auch einige Kirchenkreise pflanzen junge Bäume auf ihren Grundstücken. Die Diözese hat kleine Baumplantagen angelegt. Es werden sowohl Obstbäume als auch einige Kiefern-Arten angelegt.“

Geachtet wird dabei vor allem auf einheimische Baumarten, gepflanzt werden aber auch neue Arten, darunter Avocado. Neben den Konfirmand*innen sind es auch die Kinder, die zur Sunday-School (Kinder-Gottesdienst) gehen, die immer bei den Baumpflanz-Akti-

onen mithelfen. Einige Gemeinden haben auch Baumschulen. Doch die Mittel für neue Bäume sind knapp. Tansania ist ein Agrarland. Obwohl die Menschen kaum zum Klimawandel beitragen, leiden sie stark unter seinen Folgen. Mit den Wiederaufforstungen leisten sie allerdings einen wichtigen Beitrag, um mit den Folgen umzugehen und die Umwelt zu schützen. Dafür brauchen sie auch unsere Unterstützung.



Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Tansania (ELCT) ist in Diözesen aufgeteilt. Die Nordwest-Diözese (NWD) grenzt im Norden an Uganda. Die Diözese hat insgesamt neun Kirchenkreise. Innerhalb der Evangelischen Kirche von Westfalen pflegen die Kirchenkreise Gladbeck-Bottrop-Dorsten, Lüdenscheid und Plettenberg, Paderborn und Recklinghausen eine Partnerschaft mit einem Kirchenkreis in der NWD.

Klaus Göke, Regionalpfarrer des Amtes für MÖWe für die Kirchenkreise Gladbeck-Bottrop-Dorsten und Recklinghausen

Frauen stärken, aber richtig

Größte Gefahren sind und bleiben staatliche Willkür, Korruption und Vergewaltigung

Resilienz, also Widerstandsfähigkeit, erhöhen – Frauen stärken. Ich kenne kaum einen Arbeitsbereich im Bereich unserer kirchlichen Partnerschaften, in dem Frauen nicht eine höhere Resilienz als Männer aufweisen und nicht klarer als ihre Gender-Counterparts die notwendigen Aufgaben sehen und angehen.

Trotzdem ist überall die Rede von „Frauen stärken“ – das bleibt das Paradox, beileibe nicht nur im entwicklungspolitischen Bereich, sondern genauso bei uns. Hand aufs Herz: Wer ist klarer und stärker, durchsetzungs- und widerstandsfähiger im Bereich von Familie, Wirtschaftlichkeit und Organisation? Ausnahmen bestätigen natürlich auch hier die Regel. Wenn ich das hier als Mann von mir gebe, falle ich meinen Artgenossen und mir selbst natürlich in den Rücken. Aber die weithin als solche wahrgenommene Tatsache anzuerkennen wäre ja bereits ein erster Schritt zu einer ehrlicheren Debatte.

Also worüber reden wir? Allein den Blick auf die Lage der Frauen in den meisten Ländern des Südens zu richten, hat etwas Herabwürdigendes in sich, ob wir das wollen, uns das bewusst ist oder nicht. Ich würde gerne von den Millionen Frauen und Müttern in all den Ländern etwas lernen. Frauen, die Tag für Tag um das Überleben ihrer Familien und Gemeinschaften kämpfen, und das sehr oft mit unfassbarer Geduld und Weitsicht.

Da sind so viele Fragen: „Wie schafft Ihr das, obwohl von Kindesbeinen an in Rollen gedrängt, die die Wenigsten von Euch wollen? Warum wehren sich so wenige von Euch gegen die alltäglichen Erniedrigungen durch Männer, ja selbst durch eigene Söhne, Kirchenfürsten, Gemeindeleiter, Beamte und Ordnungskräfte? Warum ertragt Ihr die Demütigungen und Schmerzen durch Schläge, sexuelle Ausbeutung und Zwangsehen? Wie könnt Ihr unter diesen Umständen für Eure Kinder da, wie Familie sein?“



In einem kleinen Theaterstück, das zum landwirtschaftlichen Projekt gehört, machen die Jugendlichen Front gegen die traditionelle Heirat, die oft Zwangsehen bedeuten.

Diese Fragen werden nicht leichter, wenn wir sie im christlichen Umfeld stellen, im Gegenteil. Zu oft herrscht dort eine fatale Auslegung der Bibel, die Männerrollen komplett bis ins Tragikomische verzerrt. Dazu kommen kulturelle Zusammenhänge, die unmenschliche Frauenbilder durch die Jahrhunderte selbst ausgeformt haben. In einem derartigen Konglomerat aus Ideologie und Kultur sind selbst Frauen feministische Befreiungsansätze suspekt. Das alles bewirkt eine selbstpotenzierende Erniedrigungsspirale wie sie gerade in christlich, aber auch muslimisch geprägten Ländern anzutreffen ist. Historisch gesehen ist Europa da bis heute keinen Deut besser. Soziologisch bezweifle ich das übrigens auch. Die Corona-Krise hat gerade in Europa die reale Männer-Welt wieder ans Licht gebracht.

Unter solchen Umständen gilt es also Frauen zu stärken. Das funktioniert aber nur, wenn wir die beschriebene Stärke der Frauen zunächst voll und ganz anerkennen. Ohne sie läuft nämlich nichts. Und nirgendwo. Darum: Es sollten keine Projekte mehr – nirgendwo – gefördert werden, in denen Frauen nicht schon selbst aktiv sind! Entwicklungspolitische Expertise muss sich viel mehr auf die Dinge konzentrieren, die Frauen längst angefangen haben – und sie in diesem Kontext stärken.

Zwei Beispiele

In der Demokratischen Republik Kongo, einem der ärmsten Länder weltweit, zugleich aber eines der korruptesten überhaupt und durch Misswirtschaft schwer gezeichnet, geht eigentlich nichts. Und es ist doch ein Land mit fantastischen Frauen, die an vielen Stellen die

einzigsten sind, die wirklich arbeiten und lernen.

Der Osten des Landes ist extrem unter Druck durch eine immer noch wachsende Bevölkerung, deren Lebensgrundlage immer kleiner wird. Das Land reicht nicht aus, um die Masse der Menschen zu ernähren. Frauen haben sich dort zu einer Kooperative zusammengeschlossen, weil Fachleute ihnen zeigten, wie sie ihre Ware besser gemeinsam vermarkten können. Auch Frauen aus der baptistischen Partnerkirche waren dabei. Sie verlangten von ihren Kirchenoberen, ihnen Hilfe für bessere Anbaumöglichkeiten zu besorgen. Die Kirche reagierte und schickte einen Pastor (Pastorinnen gibt es bis heute nicht, das gehört auch zum Thema!) in eine landwirtschaftliche Ausbildung. Dieser widmete sich nach seiner Rückkehr intensiv den Anbaubedingungen und studierte neben der Bodenbeschaffenheit auch die Gewohnheiten der Frauen, wie sie ihre Felder bestellten. Natürliche Dünger- und Insektizidproduktion wurden dann ebenso Thema wie Fruchtfolgen und Erosionsschutz.

Heute ist die Kooperative eine große Gruppe von Leuten unterschiedlicher Volks- und Glaubensgemeinschaften, in denen die Frauen das Sagen haben und anerkannt sind. Männer sind nicht ausgeschlossen, sondern finden ihre Rollen neu. Sie gehen inzwischen mit aufs Feld, früher undenkbar, bauen an und sind stolz auf das Erreichte. Die Leitung und die Finanzen liegen in den Händen der Frauen. Die Männer erkennen das an.

Die Kooperative hat mit sehr wenig Projektmitteln eine nachhaltige Landwirtschaft erlernt, ihre Erträge verdreifacht und es gibt nachweislich weniger Krankheiten bei den Kindern und Frauen. Selbst bei den



Geht doch – der Mann darf die Kasse hereinbringen, die vier Schlüssel zum Öffnen der Barkasse haben nur die Frauen, die Verwaltungshoheit natürlich auch.

Männern ging der Alkoholkonsum zurück und sie integrierten sich besser in das Familien- und Gemeinschaftsleben.

Die größte Gefahr bleiben für die Frauen staatliche Willkür, die Korruption, vor allem aber die prekäre Sicherheitslage. Denn nach wie vor sind Frauen Opfer von Vergewaltigungen, wenn plündernde und mordende Gruppen die Dörfer niederbrennen und metzeln. Der Friedensnobelpreisträger und Arzt Denis Mukwege liefert sehr anschauliche Beiträge dazu, anhand derer man(n) sich ein Bild machen kann von der Resilienz der Frauen, vor allem denen, die vergewaltigt und ausgestoßen ihr Leben wieder neu beginnen müssen. Das sei hier nur erwähnt, damit die Erfolge der Kooperativen keinen Heiligenschein aufgesetzt bekommen, sondern eingeordnet bleiben, auch in das totale Versagen der Internationalen Gemeinschaft gegenüber den Konflikten in der Region.

Zweites Beispiel, auch aus dem Kongo:

In der Millionenmetropole Goma am Kivusee leben vor allem Mädchen und junge Frauen extrem gefährlich. Aus Not prostituieren sie sich, leben von der Hand in den Mund und stellen mit ihren Versuchen, wie andere etwas auf dem Markt loszuwerden, eine Konkurrenz für andere Frauen und leichte Beute für Ausbeuter*innen aller Art dar. Eine junge Frau, nennen wir sie Carine, voller Tatendrang geht mit einem befreundeten Psychologen daran, sich die jungen Frauen in den Vororten anzuschauen und mit ihnen zu reden. Es dauert

zwei Jahre, in den Slums Vertrauen aufzubauen. Dann beginnen die ersten Mädchen mit Hilfe von kleinen Privatfonds eine Ausbildung.

Carine und ihre Mitstreiter*innen vermitteln die oft jungen Mädchen aber auch in Familien, die ihnen wenigstens ein Dach über dem Kopf geben. Geld können sie nicht bezahlen. Aber für die Frauen der Familien gibt es eine intensive Schulung zur richtigen Führung ihrer Kleinstunternehmen. Kalkulation, Einkauf, Investition, Verkauf, Gewinn- und Verlustrechnung usw. Die Erträge aus den kleinen Marktinitiativen verdoppeln sich schnell, Kooperativen werden gegründet und die Auswirkungen sind ähnlich wie beim Landwirtschaftsprojekt. Die Förderung von Brot für die Welt gibt noch einmal einen An Schub, um weitere Frauen zu gewinnen. Beim letzten Besuch waren es schon zwölf Gruppen zu 25 Frauen, die sich der Kooperative angeschlossen hatten.

Man muss sich in beiden Fällen klarmachen: Diese Frauen leben und arbeiten unter extremen Bedingungen, sind ständig bedroht, von Männern, Offiziellen und selbst Kirchenleuten, durch Korruption, Gewalt, Krieg, Wetterextremen und Krankheiten. Trotzdem machen sie etwas aus ihrer Misere und warten nicht auf Hilfe von außen. Erst wenn wir den Respekt und die Anerkennung ihrer Lebensleistung verinnerlichen, können wir anbieten, mit ihnen etwas weiter zu entwickeln. Diese Frauen empfangen die richtigen Fachleute mit offenen Armen, weil sie selbst Fachleute sind. Auf dieser Grundlage kann Partnerschaft wachsen, nicht auf den üblichen Phrasen, die gerne von Kirchen oder den Regierungsinstitutionen ausgelobt werden.

Die Corona-Pandemie wird die Arbeit der Frauen hart getroffen haben. Carine liegt seit zwei Jahren, nach der komplizierten Geburt ihrer ersten Tochter im Koma. Sie wird nicht wieder aufwachen. In Europa hätte die 36-Jährige sofort gerettet werden können. Die Frauen machen trotzdem und erst recht weiter. Noch Fragen nach Resilienz?

Martin Domke, Leiter des Eine Welt-Zentrums Herne und Regionalpfarrer des Amtes für MÖWe in den Kirchenkreisen Bochum, Gelsenkirchen-Wattenscheid und Herne

Der Superintendent des Kirchenkreises Soest-Arnsberg, Dr. Manuel Schilling, unterstützt den Aufruf für Brot für die Welt Spenden zu sammeln. Hier im Foto mit Romesh Modayil, Regionalpfarrer des Amtes für MÖWe im Kirchenkreis Soest-Arnsberg.



Mit Corona wächst der Hunger Brot für die Welt braucht Unterstützung

Es ist ein Alarmsignal: Wegen der Corona-Pandemie und den Einschränkungen durch die Politik nimmt die Zahl der hungernden Menschen weltweit massiv zu. Es gibt mehrere Gründe dafür.

In der Sahelzone beispielsweise durften Millionen Viehzüchter*innen ihre Tiere nicht auf grünere Weiden treiben. Nun ist ihre Lebensgrundlage bedroht. Vielerorts wurden die Märkte wegen Corona geschlossen. Das schützt zwar die Gesundheit der Menschen, weil es das Virus ausbremst. Allerdings sind diese Märkte oft der einzige Ort, an dem Kleinbauern und Kleinbäuerinnen ihre Produkte verkaufen oder Familien ihr Essen kaufen können.

Kinder trifft es besonders hart. Rund 300 Millionen Mädchen und Jungen bekommen weltweit ihr Essen in der Schule. Für viele von ihnen ist es die einzige Mahlzeit am Tag. Da Schulen geschlossen sind, erhalten Millionen von Schülern*innen kein Essen mehr.

Es ist außerdem zu befürchten, dass die kommende Ernte viel zu niedrig ausfällt, weil Landwirte vielerorts nicht vernünftig aussäen konnten. Denn das Saatgut

steckt an Grenzen, Umlade-Stationen oder auf Schiffen fest. Zudem nimmt die Gefahr der Spekulation mit Lebensmitteln zu. Damit steigen die Preise rasant für Nahrungsmittel wie Reis, Brot, Mais, weil derzeit viele Länder aus Sorge vor Knappheit Lebensmittel horten.

Gegen Hunger weltweit setzt sich Brot für die Welt mit seinen Partnern seit vielen Jahrzehnten ein. Die Hilfsorganisation fordert deshalb Sofortprogramme, um das fehlende Schulessen zu ersetzen und auch den freien Zugang zu Saatgut, damit Kleinbauern unabhängig von Saatgutkonzernen sind. Und Nahrungsmittelspekulationen darf es nicht geben.

Brot für die Welt ist für sein Engagement auf finanzielle Unterstützung dringend angewiesen. Doch wegen der Corona-Schutzmaßnahmen werden die üblicherweise gut besuchten Gottesdienste zu Erntedank und am Heilig Abend dieses Jahr so nicht möglich sein; es ist zu befürchten, dass die Kollekten für Brot für die Welt sehr viel niedriger ausfallen könnten. Wir bitten Sie deshalb darum, diese entwicklungs-

politische Arbeit mit einer Spende zu unterstützen – gern auch übers Internet. Sie können mithelfen, wenn Sie mit ihrer Familie sowie mit Freunden und Bekannte über Hilfsprojekte sprechen. Auch im Gemeindebrief oder an anderen Stellen und Gelegenheiten kann über Brot für die Welt zu berichtet werden. Plakate, Flyer sowie die bewährten Spendentüten oder Einzahlscheine können kostenlos bei Brot für die Welt bestellt werden unter:

➔ www.brot-fuer-die-welt.de

Gern unterstützen und beraten wir Sie bei Ihren Aktivitäten. Kontakt:

Katja Breyer, katja.breyer@moewe-westfalen.de,
Tel.: 0231 5409-73

Katja Breyer, Beauftragte für Brot für die Welt der Ev. Kirche von Westfalen



Spendenkonto:

Brot für die Welt

IBAN: DE10 1006 1006 0500 500 500

BIC: GENODED1KDB

Bank für Kirche und Diakonie

Maisernte bei Farmer Okello Kwot, 28 Jahre. Er hat verbessertes Saatgut und Training erhalten. Im äußersten Westen Äthiopiens unterstützt Brot für die Welt Familien dabei, Mais, Bohnen oder Kürbisse anzubauen.



© Jörg Böhling/Brot für die Welt



Deo und Zahnpasta selbst herstellen gehörte zu den Workshops.

Youth Climate Action Day

Junge Menschen rund um den Globus setzen Zeichen für mehr Klimaschutz

„We need to build a better future and we need to start right now“, sangen Grundschüler*innen in Italien beim Climate Action Day im Dezember 2019. Zur Melodie von „Bella Ciao“ hatten sie ihr eigenes Klima-Lied gedichtet und sich zum Climate Action Day weitere Aktionen überlegt: Erstklässler*innen malten Plakate, andere nahmen sich vor, öfter mit dem Fahrrad zur Schule zu fahren und überlegten, wie sie Wasser sparen können. Parallel dazu organisierten Partnergemeinden der Vereinten Evangelischen Mission (VEM) in Indonesien Kleidertauschbörsen, Konzerte, nachhaltige Kochwettbewerbe, Recycling-Aktionen und stellten eigene Seife her. In Tansania und in der DR Kongo pflanzten Schüler*innen Bäume.

In zwölf Ländern fanden beim Youth Climate Action Day Aktionen für das Klima statt. Damit setzten junge Menschen ein Zeichen, dass der Klimaschutz jetzt Beachtung finden muss - und nicht irgendwann. Jede*r kann etwas dafür tun, was auch gemeinsam großen Spaß macht.

Der Climate Action Day entstand nicht erst mit der „Fridays for Future“-Bewegung, sondern findet seit 2012 jedes Jahr rund um das Datum der UN-Klimakonferenz statt. „Der Aktionstag hat sich bei uns gut etabliert. Manche Partnerkirchen haben bereits angefragt, wann der nächste Climate Action Day stattfinden wird“, sagt Sofia Anggraita aus dem Regionalbüro der VEM in Indonesien. Über Social-Media-Kanäle zeigen die jungen Menschen mit ihren konkreten Aktionen, dass sie sich für das Klima einsetzen. Sie zeigen Solidarität füreinander und tauschen ihre Aktionsideen aus. Das motiviert und gibt Mut, mit der Klimakrise umzugehen.

In Deutschland fand beim Youth Climate Action Day 2019 zum ersten Mal eine zentrale Veranstaltung in Dortmund statt: mit Workshops, Austausch und Foodsharing-Schnippelparty. Im Mittelpunkt dieses „Future Lab“ stand Klimagerechtigkeit.

Denn die Folgen des Klimawandels sind doppelt ungleich verteilt. Zum einen leiden die jüngeren Generationen viel mehr an den Folgen des Klimawandels als die Gene-

ration, die zum jetzigen Zeitpunkt die Entscheidungen trifft. Zum anderen sind die Länder des Globalen Südens stärker vom Klimawandel betroffen als große CO₂-Emitenten wie Deutschland. So berichtet eine junge südafrikanische Aktivistin per Internet von den Folgen des Klimawandels in ihrer Heimat am Beispiel von Trockenheit. Doch ein Wissen allein um zunehmende CO₂-Werte und Ungerechtigkeiten reicht oft nicht aus, um tatsächlich klimafreundlicher zu handeln oder politisch aktiv zu werden. In verschiedenen Workshops konnten sich die rund 40 Jugendliche und junge Erwachsene dem komplexen Thema auf kreative Art nähern.

Die kreative Beschäftigung mit Klimafragen kann helfen, die eigenen Denk- und Handlungsmuster umzukrempeln. „Beim Poetry Slam zum Beispiel steht die Gefühlsebene im Vordergrund. Wir können dabei unser Inneres, unsere Ängste, Hoffnungen nach außen kehren. Wir kommen dann aus dem eher verkopften Argumentationsmodus heraus, in dem wir häufig stecken“, erklärt die Sozialpädagogin Monique Kluß, Leiterin des Poetry Slam Workshops. Die entstandenen Gedichte waren vor allem wütend und anklagend.

Kreativ werden und Methoden für mehr Klimaschutz kennenlernen, darum ging es auch in weiteren Workshops. So zog eine Gruppe mit Sprühkreide los. Sie zeichneten (abwaschbare) Gemälde in den umliegenden Straßen und warben für ein Lieferkettengesetz, das Unternehmen verpflichten soll, Sozial- und Umweltstandards auch im Ausland einzuhalten.

Der internationale Youth Climate Action Day wird vom Amt für MÖWe und dem Amt für Jugendarbeit der Evangelischen Kirche von Westfalen, dem Eine Welt Netz NRW und der Vereinten Evangelischen Mission organisiert.



Am 5. Dezember 2020 wird es wieder einen Youth Climate Action Day geben.

Junge Menschen sind eingeladen, sich mit eigenen Aktionen zu beteiligen.

www.climateactionday.org

Social Media: www.facebook.org/climateactionday
#climateactionday

Kontakt: Johanna Schäfer, johanna.schaefer@moewe-westfalen.de,
Tel.: 0231 5409-76

Johanna Schäfer, Bildungsreferentin im Bereich Brot für die Welt, Fachstelle Entwicklungspolitik im Amt für MÖWe

Schüler*innen bauen Sitzcken aus Plastikflaschen in Indonesien.



© GKPS Indonesien



Mit dem Lieferkettengesetz Recht und Gerechtigkeit schaffen

Ob für Jeans, Schokolade, Handy, Pflastersteine: In Textilfabriken, auf Plantagen, in Minen oder Steinbrüchen schufteten Arbeiter*innen unter ausbeuterischen Bedingungen. Die Corona-Pandemie verschärft die Situation. So verlieren Näher*innen ihre Arbeit und Kinderarbeit nimmt rapide zu. Wenn die Eltern ihre Arbeit verlieren, müssen ihre Kinder oft mithelfen, um die Familie zu ernähren. Und Kinder werden noch schlechter bezahlt.

Damit Menschenrechte und Umweltstandards entlang weltweiter Lieferketten eingehalten werden, fordert die Evangelische Kirche von Westfalen gemeinsam mit anderen Kirchen, Bistümern, Brot für die Welt, Gewerkschaften und vielen anderen ein Lieferkettengesetz. Dieses Lieferkettengesetz soll Unternehmen verpflichten, Menschenrechtsstandards und Umweltschutzmaßnahmen einzuhalten. Ausbeuterische Kinderarbeit in Ghana, unmenschliche Arbeitsbedingungen in Textilfabriken könnten dann vor deutschen Gerichten angeklagt werden, wenn ein Unternehmen keine vorbeugenden Maßnahmen ergriffen hat.

Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) und Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) setzen sich für ein Lieferkettengesetz ein. Zudem will die Bundesregierung den Kampf gegen ausbeuterische Kinderarbeit zu einem Schwerpunkt ihrer EU-Ratspräsidentschaft machen und sich für ein europäisches Lieferkettengesetz einsetzen. Ein solches Gesetz kann also Wirklichkeit werden: in Deutschland und in Europa.

Das Amt für MÖWe begleitet das kirchliche Engagement in der Initiative Lieferkettengesetz und unterstützt Gemeinden und kirchliche Gruppen etwa durch Beratung, Vorträge und Workshops. Auch eine Ausstellung mit sechs Roll-Ups kann hier ausgeliehen werden.

Mehr Informationen im Internet:

➡ www.lieferkettengesetz.de

Katja Breyer,

Referentin für Entwicklungspolitik im Amt für MÖWe

Unterstützen auch Sie das Lieferkettengesetz!

Jede*r einzelne kann sich für ein Lieferkettengesetz engagieren. So etwa im Austausch und Gespräch mit Politikerinnen und Politikern. Schreiben Sie einen Brief an Bundestagsabgeordnete aus ihrer Region und fragen danach, ob sie sich für ein solches Gesetz einsetzen werden.

Materialien für die kirchliche Arbeit gibt es online unter: www.suedwind-institut.de
(Rubrik: „Recht und Gerechtigkeit“)

Fair und nachhaltig verreisen



Tourism Watch engagiert sich als Fachstelle von Brot für die Welt gemeinsam mit ökumenischen Partnern aus aller Welt für einen nachhaltigen, sozial verantwortlichen und umweltverträglichen Tourismus.

➞ www.tourism-watch.de

„Fair Reisen mit Herz und Verstand“ regt zu einer Auseinandersetzung mit den Auswirkungen des Tourismus an und gibt praktische Tipps zum fairen und sozialverantwortlichen Reisen, humorvoll und ohne erhobenen Zeigefinger.

➞ fair-reisen.brot-fuer-die-welt.de

„Klimagerechtigkeit im Tourismus?“ – ein Dossier

Acht Prozent der weltweiten Emissionen klimaschädlicher Treibhausgase entstehen im Tourismus, insbesondere beim Flugverkehr.

➞ www.tourism-watch.de/dossier/klimagerechtigkeit-im-tourismus

„Tourismus zukunftsfähig gestalten – Bildungsmaterial für verantwortungsvolles Reisen“

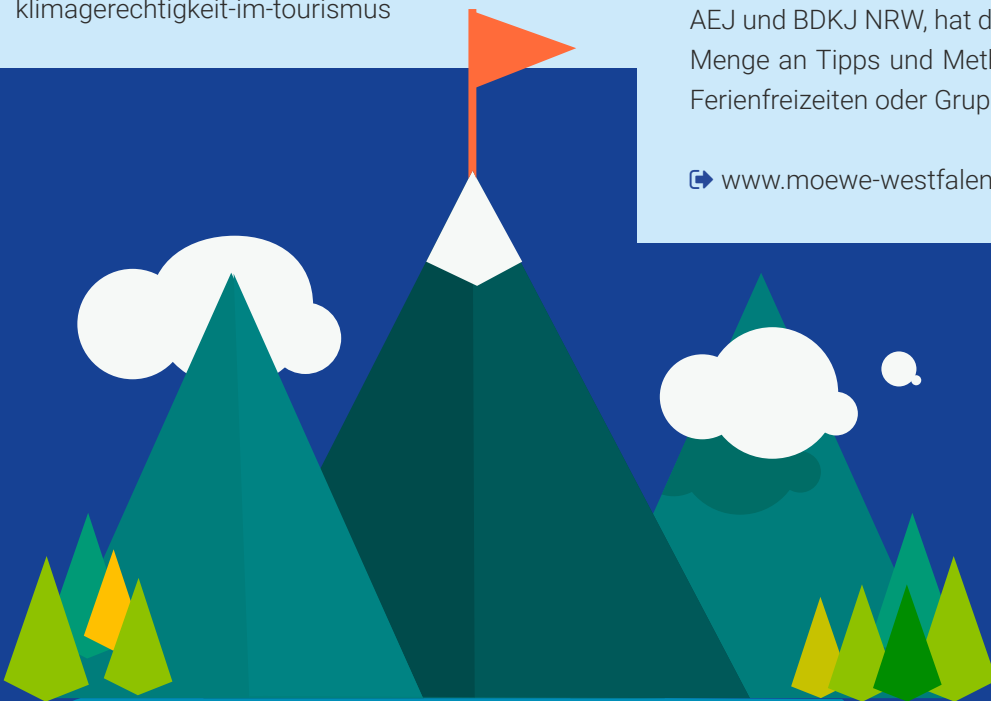
Tourism Watch - Brot für die Welt: In fünf Modulen werden für die Jugend- und Erwachsenenbildung die Themen Nachhaltiger Tourismus aufbereitet. Sie gibt Lehrer*innen und Referent*innen zahlreiche Ideen zur Gestaltung schulischer und außerschulischer Gruppenangebote.

➞ www.tourism-watch.de/bildung

Faire Ferien „Klimaschutz mit Hand und Fuß!“

Ideen zur Gestaltung von klimafreundlichen Freizeiten und Gruppenstunden: Ferienfreizeiten eignen sich gut, um Kinder und Jugendliche spielend für den nachhaltigen und kritischen Konsum zu begeistern. Wie war das nochmal mit der Klimakrise und was hat mein Fußabdruck damit zu tun? Wie bringen wir weniger CO₂ auf den Tisch und in unseren Kleiderschrank? Was machen wir mit dem ganzen Verpackungsmüll? Und vor allem, wie können wir uns für's Klima einsetzen? Die Neuauflage der Ausgabe „Faire Ferien“, von AEJ und BDKJ NRW, hat darauf Antworten – und jede Menge an Tipps und Methoden, um Klimaschutz bei Ferienfreizeiten oder Gruppenstunde anzusprechen.

➞ www.moewe-westfalen.de/faire-ferien



Krumme Gurken?

Solidarische Landwirtschaft verbindet Verbraucher*innen und Landwirte

Landwirte heute produzieren meist für den Handel oder den globalen Markt. Direktvermarktung über Hofläden oder Wochenmärkte sind eher Ausnahmen. Global agierende Firmen liefern Saatgut, Pestizide und Düngemittel und schaffen so für die Nahrungsmittelproduzenten neue Abhängigkeiten. Ein anderer Weg ist: private Haushalte tragen die Kosten eines landwirtschaftlichen Betriebes und erhalten im Gegenzug dessen Ernte. Diese Kooperation zwischen Nahrungsmittelproduzent und Konsumenten heißt: Solidarische Landwirtschaft (kurz SoLaWi).

Häufig hängt die Existenz von landwirtschaftlichen Betrieben in Europa zudem von Subventionen ab, von denen vor allem große Betriebe profitieren. Der Strukturwandel in der Landwirtschaft schreitet unaufhaltsam voran: kleinere Betriebe sind den Zwängen des globalen Wettbewerbs nicht gewachsen und müssen aufgeben - die Großen stehen schon Schlange, um die Flächen zu übernehmen. Alte Pflanzensorten verschwinden, Neue tragen Patentrechte und sind oft nicht samenfest, sie können also nicht noch einmal ausgesät werden.

Diese marktwirtschaftliche Situation gilt oftmals auch bei ökologisch arbeitenden Betrieben. Auch sie sind immer häufiger gezwungen, systematisch Mitarbei-

tende, Boden und Tiere zu überlasten. Auch ihre Produkte erreichen den Supermarkt nur, wenn die Ware optisch einwandfrei ist. Kein Händler kann es sich erlauben, krumme Gurken auszuliegen.

Verbraucher*innen wollen günstige Lebensmittel zu jeder Jahreszeit. Solch ein Konsumverhalten schafft viele Probleme: Verdichtete Böden, Nitritbelastung des Grundwassers, schwindende Diversität und ausgebeutete Landwirt*innen sind nur vier Beispiele.

Einen Ausweg aus dieser Spirale der Überforderung bietet unter anderem das Konzept der solidarischen Landwirtschaft. Es ermöglicht den Verbrauchenden einen direkten Bezug zu „ihren“ Lebensmitteln und den Menschen, die sie produzieren, fördert die kleinbäuerliche Landwirtschaft in der Region und ermöglicht klima- und ressourcenschonendes Arbeiten mit innovativen Instrumenten und Methoden.

Das Grundprinzip sieht einen direkten Zusammenschluss von Verbraucher*innen und Erzeuger*innen vor. Eine Gruppe von Menschen finanziert die Produktion von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und garantiert zudem deren Abnahme bei denen, die diese sicherstellen. Darüber hinaus werden das Risiko wie etwa Ernteausfälle sowie Verantwortung für Entscheidungen und natürlich später dann die Ernte geteilt.



Solawi-Mitglieder bei der Feldarbeit.



Freitags wird geerntet.

Höhere Investitionskosten können beispielsweise über private Darlehen der "Ernteteiler" abgedeckt werden. Ziel ist ein geschlossener Wirtschaftskreislauf möglichst ohne externe Faktoren und Märkte.

Auch die Solawi Kümper Heide am Lernbauernhof Schulte-Tigges in Dortmund arbeitet so. Der mit 26 Hektar Fläche recht kleine Hof wurde seit Jahrhunderten landwirtschaftlich bewirtschaftet, bis der Vater von Elmar Schulte-Tigges den Betrieb um die Jahrtausendwende aufgeben musste. Zu groß war der Verwaltungsaufwand geworden, nicht ausreichend war die wirtschaftliche Perspektive für einen solchen kleinbäuerlichen Betrieb.

Es hat fast 13 Jahre gedauert, bis hier wieder Landwirtschaft betrieben wurde - möglich aufgrund des Konzeptes der Solawi. 2013 suchte eine Gruppe engagierter Dortmunder Bürger*innen per Kleinanzeige einen aufgeschlossenen Landwirt, um gemeinsam diese in Deutschland noch recht exotische Form der Landwirtschaft umzusetzen. Für Elmar Schulte-Tigges, der den Hof von seinem Vater übernommen hatte, war klar: wenn Landwirtschaft, dann in Form einer solidarischen Landwirtschaftsinitiative. Beide Seiten kamen in vielen Gesprächsrunden zu dem Schluss, dass die Gründung eines Vereins aus Erzeugenden und Verbrauchenden die richtige Organisationsform für den Start sei. Ein Gärtner wurde gefunden und im April 2014 ging es los: mit 50 Gemüseanteilen für jeweils 44 Euro pro Monat.

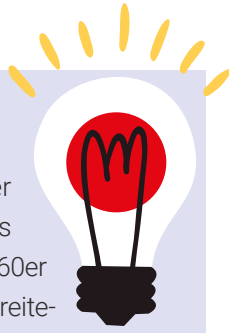
Solawi funktioniert im Dortmunder Norden ähnlich wie in vielen anderen Initiativen: Alle Kosten für die

Lebensmittelproduktion (Saatgut, Lohnkosten, Stromkosten für Lagerung, etc.) werden bei einer jährlichen Mitgliederversammlung - der sogenannten Bieterrunde - bekannt gegeben. Aus der Gesamtsumme und der Anzahl der Ernte-"Anteile", die für jeweils ein Jahr vergeben werden, ergibt sich ein monatlicher Richtwert: In Dortmund liegt er aktuell bei 76 Euro. Je nach eigener finanzieller Situation der Ernteteiler kann dieser unter- oder überboten werden. Am Ende muss jedoch die kalkulierte Summe von allen Bietenden erreicht werden. In sieben Jahren Solawi hat das immer in der ersten Runde funktioniert.

Ernte und Risiko

Die produzierten Lebensmittel stehen allen Mitgliedern zu gleichen Anteilen zur Verfügung - in der Regel einmal in der Woche. In der Solawi Kümper Heide ist die Abholung der Nahrungsmittel (hier nur Gemüse) in Gruppen organisiert. Das Gärtner*innenteam sorgt dafür, dass das Gemüse erntefrisch in der Deele am Hof ankommt, die Abholgruppen wiederum organisieren, dass das sortenrein ausliegende Gemüse für unterschiedliche Haushalte gepackt und zu einem "Umschlagplatz" in der Nachbarschaft - eine Garage, eine Buchhandlung oder ein Hinterhof - transportiert wird. Von hier findet es dann auf kurzem Weg in die Haushalte der Mitglieder. In der Solawi "Kümper Heide" sind das mittlerweile immerhin etwa 200 in Dortmund und angrenzende Städte.

Auf den Tellern landen je nach Jahreszeit vom Salat über Mairübchen, Gurken, Kartoffeln und Tomaten



Idee aus Japan

Ursprünglich stammt die Idee der Solidarischen Landwirtschaft aus Japan – das war bereits in den 1960er Jahren. In den 1980er Jahren verbreitete sich das Konzept überwiegend in den USA und seit den 2000er Jahren in einige europäische Länder. Der älteste Betrieb in Deutschland, der solidarisch wirtschaftet, besteht seit 1988.

mehr als 50 unterschiedliche Gemüsesorten, die nach biologischen Kriterien angebaut sind. Zertifiziert ist der Betrieb nicht. Das ist auch nicht nötig, da die Mitglieder jeden Tag auf "ihren" Acker gehen können, um zu überprüfen, ob so gearbeitet wird wie versprochen: ohne Pestizide, ohne mineralischen Dünger und bodenschonend.

Das ist zusätzlich ein Vorteil des Solawi-Prinzips: Die Betriebe sind finanziell abgesichert und können mehr in Humusaufbau, Biodiversität und eine nachhaltigere Landwirtschaft investieren. Gibt es gute Erntemonate, freuen sich Erzeugende wie Verbrauchende gleichermaßen. Sollte aber schlechtes Wetter oder Schädlingsbefall die produzierte Menge einschränken, bleibt der Hof nicht auf den angefallenen Kosten sitzen. Die Lebensmittel sind bereits von den Verbrauchenden bezahlt.

Das Prinzip der Solawi stellt auch weitestgehend sicher, dass es nicht zur Überproduktion kommt: Sollte jedoch einmal Gemüse nicht abgeholt werden, geht es im Falle der Dortmunder Initiative entweder an einen Unverpackt-Laden oder findet über die Fairteiler von foodsharing seinen Weg auf andere Teller.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Gemeinschaft in der solidarischen Landwirtschaft: alle Mitglieder können sich nach eigenen Möglichkeiten in die Gestaltung ihrer Solawi einbringen. Mithilfe auf dem Acker, bei der Ernte oder bei öffentlichen Veranstaltungen sind nicht verpflichtend aber erwünscht: Wer stundenlang auf Knien Buschbohnen geerntet hat, wird diese zukünftig vielleicht mit anderen Augen betrachten und mit noch mehr Genuss verzehren. Wer selber die Vor- und auch Nachteile einer Solawi-Mitgliedschaft erlebt hat, kann authentisch und praxisnahe andere potenzielle Interessenten an Info-Ständen ansprechen und von der Idee begeistern. Arbeitsgruppen, Feste, Ackerrituale

und Bildungsveranstaltungen bieten die Möglichkeit zum Zusammenkommen.

Entscheidungsprozesse werden transparent begründet, kommuniziert und diskutiert: in monatlichen Plenar, im Online-Solawi-Forum und durch den wöchentlichen Solawi-Brief. Das Gefühl der Ohnmacht und des Ausgeliefertseins gegenüber nicht beeinflussbaren Entwicklungen und Akteuren kann somit einem Gefühl der Selbstwirksamkeit weichen: ich als Konsument*in kann mit meiner Konsum-Entscheidung ganz konkret vor Ort meine Umwelt mitgestalten. Ich als Landwirt*in, Gärtner*in kann mit meiner Entscheidung für ein Wirtschafts- und Arbeitsmodell ganz konkret vor Ort meine Lebenswelt mitgestalten. Und das ist ein gutes Gefühl.

Links im Internet:

Netzwerk Solidarische Landwirtschaft
(mit interaktiver Suche nach Orten)

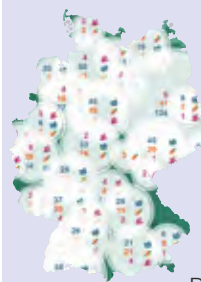
➡ www.solidarische-landwirtschaft.org

Solawi Dortmund e.V.

➡ www.solawi-dortmund.org

Solawi Kümper Heide

➡ www.lernbauernhof-schultetigges.de/landwirtschaft/solawi.html



300 Initiativen in Deutschland

Im Jahr 2020 listet das Netzwerk Solidarische Landwirtschaft fast 300 Initiativen. Vom Gärtner, der für 20 Menschen Gemüse anbaut, bis hin zu landwirtschaftlichen Betrieben, die 400 Haushalte neben

Gemüse mit verarbeiteten Milch- und Fleischprodukten versorgen, ist alles dabei. Solidarische Landwirtschaften gibt es in vielfältiger Form.

Elmar Schulte-Tigges,

Landwirt und Diplom-Geograph



© Opmeer Reports

Beim Sortieren von Erdnüssen beim Oikocredit-Partner Greenforest Foods in Kenia.

Oikocredit: Armut bekämpfen und Menschen stärken

Honig und Nüsse bringen Aufschwung auf dem Land

Kleine und mittlere Unternehmen haben es meist sehr schwer, neues Kapital für den Ausbau ihrer Geschäfte zu bekommen. Sie sind für Investoren wenig lukrativ, benötigen langfristige Finanzmittel und oft auch Beratung. Dabei helfen kann die internationale Kreditgenossenschaft Oikocredit – sie fördert Projekte zur nachhaltigen Entwicklung.

Seit seiner Gründung vor vier Jahrzehnten auf Initiative des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) setzt Oikocredit auf die Zusammenarbeit mit ausgewählten Partnerorganisationen in Afrika, Asien und Lateinamerika. Ziel ist es, dass Menschen und Gemeinschaften ihre Lebensumstände nachhaltig verbessern.

Das Kapital für Finanzierungen stammt derzeit rund 59.000 privaten und institutionellen Investor*innen. Darunter sind viele Kirchen, Kirchenkreise, Gemeinden. Ihnen allen geht es dabei nicht um schnelle und hohe Rendite, sondern um soziale Gerechtigkeit und Überwindung von Armut.

Oikocredit unterstützt beispielsweise das Handelunternehmen Greenforest Foods in Kenia. Es kauft Honig, Bienenwachs und Nüsse von lokalen Kleinbäuer*innen, verarbeitet und vermarktet die Produkte. In den vergangenen Jahren konnte der Absatz gesteigert werden. Und es wurden immer mehr kenianische Bäuer*innen ermutigt und darin geschult, Nüsse und Honig zu erzeugen. Nötig dabei waren Aufklärungsarbeit, Marketing und Werbung sowie ein attraktives Verpackungskonzept.

Für Geschäftsführer Athanas Matheka, der seit 2014 mit Oikocredit zusammenarbeitet, gibt es keinen Zweifel,

dass die Lebenssituation der Kleinbäuer*innen in Kenia verbessert und Armut verhindert wird. Zudem hat das Unternehmen weitere Arbeitsplätze geschaffen.

Wie wichtig Oikocredit dabei ist, beschreibt Matheka so: „Oikocredit hat uns die nötige Finanzierung zur Verfügung gestellt. Niemand sonst wollte dies tun. Als 2015 drei unserer wichtigsten Kunden insolvent gingen und wir 40.000 Euro verloren haben, hat die Genossenschaft unseren Kredit verlängert und uns so wieder zum Aufschwung verholfen. Seither konnten wir neue Maschinen kaufen, die Zahl unserer Mitarbeiter*innen von zehn auf 39 steigern und mehr Kunden gewinnen, darunter zwei internationale Einzelhändler, eine regionale Fluglinie und eine Restaurantkette“.

➡ www.westdeutsch.oikocredit.de



Geld anlegen mit Oikocredit

In Deutschland können Privatpersonen und Institutionen sich an der Arbeit von Oikocredit mit einer Geldanlage beteiligen. Ansprechpartner für Fragen und Infos im Bereich der Evangelischen Kirche von Westfalen ist: Dr. Jean-Gottfried Mutombo, Regionalpfarrer im Amt für MÖWe, Tel.: 02301 185-4903, jean-gottfried.mutombo@moewe-westfalen.de



Per QR-Code oder über die Website stellen sich die Stationen vor, wie hier am Schulthof.

Auf Wegen zur Nachhaltigkeit in Dortmund

Lokale Initiativen für eine umwelt- und menschengerechte Zukunft

In Dortmund gibt es „Wege zur Nachhaltigkeit“. Dabei geht es mehr als beteiligten 40 Initiativen und Geschäftsinhabern darum, Nachhaltigkeit im Alltag erfahrbar zu machen. Sie setzen sich für die globalen UN-Nachhaltigkeitsziele ein.

Auf sechs unterschiedlichen Routen durch die Stadt werden an verschiedenen Stationen Dortmunder Ideen, die sich für Klimaschutz, Interkulturalität und Integration, Umweltgerechtigkeit, Biodiversität oder auch nachhaltigem Konsum und Produktion engagieren. Dazu gehört auch die Wohnungslosen-Initiative „Gast-Haus“, die sich gerade während der Corona-Pandemie für die Anliegen Obdachloser einsetzt, deren Lebensumstände nun noch prekärer geworden sind. Andere Projekte wiederum laden zum ökologischen und regionalen Konsum ein, Fahrrad-Initiativen setzen sich für neue Verkehrskonzepte ein.

Für einen fairen Konsum stehen etwa die Dortmunder Weltläden und Geschäfte wie „FairBleiben“. Hier gibt es nur fair und ökologisch hergestellte Kleidung zu kaufen. „Man muss mit einem Schritt der vielen Möglichkeiten für ein bewusstes Leben anfangen und dranbleiben“, erklärt Andrea von der Heydt, Inhaberin von FairBleiben, ihren Einsatz für Nachhaltigkeit.

Die Initiativen handeln lokal, zeigen aber die globalen Zusammenhänge des Handelns auf, etwa durch Bildungsangebote wie im Kindermuseum mondo mio! Dort können Kinder weltweite Zusammenhänge in Ausstellungen und Workshops erleben und begreifen. Das Projekt „Wege zur Nachhaltigkeit“ ist zum Kirchentag in Dortmund 2019 entstanden. Es wurde vom

Institut für Kirche und Gesellschaft der Evangelischen Kirche von Westfalen in Kooperation mit dem Amt für MÖWe entwickelt. Unter bestimmten Voraussetzungen können auch während der Corona-Pandemie wieder Führungen angeboten werden.

Kontakt: Johanna Schäfer, johanna.schaefer@moewe-westfalen.de, Tel.: 0231 540976



Digital unterwegs - auf den Wegen zur Nachhaltigkeit

Zu Fuß, mit dem Rad oder mit Bus und Bahn: Die einzelnen Stationen auf den Wegen zur Nachhaltigkeit können mit dem Smartphone abgelaufen und abgefahren werden. An jeder Station gibt es ein Video, ein Audio oder einen kurzen Text zu den jeweiligen Initiativen. Damit sollen Impulse gegeben, um sich weiter mit dem jeweiligen Thema zu beschäftigen.

Nötig sind ein Smartphone, Kopfhörer und Neugierde auf nachhaltige Themen

Die Routen sowie Videos als Vorgeschmack finden sich hier: www.wegezurnachhaltigkeit.de



Weltreise per ActionBound.

Digital um und für die Eine-Welt

Bildungsangebote für Konfis und Jugendliche

Wie sehen andere Lebenswelten aus, wie ergeht es anderen Menschen? Um die Welt besser verstehen zu lernen, braucht es Begegnung sowie Begleitmaterial zur Auseinandersetzung mit Themen und unterschiedlichen Sichtweisen. Neben Lernkoffern und anderen bewährten Methoden regen nun immer mehr Online-Angebote dazu an, neue Wege des Globalen Lernens auszuprobieren.

Damit sollen vor allem Jugendliche und Konfis angesprochen werden, die sich kaum mit entwicklungspolitischen Themen befasst haben – am Computer oder mit dem Smartphone digitale Angebote allerdings gern ausprobieren. PC-Spiele, Rallyes mit Videoeinspielungen oder Quizformen machen es ihnen einfach und bestenfalls sogar unterhaltsam, sich mit solchen Fragen zu beschäftigen - ob zuhause, in der Schule oder im Konfi-Unterricht und in der Jugendarbeit. Der

direkte „analoge“ Austausch über gesammelte Erfahrungen sollte dennoch nicht verloren gehen.



Eine Übersicht digitaler Angebote des Globalen Lernens gibt es hier zum Download:

www.moewe-westfalen.de/bildungsmaterial-zum-globalen-lernen

Eine Kurzvorstellung digitaler Bildungsangebote

Computerspiel MineHandy

Das Computerspiel der Handy-Aktion NRW wurde in Anlehnung an das beliebte Minecraft entwickelt, um sich spielerisch mit den Folgen der Handyproduktion zu beschäftigen. Die Spieler*innen schlüpfen in die Rolle eines Journalisten / einer Journalistin, der/die einen Artikel über die Smartphone-Produktion schreiben will. Dafür muss er/sie an verschiedenen Stationen Aufgaben er-

ledigen: zum Beispiel in Indonesien nach Zinn tauchen und in China die Arbeiter*innen einer Handyfabrik interviewen. Anhand des pädagogischen Begleitmaterials werden die ökologischen und menschenrechtlichen Herausforderungen entlang der Wertschöpfungskette eines Handys vertieft.

➡ www.handyaktion-nrw.de

Virtuelle Projektbesuche von Brot für die Welt

Mit der App Actionbound können Projektpartner von Brot für die Welt virtuell besucht werden. Kinder und Jugendliche in Albanien, Kirgisistan, Indien, Äthiopien, Simbabwe, Kolumbien und Nicaragua erzählen, wie sie soziale Ungerechtigkeit erleben und was Hilfsprojekte in ihrem Leben bewirken. Bhan aus dem Südsudan zum Beispiel erzählt von seinem neuen Leben in Äthiopien. Quizfragen und Videos machen den Besuch anschaulich und abwechslungsreich.

➡ www.brot-fuer-die-welt.de

Digitalisierung – als Thema von „Global Lernen“

Die Zeitschrift „Global Lernen“ bietet zu verschiedensten Themen analoge und digitale Arbeitsmaterialien für den direkten Einsatz im Unterricht. Die Ausgabe 2/2019 der Zeitschrift hat die Chancen und Risiken der zunehmenden Digitalisierung als Schwerpunkt. Die digitalen Arbeitsaufträge beinhalten virtuelle Reisen per Actionbound, Quiz, Rechercheaufgaben und Informationen zur Smartphone-Nutzung.

➡ www.brot-fuer-die-welt.de

Ökologischer Fußabdruck

Mit 13 einfachen Fragen wird der persönliche ökologische Fußabdruck ermittelt. Wie kann ich meinen eigenen Fußabdruck verringern? Schüler*innen erhalten Tipps, was man besser machen kann. Dazu gibt es pädagogisches Begleitmaterial.

➡ www.fussabdruck.de



Neben den digitalen Angeboten gibt es verschiedene Materialien zum Globalen Lernen, dazu zählen Bildungskoffer und -kisten oder Konfi-Material zu Brot für die Welt. Ferner gibt es umfangreiches (Lern-)Material rund um die Themen Handyproduktion, Textilien und Klimagerechtigkeit. Auch spezielle Angebote für Kitas wie beispielsweise rund um den Kakao sind erhältlich oder ausleihbar.

Mehr zu den Materialien unter: www.moewe-westfalen.de/bildungsmaterial-zum-globalen-lernen

Kontakt: Johanna Schäfer, johanna.schaefer@moewe-westfalen.de, Tel.: 0231 540976



„Eintüten statt wegwerfen“

Reste-Einpacktüte wieder da

Ab in die Tüte – statt in die Tonne. Wenn mal Essen übrig bleibt, hilft die „Reste-Einpacktüte“. So müssen belegte Brote oder Brötchen, Kuchen oder Obst nach Veranstaltungen oder Arbeitstreffen nicht gleich im Müll landen – bisher sind das rund ein Viertel aller Lebensmittel. Allein in Deutschland werden pro Kopf jährlich mehr als 80 Kilogramm an Lebensmitteln weggeworfen. Die „Reste-Einpacktüte“ will daher

- zum „Eintüten statt Wegwerfen“ animieren
- eine umweltfreundliche Alternative zu Alufolie bieten
- ein Zeichen setzen gegen die Verschwendung kostbarer Ressourcen.

Die Tüten bestehen aus Papier – sie eignen sich nicht so gut für Würstchen oder Cremetorten. Innerhalb der Evangelischen Kirche von Westfalen können „Reste-Einpacktüten“ kostenlos bestellt werden (ab 50 Stück). Es wird um eine Spende an Brot für die Welt gebeten.

Bestellungen beim Amt für MÖWe, Katja Breyer, katja.breyer@moewe-westfalen.de



Ökumenische Predigtanregungen zur Nachhaltigkeit

Das Wort „nachhaltig“ steht zwar nicht in der Bibel, doch viele biblische Geschichten erzählen, wie das Leben beschützt, die Schöpfung erhalten, der Frieden gewahrt wird.

Die Internetseite www.nachhaltig-predigen.de ist die einzige ökumenische Predigthilfe, die diese biblischen Anklänge nachhaltigen Lebens aufspürt und für die wöchentliche Gottesdienstarbeit von Pfarrerinnen und Pfarrern, Katechetinnen und Prädikanten fruchtbar macht. Orientiert an den evangelischen Predigtreihen und der katholischen Leseordnung bietet die übersichtlich gestaltete Homepage kurze Auslegungen und knackige Impulse zu vier verschiedenen Bibeltexten für die Gottesdienste aller Sonn- und Feiertage.

Zudem ist jedem Jahr ein Schwerpunktthema zugeordnet. Es geht nicht nur um ein bisschen „Umweltschutz“ in der Kirche, sondern um die Verantwortung des Menschen für die ganze Welt und das globale Zusammenleben des Menschen mit seiner Umwelt, mit seinen Mitgeschöpfen und mit Gott. Da sich die Predigtimpulse

nicht nur an die Profis im Predigtdienst richten, sondern die Schwerpunktthemen und die auf der Homepage verlinkten Dokumente der Weltklimakonferenz oder die kirchlichen Erklärungen zur Nachhaltigkeit auch für Religionsunterricht, Konfirmandenarbeit und Erwachsenenbildung relevant sind, lohnt sich allemal ein Klick. Zwölf evangelische Landeskirchen und acht katholische Bistümer in Deutschland beteiligen sich aktiv an dem ökumenischen Gemeinschaftsprojekt sowie zwei Kirchen in der Schweiz und die Anglikanische Kirche in Europa. Zusätzlich wird die Internetseite von Brot für die Welt und mehreren Naturschutzinstitutionen gefördert. Seit dem Start von "nachhaltig predigen" im Jahr 2005 haben bislang mehr als 150 Theologinnen und Theologen an den sonntäglichen Predigtanregungen mitgewirkt und die Bibel auf ihren Bezug zur Nachhaltigkeit hinterfragt, unter ihnen 20 Pastorinnen und Pastoren der westfälischen Kirche.

➔ www.nachhaltig-predigen.de



Predigen

Dieses Verb stammt von dem lateinischen *Praedicare*, was so viel heißt wie laut ausrufen, öffentlich bekanntmachen, loben und rühmen. Die Predigt hat ihren Platz im Gottesdienst der christlichen Gemeinde und bedeutet Verkündigung des Evangeliums. Predigen ist die gute Nachricht von Gottes Liebe ansagen, die alten Worte der Bibel in den Kontext und die Sprache von heute übersetzen - sei es als Kanzelrede oder Videostream.



Nachhaltig

Seit der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro steht dieses Wort für eine Politik, die gleichrangig ökologische, ökonomische und soziale Ziele verfolgt. Die 2015 von der UNO verabschiedeten Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals) verfolgen 17 Ziele, z. B. Armut und Hunger beenden, Frieden und Gerechtigkeit stärken, Natur und Klima schützen, Gesundheit und Bildung gewährleisten.



Brot für die Welt

Rowene Pama will Lehrerin werden. Die Elfjährige ist das Gesicht der 62. Spendenaktion.



© Helge Bendt/Brot für die Welt

Kindern Zukunft schenken

62. Aktion von Brot für die Welt

Weltweit leiden rund 152 Millionen Mädchen und Jungen unter Kinderarbeit – und damit fast jedes zehnte Kind im Alter zwischen fünf und 17 Jahren. Erschwerend hinzu kommt die Corona-Pandemie – sie hat Kinderarmut und Kinderarbeit rund um den Globus verschärft. In den Ländern des Globalen Südens fehlt den Familien das Geld fürs Essen und die Schule. Kinder hungern und brechen die Schule ab.

So sind insbesondere Kinder und Jugendliche von den Auswirkungen der weltweiten Pandemie hart getroffen, weil ihnen durch monatelange Schulschließungen das Recht auf Bildung verwehrt wird und sie stattdessen durch ihre Arbeit auf Baumwollfeldern oder Bananenplantagen zum Lebensunterhalt der Familien beitragen müssen.

Aber schon vor der globalen Krise führten Millionen Jungen und Mädchen ein Leben ohne Rechte, ohne

Aussicht auf eine sichere Zukunft. Die 62. Aktion des Hilfswerkes Brot für die Welt richtet den Blick auf Kinder und ihre Zukunftschancen. Die bundesweite Spendensammlung startet traditionell am 1. Advent.



Materialien zur 62. Aktion: www.brot-fuer-die-welt.de/gemeinden/material/material-62aktion



Beate Steffens (links) und Kerstin Hemker werben für ein Lieferkettengesetz.

Bündnis in Rheine kämpft für ein Lieferkettengesetz

In Rheine unterstützen mehrere Organisationen und Initiativen die Forderung nach einem Lieferkettengesetz. Dazu zählt die Arbeitsgemeinschaft Solidarische Welt – deren Vorsitzender Michael Remke-Smeenke hält das Anliegen genauso wie Brot für die Welt-Botschafterin Kerstin Hemker für absolut richtig und notwendig, damit Unternehmen verklagt werden können, wenn sie bei der Produktion Menschenrechte missachten und Umweltstandards nicht einhalten.

Die Corona-Krise hat ein Gesetz zur unternehmerischen Sorgfaltspflicht nicht überflüssig gemacht, sind sich die Unterstützer einig. In vielen Ländern des Globalen Südens gebe es oft keinerlei soziale Absicherung. Textilarbeiterinnen oder Kakaobauern hätten kein Einkommen mehr und könnten ihre Fa-

milien nicht mehr ernähren. Die Beispiele zeigten, wie wichtig es sei, solidarisch zu handeln – und dabei den Blick über den eigenen Tellerrand hinaus zu richten. Für Ruhestandspfarrerin Kerstin Hemker steht fest: „Diese globale Krise können wir nur gemeinsam meistern. Die Forderung nach einem Lieferkettengesetz ist aktueller denn je.“

Wegen der Corona-Pandemie mussten mehrere Veranstaltungen zum Lieferkettengesetz auch in Rheine ausfallen wie etwa ein „Nachtgebet für Menschenrechte“ in der Basilika oder eine Ausstellung. „Wir hoffen, einige geplante Veranstaltungen nachholen zu können“, sagt Beate Steffens, Promotorin des Eine Welt Netzes NRW.

Werden auch Sie Botschafter*in für eine gerechtere Welt

Die Auswirkungen von Corona, Hunger, Trinkwassermangel, Kinderarbeit, Landraub – überall auf der Erde leiden Menschen unter Ungerechtigkeit, Armut und Menschenrechtsverletzungen. Brot für die Welt setzt sich mit seinen Partnern für mehr Gerechtigkeit ein: Kleinbauern erhalten beispielsweise Saatgut sowie Beratung, Wasserspeicher werden angelegt, Schulbildung für Kinder ermöglicht und es wird für faire Löhne gekämpft oder auch das Recht auf Land eingefordert. Als Botschafter*innen des Hilfswerkes

unterstützen Sie diese Anliegen in Ihrer Kirchengemeinde und in Ihrer Region. Sie informieren darüber, wie wichtig Spenden und Engagement sind, um Wege aus Armut und Ungerechtigkeit zu schaffen.

Kontakt: Pfarrerin i.R. Margot Bell, Ehrenamtskoordinatorin, ehrenamt@moewe-westfalen.de,
Tel.: 02941 9689470





Regionales / Aus dem Amt für MÖWe

Stefan Berk an der Gitarre
beim ökumenischen
Kreuzweg in Wittgenstein
– hier gemeinsam zu
sehen mit seiner Frau.



„Ökumene ist kein spannungsfreies Feld“

Gespräch mit dem westfälischen Ökumene-Ausschuss-Vorsitzenden Stefan Berk

Mission und Ökumene gehören für Stefan Berk zu den Eckpfeilern kirchlichen Handelns – genauso wie Bildung und Erziehung oder auch Kultur. Der frühere Wittgensteiner Superintendent und Vorsitzende des Ständigen Ausschusses für Mission, Ökumene und Weltverantwortung der westfälischen Kirche war dabei immer offen für internationale Kontakte. „Die Partnerschaftsarbeit lag mir immer am Herzen“, hält er fest. Nach 22 Jahren als Pfarrer in Erndtebrück und 13 Jahren als nebenamtlicher Superintendent wird Berk künftig als theologischer Referent des Vorstandsvorsitzenden des Evangelischen Johanneswerks in Bielefeld tätig sein. Er hatte sich dazu entschieden, nicht erneut als Superintendent zu kandidieren. Im Gespräch mit Dirk Johnen zog er Bilanz seines Wirkens in Wittgenstein und in der ökumenischen Arbeit.

Internationale Türen öffneten sich für den 60-jährigen Theologen Berk durch die ökumenischen Beziehungen der westfälischen Landeskirche und durch die Kontakte der Vereinten Evangelischen Mission (VEM) als internationale Kirchengemeinschaft. Das kreiskirchliche Jugendaustausch-Programm „Young Ambassadors“ mit der Church of Christ in Indiana und Kentucky verhalf er zu einem Aushängeschild der Evangelischen Kirche von Westfalen (EKvW) zu werden. Aus den Verbindungen zwischen den jungen Botschaftern in Westfalen und den USA ist ein Modell für ökumenische Gemeinschaft gewachsen, so Berk, der auch dem landeskirchlichen UCC-Unterausschuss angehört. Die westfälische Kirche und die United Church of Christ (UCC) sind seit 1990 gemeinschaftlich miteinander verbunden. Berk kennt die Partnerkir-

che von eigenen Besuchen in den USA. „Die VEM ist wirklich eine internationale Gemeinschaft“, sagt Berk und spricht von einem spannenden Entwicklungsprozess. Seine westfälische Heimatkirche sollte sich von dieser „Kirchenfamilie“ inspirieren lassen, wenn sie sich in Zukunft interkulturell aufstellen will wie es im jüngsten Synodenpapier (Hauptvorlage 2018-2019) zu Kirche und Migration unter dem Titel „Ich bin fremd gewesen und ihr habt mich aufgenommen“ (Link dazu: <https://kircheundmigration.ekvw.de>) angesichts gesellschaftlicher Veränderungen beschrieben wird. Entscheidend dabei sein werde, welche Rolle die ökumenische Arbeit künftig wirklich einnimmt, um solch einen Weg tatsächlich einzuschlagen während zugleich andere Aspekte wie Personal-, Finanz- und Strukturfragen diskutiert oder andere Prioritäten gesetzt werden müssen.

Die bisherigen Einsätze internationaler Pfarrerrinnen und Pfarrer in Westfalen und ihr Wirken an unterschiedlichen Orten begrüßt Berk ausdrücklich. „Die ökumenischen Mitarbeitenden sind wichtig und unbedingt notwendig für die weitere Öffnung.“ Noch hätten sie nicht die gleichen Rechte wie ihre Pfarrkollegen in Westfalen, doch die Hürden bei der Anerkennung ihres Amtes und ihrer Berufung würden immer weiter abgebaut. Die Voraussetzungen auf dem Weg gleichen Ordinationsrechten seien geschaffen für einen „echten Austausch im Pfarrdienst“, der immer bereichernd für beiden Seiten sei.

Dabei erinnerte er an das landeskirchliche „Weite wirkt“-Festival (2016) im ostwestfälischen Halle mit zahlreichen internationalen Gäste aus der weltweiten Ökumene. Die Vielfalt der Familie Gottes sei doch faszinierend und große Gemeinschaft dort erlebbar gewesen. Es sei ähnlich wie bei großen Kirchentagen spürbar gewesen, „eine globale Familie zu sein“, die die Welt brauche, um gemeinsam bürokratische Hindernisse oder undemokratische Strukturen aufbrechen zu können.

Allerdings ist „Ökumene kein spannungsfreies Feld“, weiß Berk aus langer Erfahrung zu berichten, wenn dabei grundsätzliche Fragen und Entscheidungen im Raum stehen. Dabei gehe es auch darum, eigene Positionen zu hinterfragen, zu überdenken, zu verfestigen oder auch aufgeben zu müssen. Dabei wirbt er dafür, „offene Prozesse zu wagen und Themen offen zu kommunizieren“. Um eine offene, bejahende Diversität müsse gerungen werden – die UCC habe diese für sich errungen.

Die Kirche habe einen Auftrag, unterwegs zu sein und das Evangelium in den Mittelpunkt zu stellen, betont Berk. Kirche könne sich verändern, „wenn der Auftrag der Kirche das nahe legt oder sogar erforderlich macht“, unterstreicht der hoch geschätzte Theologe. Gerade für schrumpfende Kirchen und Minderheitenkirchen wie der UCC bedeutet dies, den Verkündigungsauftrag mitunter ganz neu zu buchstabieren. Damit verbunden seien auch neue Formen, um in die Gesellschaft hineinwirken zu können. „Klare Profilbildung mit eindeutigen Positionen und nicht Mainstream-sein“, empfiehlt Berk, und sich dabei beeindruckt zeigt, wie sich die US-amerikanische Partnerkirche darstellt.

Als ein aktuelles Beispiel für eine unmissverständliche Haltung hierzulande nannte Berk die zivile Seerettung. In dieser Angelegenheit brauche es eine unmissverständliche Haltung, die keine Diskussionen zulässt. „Ein kirchliches Schiff ins Mittelmeer zu schicken, um Geflüchtete vor dem Ertrinken zu retten, ist absolut richtig – dass muss sein“, betonte Berk auch mit Blick auf die Gefahr, dass Menschen deswegen aus der Kirche austreten. Wünschenswert sei bei der Unterstützung von Menschen, die ihre Heimat aus Angst um ihre Leben verlassen, eine gemeinsame Antwort der Kirchen, die als ökumenische Gemeinschaft Gehör und Beachtung findet. Und auch bei anderen aktuellen Themen wie Klimagerechtigkeit, Lieferkettengesetz oder Fairer Handel sieht Berk mehrere gute Ansätze ökumenischer Zusammenarbeit.



Kampagne für Saubere Kleidung

Die Kampagne für Saubere Kleidung wurde 1990 in den Niederlanden gegründet. Inzwischen gibt es sie in 17 europäischen und neun asiatischen Ländern. Fast 300 Gruppen - darunter aus den Bereichen Gewerkschaften, Frauen, Eine Welt und Kirchen - sind Mitglied der Clean Clothes Campaign (CCC). Die Koordination der Kampagne für Saubere Kleidung wird gefördert von den kirchlichen Hilfswerken Brot für die Welt und Misereor sowie der Stiftung Umwelt und Entwicklung des Landes NRW.

➔ www.saubere-kleidung.de

Kampagne für Saubere Kleidung

Neue Koordinatorin Isabell Ullrich arbeitet nun im Amt für MÖWe

Die Kampagne für Saubere Kleidung (Clean Clothes Campaign, kurz CCC) setzt sich als Nichtregierungsorganisation seit vielen Jahren für gerechtere Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie ein. Bisher wurde die Koordination der Kampagne von der Christlichen Initiative Romero (CIR) in Münster getragen. Seit dem 1. Juli 2020 ist diese Aufgabe in das Amt für MÖWe der Evangelischen Kirche von Westfalen übergegangen, verbunden mit einem personellen Wechsel. Isabell Ullrich, neue Koordinatorin der CCC und MÖWe-Mitarbeiterin, stellt sich und ihre Arbeit vor:

Auf dem Weg in die Stadt sehe ich am Bahnhof auf einem Infoscreen die Nachricht: „Entwicklungsminister Müller besucht Textilfabrik in Äthiopien.“ Draußen fällt mir eine kleine Boutique auf, die öko-faire Kleidung verkauft. Und selbst an den Konsumtempeln der großen Modeketten in der Fußgängerzone steht etwas von „Nachhaltigkeit“ und „Sozial“ an den Schaufenstern. Obgleich nicht überall wirklich öko-soziale Produktion drin steckt, wo „nachhaltig“ draufsteht, so ist zumindest das Wissen über die Produktionsbedingungen unserer Kleidung überall in der Öffentlichkeit angekommen – und das ist auch der Kampagne für Saubere Kleidung zu verdanken. Seit 1995 macht der deutsche Zweig der „Clean Clothes Campaign“ auf die katastrophalen Arbeitsbedingungen in der Bekleidungsindustrie aufmerksam, sodass heute selbst die Kund*innen von H&M und Primark wissen, wer den tatsächlichen Preis für ihre Kleidung bezahlt.

Deshalb bin ich glücklich, neue Koordinatorin der Kampagne für Saubere Kleidung beim Amt für MÖWe sein zu können. Dabei bin ich in große Fußstapfen getreten: Christiane Schnura hat die Kampagne mit ihren 24 Träger-Organisationen und elf ehrenamtlichen Regionalgruppen fast zwei Jahrzehnte geleitet. Sie ist im September in den Ruhestand gegangen. Ich kenne die Kampagne aus meinen vergangenen fünf Berufsjahren bei einem ihrer Gründungsmitglieder, der Christlichen Initiative Romero in Münster. Ich freue mich, der Kampagne treu bleiben zu können und bin gerne Ansprechpartnerin für dieses Thema in Westfalen und darüber hinaus.

Für die Zukunft gilt es nun, den bisherigen Erfolgen der Kampagne in der Öffentlichkeitsarbeit und bei konkreten Fällen von Arbeitsrechtsverletzung in einzelnen Fabriken eine Verankerung der Arbeitsrechte entlang der gesamten Lieferkette folgen zu lassen. Denn für Käufer*innen von Kleidung ist es schwer, überhaupt zu erkennen, welche Label wirklich sozial gerecht wirtschaften, und welche sich nur ein grünes Mäntelchen umgelegt haben, um ihre schmutzigen Geschäfte zu verdecken. Die Frage ist doch: Warum haben wir im Laden überhaupt die Wahl zwischen fairer Kleidung und Mode, bei deren Produktion grundlegende Menschenrechte missachtet wurden – Rechte, die jedem Menschen ausnahms- und bedingungslos zustehen sollten. Alle Kleidung muss fair produziert werden. Das wollen wir gemeinsam erreichen, mit Kampagnen wie der „Initiative Lieferkettengesetz“ und im Dialog mit Unternehmen. Jede und jeder kann

dieses Ziel unterstützen. So können sich Einzelpersonen an Aktionen und Petitionen beteiligen, Infoveranstaltungen besuchen oder beim nächsten Einkauf nachfragen, wieviel Lohn die Menschen dafür bekommen haben, die das Kleidungsstück produziert haben. Um das gemeinsame Engagement zu stärken, gibt es in mehreren Städ-

ten bereits Regionalgruppen. Mehr Informationen dazu unter: www.saubere-kleidung.de/aktiv-werden.

Kontakt: Isabell Ullrich, koordination@saubere-kleidung.de



Miriam Albrecht hat viele Ideen, womit sie junge Menschen begeistern will für das Thema faire Kleidung.

Aus Essen über Botswana nach Westfalen

Neue Bildungsreferentin für das Jugendprojekt „Mission: Fair Fashion“

Miriam Albrecht (23 Jahre) ist neue Mitarbeiterin beim Amt für Mission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung. Als Bildungsreferentin ist sie für das frisch gestartete Jugendprojekt „Mission: Fair Fashion“ zuständig. So will sie dazu beitragen, sich für Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung einzusetzen. Die in Essen geborene Rheinländerin erklärt, wie sie nach Westfalen gekommen ist:

Den Weg nach Westfalen fand ich über mehrere Stationen auf meinem bisherigen Lebensweg. Angefangen mit einem Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) im Essener Weigle-Haus, welches mich zum Studium der Sozialen Arbeit an der Evangelischen Hochschule Rheinland-Westfalen-Lippe in Bochum motivierte, machte

ich während des Studiums ein Semesterpraktikum bei der Vereinten Evangelischen Mission (VEM). Dort hörte ich zum ersten Mal von der „MöWe“ und bekam einen kleinen Einblick in das „innerkirchliche Netzwerk“.

Nach Ende meines Studiums (2019) ging ich als Freiwillige der VEM nach Botswana, wo ich für ein Jahr in der Musikabteilung der Evangelical Lutheran Church mitarbeiten sollte. Von dort wurde ich aber wegen der weltweiten Corona-Krise im März zurück nach Deutschland geholt.

Seit dem 1. Oktober 2020 bin ich im Amt für MöWe mit einer halben Stelle für das Jugendbildungsprojekt „Mission: Fair Fashion“ angestellt. Das Projekt ist auf drei Jahre angelegt. Es will Jugendlichen und

Multiplikator*innen in der (kirchlichen) Jugendarbeit in NRW Bildungsmöglichkeiten zum Thema Faire Kleidung anbieten. Dabei geht es auch darum, mehr Bewusstsein für Probleme textiler Wertschöpfungs- und Lieferketten zu fördern.

Die Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie in den Fabriken Asiens, Afrikas, Lateinamerikas und Osteuropas sowie ihre Folgen für Mensch und Umwelt stehen im Mittelpunkt des Projekts. Jugendliche sollen in Work-

shops, mit digitalen Lernangeboten, Aktionen und über Social Media-Kanäle motiviert werden, sich mit ihrem eigenen Konsumverhalten auseinanderzusetzen, aber auch erkennen, wie sie selbst gesellschaftspolitisch handeln und die Diskussion um faire Kleidung und mehr Gerechtigkeit mitgestalten können.

Kontakt: Miriam Albrecht,
miriam.albrecht@moewe-westfalen.de



Simon Schu bei einer seiner letzten Aktionen als Sondervikar im Amt für MÖWe, als er gemeinsam mit Nele Neidinger Informationsmaterialien zum Lieferkettengesetz für Kirchengemeinden zusammenstellte.

Das wird ´ne knappe Kiste mit dem Klima“

Simon Schu zieht als Sondervikar im Amt für MÖWe Bilanz

Simon Schu absolvierte bis März 2020 ein Sondervikariat im Amt für MÖWe. Zum Abschied seiner sechsmonatigen Zeit, in der er sich vor allem mit Aspekten rund um die Themen Entwicklungspolitik und Klimagerechtigkeit befasste, hat er sich einige Gedanken gemacht zum Klimawandel, die ihn persönlich schon länger bewegen:

„Das wird ´ne knappe Kiste, das mit dem Klima.“ Dieses Gefühl habe ich zumindest. Ob wir als Menschheit das wirklich mit dem Klimaschutz und dem Stopp der Erderwärmung noch geschaukelt kriegen, davon bin ich nicht so ganz überzeugt. Ich habe den unguten Eindruck, dass deutlich zu wenig passiert, und wir die Menschheit oder zumindest einen großen Teil davon ins Unglück reiten. Wenn ich mich umsehe in unserer Gesellschaft und meinem privaten Umfeld,

dann sehe ich an den meisten Stellen überbordenden, unreflektierten Konsum. Dann sehe ich wie wir ohne mit der Wimper zu zucken, die Lebensgrundlage der Menschheit Stück für Stück vernichten – und zwar dafür, dass wir sagen können: „Alexa, setze eine Avocado auf meine Einkaufsliste.“ Dafür, um in einer immer schnelleren Gesellschaft immer mehr Möglichkeiten zu nutzen, die mich am Ende doch überfordern, ausgebrannt und verwirrt zurücklassen.

Warum tun wir all das? Ist das so tief eingeebrannt, verschmolzen, imprägniert in unsere Gesellschaft, dass sie mit der Ausbeutung von Mensch und Natur zu einer unlösbaren Einheit verbunden ist? Ich habe immer mehr den Eindruck, dass die Antwort leider „Ja“ lautet. Ich sehe die Zukunft des Klimas pessimistisch, wenig hoffnungsvoll. Ich denke, die Politik,

die Konsument*innen, die Wirtschaft, die Menschheit werden an den Klimaschutzzielen scheitern.

Aber was soll ich mit meiner pessimistischen Einstellung jetzt anfangen? Welche Konsequenzen hat das für meine Arbeit und mein Leben? Soll ich mir jetzt auch ein konsumorientiertes Leben auf Kosten künftiger Generationen „gönnen“? Oder mich traurig zurückziehen? Nein, das sind für mich keine Alternativen. Ich habe mich entschlossen, mit meinen Befürchtungen und negativen Erwartungen - die ich durchaus für berechtigt halte - konstruktiv umzugehen. Sie sollen mich nicht lähmen in dem, was ich für gut halte. Dabei habe ich ein paar Gedanken, die mir helfen:

1. Ich nehme mich selbst nicht zu ernst. Vielleicht liege ich mit meiner Einschätzung ja doch daneben – es gab in der Geschichte schon öfter unverhoffte Wendungen.

2. Es motiviert und inspiriert mich, wenn ich sehe, mit wie viel Engagement andere Menschen für Klimaschutz kämpfen. Es stärkt und belebt mich, mit diesen Menschen Gemeinschaft zu erleben.

3. Ich schütze mich vor Verbitterung: Ich lasse den Klimawandel Klimawandel sein und das Leid anderer Menschen das Leid anderer Menschen. Diese Fähigkeit musste ich mir hart antrainieren und sie muss wohldosiert eingesetzt werden – nicht zu oft und nicht zu

selten. Aber das Gute Leben fängt hier und jetzt bei mir an. Es darf nur nicht bei mir enden.

4. Zu guter Letzt möchte ich noch meinen theologischen Lieblingsgedanken erwähnen: Das Reich Gottes. Gott verändert diese Welt. Er sorgt dafür, dass Liebe und Gerechtigkeit herrschen. Und diese Veränderung beginnt mitten unter uns. Hier und da, in Gemeinschaften, in denen Menschen ihren Egoismus hinten anstellen und aus Liebe zu Menschen und Gott handeln. Und ich möchte ein Teil dessen sein, ein Teil des Reiches Gottes. Ich möchte mich ergreifen lassen von Gerechtigkeit und Liebe und Hoffnung. Und was Gott dann im Großen und Ganzen daraus macht, das ist dann mal Seine Sorge.“





3. Ökumenischer Kirchentag Frankfurt am Main, 12.–16. Mai 2021

Ökumenischer Kirchentag unter Corona-Bedingungen

Trotz Corona und anders als zunächst geplant soll der 3. Ökumenische Kirchentag (ÖKT) im Mai 2021 in Frankfurt am Main stattfinden. Auch in Corona-Zeiten soll es ein Fest des Glaubens gegen, wie das die Veranstalter ankündigten. Wegen der Schutz- und Hygienemaßnahmen werde es weniger Teilnehmende und weniger Veranstaltungen geben, skizzierten die verantwortlichen Organisatoren aus Reihen des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) und des Deutschen Evangelischen Kirchentages (DEKT) die aktuellen Planungen. Das Format werde an die Corona-Rahmenbedingungen angepasst und mit den zuständigen Behörden ein genaues Hygienekonzept ausgearbeitet. Doch gerade in Krisenzeiten seien „Begegnung, Dialog und Gemeinschaft wichtig für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.“

Die Veranstalter rechnen mit rund 30.000 Besucherinnen und Besuchern, die vom 16. bis zum 21. Mai nächsten Jahres auf dem Frankfurter Messegelände sowie in der Stadt dabei sein können. Die Abstandsregeln könnten in den Messehallen, in Kirchen und an den Eventorten eingehalten werden. Es würden allerdings keine Privatquartiere wie sonst üblich vermittelt. Zugleich solle es mehr digitale Angebote geben. Durch Streaming, hybride Veranstaltungen und Chatkonferenzen werde der ÖKT digitaler, so die Organisatoren. Das Treffen von Christen beider großer Kirchen steht unter dem Motto „schaut hin“ (Mk 6,38). Das Leitwort fordere dazu auf, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen, erklärte die evangelische Präsidentin Bettina Limperg. „Deshalb werden wir dem Ringen um unsere

menschliche, politische Grundordnung beim 3. ÖKT breiten Raum geben.“ Aktiv Verantwortung zu übernehmen sei Auftrag von Christinnen und Christen.

ZdK-Präsident Thomas Sternberg sieht die Chance, einen Kirchentag "ganz neu zu denken." Neue digitale Begegnungsformen sollen dabei helfen, um gemeinsam eine gestreamte Veranstaltung zu verfolgen oder auch miteinander in beiden großen Kirchen ökumenisch zu feiern.

Die Corona-Pandemie rücke neue Fragen und Herausforderungen ins Blickfeld, hieß es weiter. In diesem Sinne wolle der Ökumenische Kirchentag auf die Sorgen und Ängste der Menschen schauen und mit ihnen gemeinsam nach Lösungen suchen, z.B. zu Fragen im Umgang mit der Schöpfung, mit Macht und Verantwortung, zu Ökumene in Deutschland und weltweit. Unterdessen ist über die Frage, ob und wie Katholiken und Protestanten beim Ökumenischen Kirchentag gemeinsam das Abendmahl feiern können, nach Veröffentlichung eines neuen Vatikans-Papier eine kontroverse Diskussion entstanden. Der Ticketverkauf startet laut Veranstalter am 1. Dezember 2020.

Zuvor gab es Ökumenische Kirchentage in Berlin und München. Daran hatten jeweils rund 100.000 Menschen teilgenommen. Weitere Informationen zum geplanten geistlichen und thematischen Programm gibt es online.

➡ www.oekt.de

Text: Dirk Johnen



Das Titelbild zum
Jahrbuch Mission 2020.

„Fokus Schöpfung“

Neues Jahrbuch Mission 2020

Mit Corona ist die Klima-Krise nicht vorbei. Den Blick auf Klimawandel, Umwelt und Öko-Theologie will das neue Jahrbuch Mission 2020 lenken, das unter dem Titel „Fokus Schöpfung“ erschienen ist.

Auch wenn die Corona-Pandemie die Welt in Atem hält, ist und bleibt die Welt - die Schöpfung - nach Ansicht der rund 30 Autorinnen und Autoren bedroht. Sie berichten von rasanten klimatischen Veränderungen mit Hitzewellen, Dürren oder zerstörerischen Orkanen, die fast zeitgleich ein globales Erwachen ausgelöst hätten.

Um die Klima-Krise zu bewältigen, sei ein Umdenken und Handeln nötig: bei Konsum und Lebensstil, in Wirtschaft und Politik und auch in Kirche und Theologie. Der biblische Auftrag an den Menschen „Macht euch die Erde untertan“ müsse neu buchstabiert werden. So wird ein respektvolles Miteinander beschrieben, wie es die Öko-Theologie fordert. „Corona hat gezeigt, dass Umsteuern möglich ist“, stellen die Autorinnen und Autoren in Beiträgen aus der weltweiten Ökumene fest.

In drei Kapiteln entfaltet das Jahrbuch eine neue Sicht auf die „Schöpfung als Geschenk und Aufgabe“, reflektiert neue Denkansätze und erzählt von

Verortungen. Viele dieser Beispiele weltweit zeigen: Den Kirchen kommt eine Schlüsselrolle im Engagement für Klimagerechtigkeit zu. Andere Texte gehen auf die junge Fridays for Future-Bewegung ein, stellen ökumenisches Klimapilgern vor oder berichten von Baumpflanzungen am Kilimandscharo. Das 343 Seiten zählende Jahrbuch enthält zudem einen themenorientierten Kunstteil, 20 Rezensionen und zahlreiche Adressen sowie Ansprechpartner.

Das neue Jahrbuch Mission „Fokus Schöpfung - Klimawandel, Umweltverantwortung, Öko-Theologie“ wird herausgegeben vom Evangelischen Missionswerk in Deutschland. Es kann beim Missionshilfe-Verlag unter <https://www.demh.de/artikel.74/index.html> bestellt werden. Es kostet 11,80 Euro.

ISBN-13 : 978-3946426189 und ISBN-10 : 3946426182

Text: Dirk Johnen

Impressum

„Westfalen - Welt - Weit. Nachrichten aus Mission, Ökumene und kirchlicher Weltverantwortung“ wird herausgegeben vom Amt für Mission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung (MÖWe) der Evangelischen Kirche von Westfalen (EKvW), Olpe 35, 44135 Dortmund

Redaktion:

Katja Breyer, Tel. 0231-5409-73

Dirk Johnen, v.i.S.d.P., Tel. 0231-5409-293

www.moewe-westfalen.de, info@moewe-westfalen.de

Gestaltung: heimpixel, Duisburg

Auf 100% Recyclingpapier gedruckt.